Großraumwirtschaft

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde

eines Doktors der Staatswissenschaften (rer. pol.)

bei der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau

vorgelegt von

Hildegard Uhrmacher

Diplom-Volkswirt.

Carl Nieft, Buchdruckerei und Verlag, Bleicherode am Harz

1938

Gedruckt mit Genehmigung
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau

1. Referent: Professor Dr. Dr. Albert Hesse

2. Referent: Professor Dr. Günther Schmölders

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Diese Dissertation ist gleichzeitig als Broschüre
im Verlag Carl Nieft, Bleicherode a. H., erschienen

Inhalt.

Seite

Problemstellung 5

I. Kapitel:

Die Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen 8

1. Die Notwendigkeit des Außenhandels 8

2. Der Außenhandel in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik 9

a) Die Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit . . . 11

b) Die neue Zielsetzung des deutschen Außenhandels: Ergänzung der Binnenwirtschaft 14

3. Ablehnung des bisherigen Systems der „Weltwirtschaft" . . . 15

a) Zerstörung des internationalen Kreditsystems 18

b) Wandlungen im Wirtschaftsaufbau der Nationalwirtschaften. 22

c) Abkehr vom Freihandel 25

d) Der Gedanke der Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen durch die Großraumwirtschaft 28

II. Kapitel:

Voraussetzungen, Ziele und Mittel der Großraumwirtschaft . . . 32

1. Der Sinn der Großraumwirtschaft 32

2. Die Voraussetzungen der Großraumwirtschaft 35

a) Die wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit 35

b) Die günstigen Verkehrsbedingungen 37

c) Die weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung 38

3. Die Ziele der Großraumwirtschaft 41

a) Die Großraumwirtschaft als Ergänzung der Binnenwirtschaft 41

b) Die Sicherheit des Güteraustausches in der Großraumwirtschaft 42

c) Die Vertiefung der zwischenstaatlichen Beziehungen . . . 44

4. Die Mittel der Großraumwirtschaft. . . . . .

a) Die Methoden des Regionalismus in der äußeren Wirtschaftspolitik. . . . . .

1. Die Zollunion. . . . . .

2. Die Präferenzen. . . . . .

a) Die italienischen Dreieckverträge. . . . . .

b) Das Vertragssystem von Ottawa. . . . . .

c) Die deutschen Gegenseitigkeitsverträge. . . . . .

3. Zollkontingente als Ergänzung des Präferenzsystems. .

4. Die Meistbegünstigung in Verbindung mit Präferenzen? (Der Plan Riedl's). . . . . .

b) Die Bedeutung der marktregelnden Wirtschaftsorganisationen für die Großraumwirtschaft. . . . . .

III. Kapitel:

Die Wirtschaftsstruktur Deutschlands und Südosteuropas als Grundlage des Außenhandels in der Großraumwirtschaft. . . .

1. Die Außenhandelsentwicklung zwischen Deutschland und Südosteuropa. . . . . .

2. Die Außenhandelsstruktur Südosteuropas — ein Ergebnis der Wirtschaftsstruktur. . . . . .

a) Die Bevölkerung. . . . . .

b) Die landwirtschaftliche Struktur. . . . . .

c) Der Stand der Industrie. . . . . .

3. Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Außenhandels mit Südosteuropa. . . . . .

Währungsparitäten. . . . . .

Literatur. . . . . .

Problemstellung.

Seit der Weltwirtschaftskrise bemühen sich die einzelnen Staaten der Welt, durch handelspolitische Maßnahmen verschiedenster Art um eine neue Belebung des Außenhandels. „Man ist leicht geneigt, in der verwirrenden Fülle der handelspolitischen Bestrebungen und Methoden der Gegenwart nur das Regellose, das Behelfsmäßige, den Notstandscharakter zu sehen und zu glauben, daß das für den Tag Geborene auch mit dem Tage zu Ende gehen werde. Und doch treten immer deutlicher die Umrisse einiger handelspolitischer Systeme hervor, die vielleicht auf längere Zeit hin den Außenhandel beherrschen werden."[1]) Als eine solche neue handelspolitische Form sehen wir die Großraumwirtschaft an. Sie hat in den letzten Jahren für die Außenwirtschaftspolitik Englands, Amerikas, Frankreichs und Deutschlands Bedeutung gewonnen.

Wir betrachten die Großraumwirtschaft als eine dem heutigen Wirtschaftssystem — der staatlichen Wirtschaftsordnung und -Lenkung — entsprechende Form des Außenhandels. Sie ist geeignet, eine Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen unter den Ländern herbeizuführen, die sich als notwendig erweist, da der freie Verkehr der Volkswirtschaften auf dem Weltmarkt zerstört und aufgehoben ist.

Es besteht an sich keine innere Notwendigkeit, daß wir dieser Arbeit den Titel „Großraumwirtschaft" gegeben haben, weil wir lediglich versuchen wollen, grundsätzliche, theoretische Gedanken zu einer Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen zu geben. Wir haben uns aber an diese Bezeichnung angelehnt, weil vieles darin eingeschlossen ist, was auch wir anerkennen und uns zu eigen gemacht haben. Die Begriffsbestimmung ist aber nicht einheitlich. Oft werden mit der Großraumwirtschaft auch imperialistische Zielsetzungen verbunden, die der Außen-

[1]) Wagemann 2, a. a. O. S. 186.

handelsentwicklung nur schaden und die unserer Auffassung entgegenstehen. Wir betrachten es daher gleichzeitig als unsere Aufgabe, hier einmal „vom Schlagwort zum Begriff zu führen". „Eine eindeutige Bestimmung ist die Voraussetzung jeder sachlichen Auseinandersetzung. Allein auf der Grundlage gedanklich scharfer Erfassung und Formulierung ist eine wissenschaftliche Erörterung möglich, weil nur durch sie die Gegenstände der Betrachtung klar bestimmt werden."[2])

Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, das gesamte Problem der Großraumwirtschaft erschöpfend zu behandeln. Seine vollständige Untersuchung umfaßt eine Darstellung der Zusammenhänge des Außenhandels, sie schließt weiter infolge der Raumgebundenheit der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in der Großraumwirtschaft Fragen ein, die zum Teil weit in andere Wissenschaftsgebiete, z. B. in die Geographie und Geologie, hinübergreifen. Aus der verschiedenen natürlichen Beschaffenheit der einzelnen Wirtschaftsräume der Welt ergeben sich für die jeweils gebildeten Großraumwirtschaften wiederum Besonderheiten und Abwandlungen, so daß sie ebenfalls zu untersuchen wären. Da wir die Großraumwirtschaft als ein Mittel der außenhandelspolitischen Zusammenarbeit im heutigen Wirtschaftssystem ansehen, wollen wir uns darauf beschränken, die durch diese Neuordnung des Außenhandels entstehenden notwendigen Voraussetzungen aufzuzeigen, die zwischen zwei oder mehreren Staaten gegeben sein müssen, damit sich die Außenhandelsbeziehungen in der Großraumwirtschaft dauerhaft und intensiv gestalten. Unsere Aufgabe ist es weiter, die Ziele zu erkennen, die die Wirtschaftspolitik in der Großraumwirtschaft zu erreichen sucht. Aus den Einzelzielen haben wir die Leitgedanken zu erkennen und sie in den großen Zusammenhang einzufügen. Erst die klare Erkenntnis der Ziele macht es möglich, die Grenzen zu sehen und danach die Mittel zu beurteilen, die zur Erfüllung der Ziele geeignet sind.

Wir wollen versuchen, unsere theoretischen Gedanken an einem praktischen Beispiel zu erhärten und werden deshalb die Außenhandelsentwicklung zwischen Deutschland und Südosteuropa näher untersuchen. In dieser Auswahl liegt aber kein Urteil über die Möglichkeiten einer deutschen Großraumwirtschaft. Wir haben die Staaten Südosteuropas deshalb als Beispiel gewählt, weil zwischen Deutschland und Südosteuropa heute die Voraussetzungen vorliegen, die wir als wesentlich für die Großraumwirtschaft ansehen müssen. Dabei fassen wir unter Südosteuropa die Staaten Bulgarien, Grie-

[2]) Hesse 2, a. a. O. S. 33.

chenland, Jugoslavien, Rumänien, die Türkei und Ungarn zusammen. Ihre Zusammenfassung als „Südosteuropa" ist in diesem Zusammenhang berechtigt, weil sie, mit einer Einschränkung für Ungarn, eine einheitliche Wirtschaftsstruktur und für den Außenhandel mit Deutschland die gleiche Bedeutung besitzen: sie sind Lieferanten für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse und Abnehmer für industrielle Fertigwaren.

Bei der Betrachtung der bisherigen Entwicklung und der Entwicklungsmöglichkeiten des Außenhandels zwischen Deutschland und Südosteuropa ist es notwendig, die Wirtschaftsstruktur Südosteuropas näher zu untersuchen, wobei wir uns auf die statistischen Quellen stützen müssen. Eine genaue statistische Untersuchung wird erschwert durch die Notwendigkeit der Heranziehung ausländischer Statistiken, die nicht immer möglich ist. Auch wollen wir hier auf die grundsätzliche Schwierigkeit der Vergleichbarkeit ausländischer Statistiken hinweisen, die durch die verschiedene Systematik und Periodizität der statistischen Erhebungen gegeben ist.

Breslau im Dezember 1937.

I. Kapitel:
Die Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen.

1. Die Notwendigkeit des Außenhandels.

Die Wirtschaftsstruktur fast aller Länder der Welt erlaubt es den Staaten nicht, sich heute völlig voneinander abzuschließen. Sie brauchen die Welt zu ihrer Ergänzung wegen der verschiedenartigen Struktur der Boden- und klimatischen Verhältnisse, der ungleichen Bevölkerung und des Standes der Technik. Die Verbindung mit der Welt verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten der Menschen, hebt ihren Lebensstand, den Wohlstand der Völker und dient damit dem Frieden unter ihnen.

Auch aus kulturellen Gründen ist der gegenseitige Austausch von Landeserzeugnissen von großem Wert, weil durch die Kenntnis der Produkte bei den fremden Völkern auch das Verständnis für die Lebensart und Lebensinteressen derjenigen Menschen geweckt wird, die diese Produkte schaffen. Welche Bedeutung in dieser Beziehung dem deutschen Außenhandel als Wegbereiter für deutsche Kultur zukommt, stellte Staatssekretär Brinkmann in seinem Vortrag am Tag der deutschen Kunst 1937 in München fest: „Für uns — ist — Ausfuhrförderung gleichbedeutend mit Kulturförderung," denn „mit dem Fertigerzeugnis ... und dem Edelerzeugnis nimmt jeweils auch ein Stück deutscher Kultur den Weg über die Grenze und wirbt für deutsches kulturelles Schaffen. Der Käufer im Auslande wird, von der Hochwertigkeit deutscher Leistung tief beeindruckt, unwillkürlich hingelenkt zu dem geistigen Schöpfer des Werkes und jenen Menschen, welche die Materie gestalteten." Und deshalb ist auch der deutsche Kaufmann „nicht nur ein Künder deutschen Wirtschaftsgeistes, sondern im gleichen Maße auch ein Pionier deutscher Kulturgeltung."[3])

[3]) R. Brinkmann: „Die deutsche Ausfuhr ein Wegbereiter für deutsche Kultur" in Berliner Börsenzeitung vom 19. 7. 37 Nr. 332

So notwendig der Außenhandel ist, so darf er aber niemals zum Selbstzweck einer Volkswirtschaft werden, wie er es in der vergangenen Wirtschaftsepoche vielfach war, denn damit setzt sich der Staat der Abhängigkeit gegenüber dem Ausland aus und kann den Bestand und die Sicherheit seines Volkes nicht garantieren.

Deshalb muß der Außenhandel auf gefestigten Nationalwirtschaften aufbauen. Diese sind in höherem Maße in der Lage, vom Ausland zu kaufen und Güter an das Ausland zu liefern. Diese Auffassung hat sich in den letzten Jahren in sehr vielen Ländern der Welt durchgesetzt. Theoretisch ist sie in den Vorträgen und Diskussionen beim diesjährigen Kongreß der Internationalen Handelskammer in Berlin sehr klar bekannt geworden.[4]) In der Praxis zeigt sich diese Auffassung in der Durchführung der Jahrespläne in Deutschland, Griechenland, Italien, Polen und der Türkei.[5]) Überall dienen die Pläne der Stärkung der nationalen Volkswirtschaften, indem sie zuerst die Ausnützung der nationalen produktiven Kräfte sicherstellen.

Für diese Entwicklung ist das neue Deutschland Schrittmacher geworden. Es hat die negativen Seiten seiner außenwirtschaftlichen Lage ins Positive umzuwerten verstanden.

2. Der Außenhandel in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

Die Notwendigkeit des Außenhandels für Deutschland ist von berufenster Stelle aus immer wieder betont worden. Der Führer selbst hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die geographischen und klimatischen Verhältnisse Deutschlands das Ziel der Autarkie niemals vollkommen erreichen lassen, daß Deutschland nicht exportfeindlich ist, sondern daß es den Verkehr mit den anderen Völkern der Welt wünscht und nötig hat, um seiner Industrie Absatzmöglichkeiten im Ausland zu verschaffen, die für den zwischenstaatlichen

---

[4]) Die Länder, die für diese Politik richtunggebend sind, sind vor allem Deutschland, Italien und Japan. Siehe hierzu die Vorträge der Delegierten dieser Staaten auf dem Berl. Kongreß der I. H. K. 1937. Sie fanden bei den meisten Vertretern grundsätzl. Anerkennung, zum Teil stimmten Vertreter anderer Staaten ihnen in ihren Vorträgen zu. Siehe den Vortrag von L. Mehta (Indien), in Internat. Wirtschaft 1937, 9. Jg., Nr. 7/8, S. 59.

[5]) Vierjahrespläne in Deutschland, Polen. Fünfjahrespläne in Italien, Türkei. Zehnjahresplan in Griechenland

Güteraustausch allein viele Millionen deutscher Menschen beschäftigt.[6])

Die nationalsozialistische Staatsführung hat seit der Machtübernahme auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens eine einheitliche Ordnung hergestellt. Im Rahmen dieser Ordnung der gesamten Wirtschaftspolitik hat sie aber auch den Außenhandel den obersten Zielen ihrer Politik untergeordnet und ihm damit seinen Inhalt gegeben und seine Grenzen gezeigt.

Oberstes Ziel des Nationalsozialismus ist die Erhaltung und Stärkung des Volksganzen. Der Nationalsozialismus stellt das Volk in den Mittelpunkt der neuen Staats- und Wirtschaftsordnung. Alle anderen Zielsetzungen beziehen sich hierauf. Daraus ergibt sich auch die Unterordnung der Wirtschaft. Sie ist im Hinblick auf das oberste Ziel, die Erhaltung und Stärkung des Volksganzen, nur ein Mittel. „Sie hat die Bedarfsdeckung sicherzustellen, damit die Gesamtheit die Aufgaben erfüllen kann, die ihr das Schicksal stellt."[7]) Zwei weitere Zwecksetzungen sind diesem wirtschaftlichen Ziel gleichgestellt, denn sie stehen in so enger Verbindung miteinander, daß eins ohne das andere und das oberste Ziel ohne ihre Zusammenwirkung nicht erreicht werden kann. Diese sind:

1. Das soziale Ziel. Darunter verstehen wir „die Festigung und Stärkung der Gemeinschaft." „Wenn eine Möglichkeit zur Verbesserung der Bedarfsdeckung die Gefahr der Auflockerung der Gesamtheit mit sich bringt, kommt sie nicht in Betracht,"[8]) da dann die Erhaltung des Volksganzen nicht gesichert ist.
2. Das nationale Ziel. Es ist die Sicherung der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Volkes. Eine Außerachtlassung dieses Zieles wird die Erreichung der beiden anderen gefährden und auch die Verwirklichung des obersten Zieles in Frage stellen.

Der Außenhandel einer Volkswirtschaft verfolgt nun in erster Linie das Ziel der Verbesserung der Bedarfsdeckung des Volkes mit Gütern, welche die Binnenwirtschaft eines Landes nicht liefern kann.[9]) Nach den obigen Darlegungen der Zusammenhänge der Ziele ist es klar, daß dieses erreicht werden muß, ohne daß der Außen-

---

[6]) Vgl. hierzu: Hitler, Reden I und II, a. a. O. Ähnlich stellt auch der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im März 1934 fest: ‚Der Fleiß und die Fähigkeiten unserer Arbeiter, Techniker, Kaufleute und Unternehmer, die von Generationen unserer Vorfahren geschaffenen Produktionsmöglichkeiten, ja sogar die Lage und das Klima unseres Landes weisen uns zwingend auf den Güteraustausch mit dem Ausland hin." F. Reuter a. a. O. S. 214.

[7]) Hesse II a. a. O. S. 48.

[8]) Hesse II a. a. O. S. 48.

[9]) Siehe oben S. 8.

handel die Sicherheit und Unabhängigkeit des Volkes verletzt. Diese Schlußfolgerung ist nicht immer gezogen worden.

Die bedingungslose Anerkennung der Lehre von der internationalen Arbeitsteilung, die besagt, daß die internationale Arbeitsteilung unter Ausnutzung der jeweils günstigsten natürlichen Produktionsbedingungen die beste Versorgung mit Gütern ermöglicht, führte dazu, daß der lebensnotwendige Bedarf des Volkes, Lebensmittel und Rohstoffe, irgendwo in der Welt gedeckt wurde, ohne daß an die Ausnutzung der produktiven Kräfte der heimischen Landwirtschaft gedacht wurde, und die Industrie sich ausschließlich auf den Welthandel spezialisierte. Diese Lehre ist aber nur bedingt richtig. Sie ist richtig, wenn sich die Partner im zwischenstaatlichen Verkehr mit gleichen Kräften gegenüberstehen, wenn das Wirtschaftsleben der Völker und ihr Verkehr untereinander sich nur nach ökonomischen Gesichtspunkten vollziehen und keinerlei machtpolitische Entscheidungen oder Faktoren eine Rolle spielen. Der Krieg, Versailles und die Hochschutzzollpolitik aller Länder zeigten aber, daß die Macht stärker ist als ökonomische Vernunft. Abgesehen hiervon „trägt jede weltwirtschaftliche Expansion" — wie sie die konsequente Durchführung des Gedankens der internationalen Arbeitsteilung hervorruft — „ein großes Risiko in sich. Es wird das Gebäude (der Volkswirtschaft) auf Pfeilern erbaut, die auf fremdem Boden ruhen."[10])

Diese Erkenntnis ist für den Neuaufbau des Außenhandels durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik entscheidend gewesen. Der Nationalsozialismus geht daher bei der Regelung seiner Außenhandelsbeziehungen zunächst von der Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit innerhalb der deutschen Grenzen aus.

a) Die Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit.

Die Sicherung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit ist die Voraussetzung der politischen Unabhängigkeit. Sie verlangt, „die Wirtschaftsführung so zu disziplinieren, daß sie die eiserne Ration an Nahrungsmitteln und gewerblichen Rohstoffen stets innerhalb ihrer Mauern hat. Denn nur der Freie kann friedlich sein."[11]) Deshalb muß die innere Wirtschaftspolitik auf die Entfaltung und Nutzbarmachung der nationalen produktiven Kräfte gerichtet sein.

Die Maßnahmen der deutschen Wirtschaftspolitik seit 1933 verfolgen alle dieses Ziel. Der Sinn des Vierjahresplanes, den der Führer

---

[10]) Hesse I a. a. O. S. 26.
[11]) Daitz, Völkische Haltung der Wirtschaft, Berlin, 7. 5. 1935.

auf dem Nürnberger Parteitag 1936 verkündete, ist nichts anderes als eine Zusammenfassung aller Maßnahmen auf diesem Gebiet zur Erreichung der Nahrungs- und Rohstoffreiheit.

Die vornehmlichste Sorge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik seit 1933 gilt der Stärkung der Landwirtschaft. Mit dem Reichserbhofgesetz und dem Gesetz über den Reichsnährstand ist die notwendige Ordnung der Binnenwirtschaft im agrarischen Sektor hergestellt worden, die dem Bauern seine Existenz sichert, seine Produktion gewährleistet und ihn vor der ausländischen Konkurrenz schützt. Darüber hinaus soll die Erzeugungsschlacht des Reichsnährstandes Deutschland in jedem Jahr mehr und mehr von der Einfuhr an Agrarprodukten unabhängig machen. Die Erfolge, die die deutsche Wirtschaftspolitik damit erzielt, sind bedeutend. Die Zahlen über die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken seit 1932 beweisen dies:[12])

	in Mill. RM.
1932	1 493,2
1933	1 082,3
1934	1 066,9
1935	995,9[13])
1936	996,2[14])

Im Rahmen der Durchführung des Vierjahresplanes sind neue wichtige Verordnungen getroffen worden, welche die Erzeugungssteigerung in der Landwirtschaft zum Ziele haben. Wir denken hier z. B. an die Verordnungen, durch die eine Steigerung des Verbrauchs an Maschinen und Düngemitteln angeregt wird.[15])

[12]) Für die Beweiskraft dieser Zahlenübersicht ist folgende Einschränkung zu machen: Seit 1934 wird die Einfuhr infolge der ungünstigen deutschen Devisenlage stark gedrosselt. Aus dieser Übersicht geht daher zahlenmäßig nicht eindeutig hervor, inwieweit der Einfuhrrückgang von Lebensmitteln und Getränken durch die inländische Erzeugungssteigerung bedingt oder nur auf die Drosselung der Einfuhr infolge der Devisenknappheit zurückzuführen ist. Außerdem steigt auch der Verbrauch an Nahrungsmitteln durch die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß seit 1934 beträchtlich, sodaß hierdurch ebenfalls die Erfolge der Erzeugungsschlacht zahlenmäßig nicht klar genug aus den Einfuhrzahlen zu erkennen sind.

[13]) Es ist die alte statistische Gliederung nach der Gruppeneinteilung des internationalen Warenverzeichnisses benutzt worden, um die Zahlen mit denen von 1932 vergleichen zu können. Stat. Jahrb. 1936, S. 220.

[14]) Monatl. Nachweise über d. auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft I, 1936, Berlin 1937, S. 15. „Der deutsche Außenhandel nach Erdteilen und Ländern".

[15]) Verordnung über die Verbilligung von Stickstoff- und Kalidüngemitteln vom 23. 3. 1937 RGBl. I S. 376.

Die Marktordnung des Reichsnährstandes stellt dabei gleichzeitig die Ordnung auf dem Binnenmarkt her und regelt die noch notwendige Einfuhr an Nahrungsmitteln, sodaß die Einfuhr heute keine Gefahr mehr für die wirtschaftliche Existenz des Bauernstandes bedeutet.

Die gleichen Bemühungen gelten auch dem Ausbau der gewerblichen Rohstoffbasis. Der Fortschritt der Technik wird hier systematisch eingesetzt. Wie immer in Zeiten wirtschaftlicher Not technische Erfindungen gewaltige Umwälzungen und neue Lebensmöglichkeiten geschaffen haben, so auch heute. So kann der Führer bereits auf dem Parteitag 1936 verkünden, daß Deutschland in vier Jahren in allen jenen Rohstoffen unabhängig sein müsse, die dank des deutschen Erfindergeistes, der deutschen Technik und Chemie im Inland selbst erzeugt werden können. Auf dem Gebiet der Textilindustrie sind schon heute deutsche Textilrohstoffe, Flachs, Kunstseide und Zellwolle weitgehend an die Stelle von ausländischer Wolle und Baumwolle getreten. Folgende Tabelle gibt die Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie aus der Inlandserzeugung wieder:[16])

	in 1000 t; % = Inlandsanteil an der Gesamtversorgung.											
	Baumwolle		Wolle		Flachs		Kunstseide		Zellwolle		Gesamt	
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
1932	22	4,1	34,3	6,4	2,8	0,5	28,2	5,3	2,7	0,5	90,0	16,8
1933	22	3,6	33,1	5,4	3,1	0,5	32,8	5,4	4,5	0,7	95,5	15,6
1934	23	4,0	35,1	6,1	5,4	0,9	39,0	6,8	7,2	1,3	109,6	19,1
1935	25	4,2	39,3	6,5	13,8	2,3	44,5	7,4	15,6	2,6	138,1	23,0
1936	27	4,5	40,9	6,9	30,0	5,0	47,5	8,0	42,0	7,0	187,4	31,4

„Die für dieses Jahr zu erwartende Produktionssteigerung von Kunstseide und Zellwolle wird den Inlandsanteil an der Rohstoffversorgung der Textilindustrie bereits auf etwa 40 % erhöhen."[17])

Gleichzeitig sind auch auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden zur Ordnung der Erzeugung und des Verbrauchs, um damit ein erhöhtes Maß an Sicherheit gegenüber dem Ausland zu gewährleisten.

Seit der Verkündung des Vierjahresplanes wird Deutschland vom Ausland unablässig der Vorwurf gemacht, daß der Vierjahresplan eine Kampfansage gegenüber der Weltwirtschaft bedeute und er die Autarkie für Deutschland verwirklichen wolle. Daher ist es not-

[16]) Oktoberbericht des Bankhauses Hardy u. Co., Berlin, zit. in Berliner Börsen-Zeitung vom 2. 10. 37. Nr. 461.

[17]) Siehe Börsenzeitung, a. a. O

wendig, zu diesen Äußerungen kritisch Stellung zu nehmen und die Wirkungen darzulegen, die sich aus der Durchführung des Vierjahresplans auf die Dauer für die Stellung Deutschlands zum Außenhandel ergeben.

Dem deutschen Außenhandel werden durch den Vierjahresplan lediglich seine Grenzen gezogen, und es wird sein Ziel eindeutig bestimmt: der Ergänzung der deutschen Binnenwirtschaft zu dienen.

b) Die neue Zielsetzung des deutschen Außenhandels: Ergänzung der Binnenwirtschaft.[18])

Der Gedanke der Ergänzung der Binnenwirtschaft bedeutet, daß im Vierjahresplan „mehr und mehr der Zustand erreicht werden soll, in dem die lebensnotwendigen Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Eigenem gewonnen und durch den Außenhandel nur alle diejenigen Waren beschafft werden sollen, die über dieses für die Lebensnotdurft des Volkes und die dringlichen Erfordernisse der Wirtschaft hinausgehende Maß notwendig bleiben."[19])

Dieser Gedanke des Ergänzungshandels ist keinesfalls gleichbedeutend mit Autarkie, denn der Sinn der Autarkie ist, so wenig wie möglich vom Ausland zu kaufen. Die Autarkie widerspricht den Zielen der deutschen Staatsführung, die gerade die Bedarfsdeckung des deutschen Volkes verbessern will. Wir haben außerdem oben dargelegt, daß Deutschland auf die Dauer immer auf die Einfuhr gewisser Produkte angewiesen bleibt, die ihm der eigene Raum versagt, und daß Deutschland den größten Wert darauf legt, seiner Industrie Absatzmöglichkeiten im Ausland zu verschaffen.

Auf lange Sicht wird der Vierjahresplan sogar zu einer Ausweitung des Außenhandels führen, weil durch ihn die Nationalwirtschaft mehr und mehr gestärkt wird. Die Erhöhung des Lebensstandards des deutschen Volkes wird durch die Erzeugung von Rohstoffen aus eigener Kraft erreicht werden. Der höhere Lebensstandard wird Bedürfnisse hervorrufen, die nur wieder im Außenhandel Befriedigung finden können. „Ein wohlhabendes Deutschland ist in ganz anderer Weise als heute in der Lage, über das bloße Existenzminimum hinaus vom Auslande zu kaufen. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß der Vierjahresplan in seiner schließlichen Auswirkung alles andere als Autarkie bedeutet, sondern daß darüber hinaus der hierdurch unabhängig gewordene Wirtschaftskörper in gewaltigem

---

[18]) Hesse III a. a. O.

[19]) Schmölders: „Vierjahresplan und Raumordnung" in Die deutsche Volkswirtschaft 1937, Nr. 17.

Umfange auf den Welthandel befruchtend wirken wird im Sinne eines vermehrten Austausches von Industrieerzeugnissen mit den anderen großen Wirtschaftskörpern der Welt."[20])

Wenn der Außenhandel als Ergänzungshandel dem nationalen Ziel voll gerecht werden soll, so muß er die notwendigen Güter, auf deren Einfuhr Deutschland angewiesen bleibt, auch mit erhöhter Sicherheit vom Ausland beschaffen. Hieraus ergibt sich, daß für den Bezug dieser notwendigen Güter nicht mehr das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt entscheidend sein kann, sondern daß der Außenhandel der bewußten Regelung des Staates unterliegen muß. In der staatlichen Ordnung des Außenhandels werden die Länder besonders bevorzugt, die die Sicherheit der Einfuhr gewährleisten.[21])

Für diese neuen Aufgaben des Außenhandels gilt es, eine Form zu finden, in der sie verwirklicht werden können. Kann die Wiederaufrichtung der alten Weltwirtschaft hierfür eine Lösung geben? Die Bestrebungen dazu sind heute in vielen Ländern vorhanden. Im Frühjahr 1937 wird der frühere Ministerpräsident der belgischen Regierung, van Zeeland, von den U.S.A. der englischen und französischen Regierung beauftragt, die Möglichkeiten des Zollabbaus zu untersuchen, um durch eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit den Frieden in der Welt zu sichern. Van Zeelands Aufgabe ist es danach, einen Bericht darüber zu geben und Wege zu weisen, wie dieser Plan der Regierungen verwirklicht werden kann.[22]) Auf dem Kongreß der Internationalen Handelskammer in Berlin stand dieses Thema ebenfalls zur Diskussion.[23])

Wir glauben dagegen, daß das bisherige System der Weltwirtschaft keine Lösung ist. Die Gründe dafür sollen im folgenden gegeben werden.

3. Ablehnung des bisherigen Systems der „Weltwirtschaft".

Für den Wiederaufbau der alten Weltwirtschaft wird die Regelung folgender Fragen als unerläßliche Voraussetzung betrachtet:

---

[20]) Ribbentrop auf der Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1937. Vergl. hierzu auch Schmölders, a. a. O.

[21]) Siehe hierzu Schmölders, a. a. O.

[22]) Siehe Wirtschaftsdienst, Nr. 15, 1937, S. 503. Ebenso Die Deutsche Volkswirtschaft, 1937, Nr. 18, S. 584.

[23]) Siehe hierzu z. B. die Vorträge von Fentener van Vlissingen, G. Theunis, Belgien, im Bericht über den Berliner Kongreß der I. H. K. 1937 in: Internationale Wirtschaft 1937, Jg. 9, Nr. 7/8.

1. Die Stabilisierung der Währungen,
2. Der Abbau der internationalen Handelshemmnisse.[24]
3. Die Regelung des internationalen Schuldenproblems.

Die Begründung dazu ist folgende: Die internationale Währungs rüttung und die Hemmnisse auf allen Gebieten des zwischenst liehen Verkehrs haben den Zerfall der Weltwirtschaft herbeigefü Werden diese Störungsmomente beseitigt, so ist damit die Vora setzung für eine Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen Glei gewichts gegeben.[25])

Es ist richtig, daß die Devalvationen den Zerfall der Weltw schaft beschleunigt haben, denn die dauernden Devalvatio und die dadurch hervorgerufenen handelspolitischen Abwehrm nahmen der anderen Länder haben ein solches Chaos in den z schenstaatlichen Beziehungen geschaffen, daß der Außenhandel folgedessen auf ein Mindestmaß zurückgedrängt ist. Die Ursac des Zerfalls der Weltwirtschaft sind sie aber nicht. Die Ursache vielmehr die politische Verschuldung, und zwar in erster Linie Verschuldung Deutschlands und die der ehemaligen österreichis ungarischen Nachfolgestaaten. Die Kreditkrise, die 1931 in Deuts land, England und Österreich fast gleichzeitig zum Ausbruch ka zeigte endgültig die Unmöglichkeit der Politik von Versailles.

---

[24]) Der Wunsch nach Herabsetzung der Zölle und Abbau der Hande schranken besteht vor allem bei den Ländern, denen die Möglichkeit ei Erweiterung des Außenhandels neue Kräfte des wirtschaftlichen A schwungs zuführt. Als Beispiel: Neubelebung der Oslo-Konvention. Sie hierzu auch Wirtschaftsdienst, 1937, Nr. 15, S. 503.

Ferner: Versuch der USA, in der Hull'schen Handelspolitik 1935 die uneingeschränkte Meistbegünstigung wieder einzuführen und damit Kampf gegen den Bilateralismus die alte Weltwirtschaft wieder herzustell Siehe Wirtschaftsdienst, 1937, Nr. 1, S. 1.

[25]) Siehe auch Mackenroth a. a. O. W. A. S. 1. „Ihre Auffassung eigentlich die offizielle Auffassung der zahlreichen internationalen Wi schaftskonferenzen der Nachkriegszeit, deren noch zahlreichere Verla barungen ja seit Jahren immer auf den gleichen Tenor gestimmt sind: Rü kehr zu den Wirtschaftsformen der Vorkriegszeit, Beseitigung der Hande hemmnisse usw." Diese Auffassung ist heute auch vielfach noch die A sicht von maßgebenden Vertretern der Wirtschaftstheorie, siehe A. Web G. Haberler. Weber sagt z. B. noch 1933 in seinen Ausführungen über d Freihandel: „Die Politik der Handelsbeschränkungen zählt also wirklich den Mitteln, welche die Völker ersonnen haben, um sich selbst und ande ärmer zu machen (Keynes). Im Grunde genommen heißt Verzicht auf internationale Arbeitsteilung nichts anderes, als daß eine Gruppe von P duzenten begünstigt wird dadurch, daß alle anderen Opfer bringen müss und zwar so, daß die gesamten Verluste regelmäßig größer sind als Gewinne der durch die einseitige Schutzpolitik begünstigten Interesse A. Weber: Wirtschaftspolitik II, (Handels- und Verkehrspolitik) Münch 1933, S. 464.

dahin hat die Kredithilfe der Gläubigerländer sie verschleiert. Der Zweck der ungeheueren Reparationsleistungen, die Deutschland in Versailles auferlegt wurden, war, Deutschland jede Lebensmöglichkeit von vornherein zu nehmen. Nun muß die Welt aber einsehen, daß sie ein 65 Millionen-Volk als Käufer und Verkäufer in der Welt nicht einfach ausschalten kann, ohne die übrigen nationalen Volkswirtschaften mit in die Krise einzubeziehen. Es zeigt sich, wie sehr das Schuldenproblem nicht allein Deutschland angeht, sondern daß es ein internationales Problem ist.[26])

Die Verschuldung und Wiederabberufung der gewährten Kredite lösten in England 1931 den Abgang vom Goldstandard aus. Seitdem ist in der ganzen Welt auf weitere Devalvationen nicht verzichtet worden.

Die Beweisführung bleibt daher an der Oberfläche haften, wenn sie in einer Stabilisierung der Währungen und dem Abbau der Handelshemmnisse den Weg für eine Wiederherstellung der Weltwirtschaft sieht. Wir brauchen deshalb auch auf alle die Möglichkeiten und Vorschläge, durch die die Stabilisierung erreicht werden soll, hier nicht näher einzugehen. Die allererste Voraussetzung für eine Stabilisierung und eine Wiederbelebung des Welthandels ist die Bereinigung der Schuldenfrage.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Bereinigung der Schuldenfrage

1. ein wesentliches Gefahrenmoment für die Sicherheit im zwischenstaatlichen Güteraustausch beseitigt und
2. eine Intensivierung des zwischenstaatlichen Güteraustausches ermöglicht.

Es muß aber abgelehnt werden, hieraus den Gedanken abzuleiten, daß dann dem Wiederaufbau der alten freien Weltwirtschaft nichts mehr entgegenstünde. Das System der alten Weltwirtschaft läßt sich der heutigen Wirtschaftsverfassung nicht mehr unterordnen.

Das vergangene Jahrhundert war innen- als auch außenwirtschaftlich beherrscht von dem für diese Zeit richtigen Gedanken des Liberalismus, denn „in einer Zeit, deren Aufgabe die Erschließung und Beherrschung fremder Märkte war, wo die weiten, leeren Räume mit ihren unermeßlichen Reichtümern dem Absatz offenstanden und beschickt und beliefert werden wollten, konnte man immer nur an die Produktion denken. Wenn der heimische Markt z. B. mit Maschinen jeder Art überreichlich versorgt war, warteten in Übersee die unerschlossenen Länder auf das Angebot, willig jede Menge in

[26]) Siehe hierzu besonders: Schacht, „Das internationale Schulden- und Kreditproblem", Eilsener Vortrag 1934.

geradezu unbegrenzten Dimensionen aufzunehmen. Hier war Außenhandel nicht nur eine zusätzliche Ergänzung der Binnen schaft, sondern im Interesse des eigenen Warenabsatzes zum Se zweck geworden."[27])

Die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Weltkriege hat Wirtschaftsverfassung entscheidend beeinflußt und geändert. „ wissen heute, wie unlöslich das Funktionieren (dieses) Systems jene wirtschaftsgeschichtlichen Einmaligkeiten als Voraussetzun gebunden ist."[28]) Die weiten, leeren Räume in der Welt sind au teilt. Es muß heute mit dem Unabhängigkeitsstreben aller Völker rechnet werden. Deshalb „handelt es sich darum, das, was geblie ist, zu erhalten und einzuteilen".[29]) Dabei waren die Grundsätze, denen der Liberalismus beherrscht und auf denen die freie W wirtschaft aufgebaut war, die Freizügigkeit des Kapitals, die in nationale Arbeitsteilung und der Freihandel. Heute ist aber das in nationale Kreditsystem völlig zerstört und wird in seiner alten Fo niemals mehr wieder aufgebaut werden können. Abgesehen dav daß wir dem Grundsatz der internationalen Arbeitsteilung nur dingte Richtigkeit beimessen konnten,[30]) ist die internationale Arbe teilung heute durch die Selbstindustrialisierung in den ehemali Rohstoffländern und die Reagrarisierungstendenz in den Indust staaten in ihrer alten Form aufgehoben. Diese Wandlungen im W schaftsaufbau der einzelnen Länder haben zur Überwindung des F handels geführt.

Aus diesen Gründen glauben wir das bisherige System der W wirtschaft ablehnen zu müssen. Sie sind daher näher zu untersuch

a) Zerstörung des internationalen Kreditsystems.

Vor dem Kriege ist das gesamte Kreditsystem in der Welt or nisch aufgebaut. Die Industrieländer Europas stellen den noch une wickelten Rohstoffländern in Übersee und den noch auf einer n drigeren Intensitätsstufe stehenden Agrarländern Ost- und Südo europas Kredite zur Verfügung, damit sie an die Ausbeutung ih nationalen Produktionsmöglichkeiten herangehen können. Die Zins und Amortisationsbeträge werden aus Lieferungen von Rohstof und Agrarerzeugnissen laufend gedeckt. Der internationalen Kred verflechtung entsprechen die Handelsbilanzen der Gläubiger- u

---

[27]) Naumann, Probleme der Einkommenspolitik, Diss. Breslau 19 S. 66. Vgl. hierzu auch G. Mackenroth, W. A. S. 3/4.
[28]) Mackenroth, a. a. O. S. 5.
[29]) Hesse I, S. 140.
[30]) Siehe oben S. 11.

Schuldnerländer. Den passiven Handelsbilanzen der Gläubigerländer stehen die aktiven Handelsbilanzen der Schuldnerländer gegenüber. Der Ausgleich bereitet keine Schwierigkeiten, weil die internationale Arbeitsteilung funktioniert. Der Weltkrieg und die Tributpolitik von Versailles haben diese organische Entwicklung zerstört.

Deutschland werden im Versailler Vertrag Tribute auferlegt, deren Leistung es aus der Kraft seiner zerrütteten Wirtschaft nur schwer erfüllen kann. Zudem sind ihm sämtliche Kolonien und sein ausländischer Vermögensbesitz genommen. Hieraus hätte Deutschland die Betriebsmittel, die es zum Neuaufbau seiner Wirtschaft braucht, damit sie leistungsfähig werde, beziehen können. Trotz der hohen Belastung der Wirtschaft mit Zinsen und Steuern werden die Leistungen im Inland aufgebracht. Die Transferierung kann jedoch nicht vorgenommen werden, denn die deutsche Handelsbilanz weist wie vor dem Kriege einen Passivsaldo auf, und Guthaben im Ausland sind nicht vorhanden. Die einzige Möglichkeit, die Transferierung durchzuführen, wird durch das Ausland selbst verhindert. Die Gläubiger sperren die Einfuhr von Waren durch eine Hochschutzzollpolitik.[31])

So ist die Transferierung praktisch nur möglich durch Aufnahme ausländischer Kredite. Dadurch haben „die alliierten Regierungen ... also die bis Ende 1930 aufgelaufenen Reparationen in Höhe von 10,3 Mrd. RM. in Wahrheit von ihren eigenen Bürgern und von denen neutraler Staaten erhalten".[32]) Ende 1930 ist Deutschland mit 25 Mrd. RM. an das Ausland verschuldet, von denen rd. 15 Mrd. RM. aus der Privatisierung der politischen Schulden stammen.[33])

Wie Deutschland hat sich auch Südosteuropa in der Nachkriegszeit stark an das Ausland verschuldet. Die Verschuldung Südosteuropas ist vor dem Kriege bereits sehr hoch. Das erklärt sich einmal aus seiner Wirtschaftsstruktur, die noch wenig entwickelt ist, weshalb der Kapitalbedarf zur Intensivierung sehr hoch ist. Im Inland ist dieses Kapital nicht aufzubringen, da die Staaten durch die vielen Kriege des vorigen Jahrhunderts finanziell übermäßig in Anspruch genommen sind. Infolge der Zertrümmerung der österreichisch-unga-

---

[31]) Die USA sperren die Einfuhr durch einen hochprotektionistischen Zolltarif, den Hawley-Smooth'schen Tarif, der am 18. Juni 1930 in Kraft tritt, Leibrock, a. a. O. S. 56. Für die einfuhrbeschränkenden Maßnahmen der anderen Länder siehe Schacht, a. a. O., Tabellenanhang S. 57 ff.

[32]) Schacht, ebenda S. 9.

[33]) Die Summe setzt sich zusammen aus 10,3 Milrd. RM., die im Layton-Bericht genannt sind, einschl. weiterer 5 Milrd. RM., die sich zusammensetzen aus den Reparationslasten seit Anfang 1931 und der Zinslast auf die mit geborgtem Geld durchgeführten Reparationsleistungen, siehe Schacht, a. a. O., S. 9.

rischen Monarchie nach dem Weltkrieg sind für den Neuaufbau der Volkswirtschaften neue ausländische Kredite notwendig. Für die internationalen Kapitalmächte bietet sich daher hier eine vorteilhafte Gelegenheit, auf dem Wege über die Kreditgewährung politische Einflüsse geltend zu machen. In besonderer Weise hat dies Frankreich, als klassisches Land der politischen Kredite, verstanden. Die Hilfe, die Frankreich Südosteuropa zuteil werden läßt, ist für Frankreich der beste Garant, um diese Länder seinem Bündnissystem gegen Deutschland auch nach dem Kriege fest anzugliedern. Diese politische Zwecksetzung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Kredite in erster Linie dazu verwandt werden, eine für diese Länder kaum tragbare, kostspielige Rüstungsindustrie aufzubauen.

Die Folge ist, daß Südosteuropa in einem Maße an das Ausland verschuldet ist, das in keiner Weise seiner Leistungsfähigkeit entspricht. Daher ist es Südosteuropa unmöglich, Zinsen und Amortisationen aus den Überschüssen seiner Volkswirtschaft zu zahlen. Zudem sperren sich auch hier die Gläubigerländer wie bei Deutschland gegen jede Einfuhr aus diesen Staaten. Die Gründe für das Verhalten der Gläubigerländer sind folgende:

Amerika ist durch den Weltkrieg zum Hauptgläubigerland der Welt geworden. Es ist gleichzeitig das größte Rohstoffland geblieben und hat auch seine Industrialisierung so weit vorwärts getrieben, wie wir noch sehen werden, daß es nach dem Kriege die erste Stelle unter den Welthandelsländern einnimmt. Wollte Amerika deshalb in dem Maße, wie es Kredite gewährt hat, ausländische Waren einführen, so würden diese seinen Binnenmarkt ruinieren. Frankreich, das erste Gläubigerland in Südosteuropa, ist ebenfalls nicht in der Lage, die Gegenleistungen in Form von Warenlieferungen aufzunehmen. Es hat seinen Kolonialbesitz im Weltkriege so vergrößert, daß es mit den Kolonien einen in sich weitgehend autarken Wirtschaftsraum umschließt.

Die folgende Übersicht veranschaulicht die Kapitalverflechtung Frankreichs in den Südoststaaten.[34])

Französische Anleihen und Kredite in Südosteuropa.[35])

	Zahl	Betrag in Mill. ffrs.
Bulgarien	1	130
Griechenland	1	100
Jugoslavien	9	2295
Rumänien	7	1854,3
Ungarn	2	384
	20	4763,3

Anmerkung 34 und 35 siehe nächste Seite.

England und Amerika sind nach Frankreich die wichtigsten Gläubiger in Südosteuropa. Sie sind vor allem an der Industrie in Südosteuropa beteiligt, während Frankreich in erster Linie Staatskredite gewährt.

Die durch die Abberufung der Kredite 1931 ausgelöste Krise wirkt sich hier wie in Deutschland besonders schwer aus, weil die Verschuldung auch in Südosteuropa zum großen Teil kurzfristig ist.

So hat die politische Verschuldung Deutschlands und Südosteuropas diese Staaten gezwungen, eine zentrale Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen und ihres Zahlungsverkehrs einzuführen. Die Freizügigkeit der internationalen Kreditverflechtung, wie sie Voraussetzung im Weltwirtschaftssystem der Vorkriegszeit ist, wird auch für die Zukunft deshalb abzulehnen sein, weil sie die Sicherung der nationalen Ziele durch die besonders große Abhängigkeit gegenüber den Gläubigerländern gefährdet. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, wird sie auch nicht mehr im gleich hohen Maße wie früher tragbar sein, denn die falsche Kreditpolitik der Nachkriegszeit hat grundsätzlich die Erkenntnis gefördert, daß zur Rechtfertigung der Auslandskredite zwei Voraussetzungen unbedingt gegeben sein müssen. Die Auslandskredite sind nur zu rechtfertigen, wenn sie

1. zur Steigerung der Produktivität der Schuldnervolkswirtschaft verwandt werden, die es ermöglicht, den Auslandskredit durch die daraus entstehende Ertragssteigerung zu tilgen; wenn
2. die Gläubigervolkswirtschaften bereit sind, den erhöhten Warenexport auch aufzunehmen.

Diese für die Volkswirtschaft wesentlichen Fragen werden daher besonders der staatlichen Überwachung und Ordnung unterstehen müssen.

Die Bindung des Zahlungsverkehrs, die den Schuldnerländern aufgezwungen ist, muß aber, abgesehen von dieser politisch bedingten Tatsache, ebenfalls in Zukunft aufrechterhalten werden, weil die gesamtwirtschaftliche Außenhandelsordnung sie erfordert. Es genügt nicht, allein durch Handelsverträge die Voraussetzungen zu einer Lenkung des Außenhandels entsprechend den nationalen Zielen zu schaffen, wenn es im übrigen den Kaufleuten völlig überlassen bleibt, indem ihnen genügend Devisen zur Verfügung gestellt werden, ihre Produkte beliebig dort einzukaufen, wo sich das Geschäft, z. B.

---

[34]) Zusammengestellt aus: Der Wirtschafts-Ring, 9. 4. 1937, Hadries: „Die Auslandsverschuldung im Donau- und Balkanraum".

[35]) Nur bekanntgewordene Neuemissionen und kurzfristige Kredite bis einschließlich 1934.

in Bezug auf den Preis und sonstige Bedingungen, für sie selbst am vorteilhaftesten gestaltet. Sie würden damit die staatlichen Maßnahmen der Außenhandelslenkung durchkreuzen, die es dem Staate ermöglichen sollen, seine Außenhandelsbeziehungen fest an die Länder zu binden, mit denen er den Handelsverkehr wünscht.

Bei dieser grundsätzlichen Frage der Anerkennung der Bindung des Zahlungsverkehrs spielt es weniger eine Rolle, welche Form des Zahlungsverkehrs gewählt wird, ob die Form der Verrechnungsverträge oder die losere Form der Zahlungsabkommen.[36]) Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Daß die Bindung des Zahlungsverkehrs einer Ausweitung des Handelsverkehrs nicht entgegensteht, ist geschichtlich erwiesen. Denn die Steigerung des Welthandels in den letzten Jahren von 95,8 Mrd. RM.[37]) im Jahre 1934 auf 105,1 Mrd. RM.[38]) im Jahre 1936 ist erzielt worden trotz der in den meisten Ländern üblichen staatlichen Regelung des Zahlungsverkehrs.[39]) Die bürokratischen Hemmnisse, die dabei allerdings vielfach mit in Kauf zu nehmen sind, stehen in gar keinem Verhältnis zu der Förderung der gesamt-volkswirtschaftlichen Belange.

Wie der Weltkrieg das internationale Kredit- und Zahlungssystem der Vorkriegszeit zerstört und ihre Neuordnung nachhaltend beeinflußt hat, so hat er auch zu entscheidenden Wandlungen im Wirtschaftsaufbau der einzelnen Nationalwirtschaften geführt. Diese haben das Abhängigkeitsverhältnis in der internationalen Arbeitsteilung weitgehend aufgehoben.

b) Wandlungen im Wirtschaftsaufbau der Nationalwirtschaften.

Im Weltkrieg fielen die europäischen, am Krieg beteiligten Staaten als Lieferanten industrieller Erzeugnisse für die Kolonialländer aus. Unter dem Schutz hoher Zölle hat die Industrialisierung Amerikas vor dem Kriege bereits einen solch hohen Stand erreicht, daß es sich nun als gelehriger Schüler den Ausfall Europas auf dem Weltmarkt zunutze macht.

---

[36]) In Deutschland und anderen Ländern haben sich die verschiedensten Formen des Zahlungsverkehrs entwickelt. Vgl. hierzu: Wirtschaftsdienst, Hübbe, „Der Verrechnungsverkehr im Außenhandel", Jg. 21, 1937, Nr. 42, S. 1196 ff.; ebenso Wirtschaftsdienst Jg. 21, 1937, Nr. 42, Oberascher. „Vom Clearingvertrag zum Zahlungsabkommen", S. 1416/17.

[37]) Stat. Jahrb. 1936, S. 126.

[38]) Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung, Bericht der Reichskreditgesellschaft, 1. Hj. 1937, S. 59.

[39]) Siehe hierzu auch Oberascher a. a. O.

Dieser Wettbewerb Amerikas und sein Expansionsdrang über die amerikanischen Grenzen hinaus sind fundiert in den Gedankengängen des Imperialismus, die sich in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Amerika durchsetzen. „Schon 1895 formulierte der Staatssekretär Olney das Programm der politischen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten über Latein-Amerika. Im Jahre 1903 verkündete Roosevelt „Das Zeitalter des Pazifik", wo Amerika durch seine Kriegsflotte herrschen sollte. Im Sinne des europäischen Imperialismus predigte Kapitän Mahan den Flottenbau zur Erweiterung der Märkte für die amerikanische Industrie und zur Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen vor allem der Erdölvorkommen, welche England noch freigelassen hatte."[40])

Da die Industrie der kriegführenden Mächte ganz auf den Rüstungsbedarf eingestellt werden muß, steigt auch die Nachfrage Europas nach Fertigprodukten anstelle von Rohstoffen. „Hierdurch wurden die Kräfte der amerikanischen Industrie in einer Weise entwickelt, daß sie nicht nur alle Länder der Welt überholten, sondern auf Ausfuhr eingestellt wurden. Industrielle Ausfuhr ist seit dem Weltkriege ein wesentlicher Faktor in der amerikanischen Volkswirtschaft geworden."[41]) Die Ausfuhr Amerikas nimmt von 1900 bis 1925 im Vergleich zu den beiden anderen führenden Welthandelsländern England und Deutschland folgenden Aufstieg: (in Mrd. RM.)

	U.S.A.	Großbritannien	Deutsches Reich[42])
1900	6,1	5,9	4,6
1905	6,7	6,7	5,8
1910	7,7	8,8	7,5
1913	10,3	10,7	10,1
1925	20,2	15,7	9,3

Dem Beispiel Amerikas folgen die Kolonialländer in Übersee, um sich ebenfalls von Europa unabhängiger zu machen. Durch den Aufbau eigener Industrien soll die Erzeugung lebenswichtiger Waren sichergestellt werden. Der Weltkrieg hat daher die wirtschaftliche Entwicklung besonders der am Kriege nicht beteiligten Staaten beschleunigt.[43])

[40]) v. Schulze-Gaevernitz a. a. O. S. 111.
[41]) v. Schulze-Gaevernitz a. a. O. S. 111.
[42]) Stat. Jahrbuch 1936.
[43]) Schlie, a. a. O., S. 19. Schlie weist den Industrialisierungsprozeß in den britischen Dominion nach. S. 21 ff.

Auch in Europa nimmt der Aufbau neuer Industrien im Weltkrieg zu. Die Sicherung des notwendigen und gesteigerten Rohstoffbedarfs für die Durchführung des Krieges aus den Kolonialländern ist nicht möglich. Mit allen Mitteln wird versucht, eigene Rohstoffquellen zu erschließen, deren Ausbau sich beim friedlichen Austausch nach dem „Gesetz der komperativen Kosten" nicht gelohnt hätte. Erinnert sei in diesem Zusammenhang, um ein Beispiel herauszugreifen, an die Schaffung der deutschen Aluminiumindustrie im Weltkrieg. Deutschland war 1913 nach den Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Verbrauch von 12 600 to der größte Verbraucher von Aluminium. Dagegen beträgt die deutsche Erzeugung an Aluminimum nur 1 000 to.[44]) Um den durch den Kriegsbedarf gesteigerten Verbrauch an Aluminium zu decken, zumal Aluminium außerdem als Ersatz von Kupfer Verwendung findet, wird die deutsche Aluminiumindustrie aufgebaut.

Die politische Umgestaltung Europas durch den Weltkrieg bewirkt, daß sich auch in den Rohstoffländern Europas, in den durch die Verträge von St. Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres neugebildeten Staaten Südosteuropas die Selbstindustrialisierung durchsetzt. Die Länder Südosteuropas erzeugten vor dem Kriege überwiegend Agrarprodukte. Nur vereinzelt wurden bereits vorhandene Rohstoffquellen ausgenutzt.[45]) Als sie aber nach dem Kriege ihre politische Selbständigkeit erhielten, versuchten sie, durch eine fortschreitende Industrialisierung auch ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern. Der Staat förderte die Industrialisierung mit Subventionen, Steuererleichterungen; später schützten Hochschutzzollmauern die neu errichteten Industrien vor der ausländischen Konkurrenz.[46])

In Jugoslavien steigt der Bruttoproduktionswert von Bergbau und Industrie seit 1920 beständig. Der Bruttoproduktionswert der Bergwerke beträgt im Jahre 1929 1 468 Mill. Dinar, gegen 301 Mill.

---

[44]) Schätzungen der Metallgesellschaft, Frankfurt a. M., zit. bei Gautschi, Die Aluminiumindustrie, Zürich 1925.

[45]) In Rumänien, Bulgarien und Ungarn sind Industrieförderungsgesetze schon vor dem Kriege geschaffen und werden in der Nachkriegszeit erneuert. Sie sehen Maßnahmen in der Form von Subventionen, Steuerbegünstigungen und Sondertarifen auf der Eisenbahn vor. Wirsing a. a. O. S. 26. Der Grund, warum die Staaten diese Art von Maßnahmen (kleine Mittel der Handelspolitik) zur Förderung ihrer Industrie ergreifen, und nicht das direkte Mittel des Hochschutzzolles anwenden, ist darin zu sehen, daß die Balkanstaaten erst verhältnismäßig spät volle Bewegungsfreiheit auf zollpolitischem Gebiet erhalten. Siehe hierzu Groß a. a. O. S. 151 ff.

[46]) In Rumänien Erdöl, in Serbien Kupfer; außerdem ist die Holzindustrie vor dem Kriege schon ausgedehnt. Siehe auch Groß, „Südosteuropa", Bau und Entwicklung der Wirtschaft. Leipzig 1937, S. 144.

Dinar im Jahre 1920, der der Hüttenwerke beträgt 1929 641 Mill. Dinar gegen 49 Mill. Dinar im Jahre 1920.[47])

In Rumänien steigt der Bruttoproduktionswert der Bergwerke und Hütten von 1 467 Mill. Lei im Jahre 1920 auf 12 034 Mill. Lei im Jahre 1929, der der Industrie von 1 910 Mill. Lei im Jahre 1913 auf 11 712 Mill. Lei im Jahre 1921 und 56 129 Mill. Lei im Jahre 1929.[48])

Auch in Ungarn nimmt der Bruttoproduktionswert der Industrie von 1 904 Mill. Pengö im Jahre 1913 bis 2 867 Mill. Pengö im Jahre 1929 zu.[49])

Diese Gegenkolonisation der ehemaligen Rohstoffländer ruft gleichzeitig eine Reagrarisierung in den Industrieländern hervor. In England und Deutschland nehmen wir eine Erweiterung der Agrarbasis wahr, eine Tendenz, die sich besonders seit der Krise verschärft hat.[50]) Damit haben alle Länder eine weitgehende Unabhängigkeit erreicht. Das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis in der internationalen Arbeitsteilung ist zerstört. Die Nachkriegszeit ist gekennzeichnet durch einen „Kampf aller gegen alle" und ein Ringen um den Absatz auf dem Weltmarkt.

Daß unter diesen veränderten Bedingungen der Freihandel nicht mehr die Richtschnur der internationalen Handelspolitik sein kann, soll im folgenden bewiesen werden

c) Abkehr vom Freihandel.

Der Freihandel, das Ideal des Liberalismus, beruht auf dem Grundsatz der Gleichheit. So wie der Liberalismus bei dem

---

[47]) Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft 1936, S. 157. Goldparität bis 27. Juni 1931: 100 Dinar = 81 RM.

[48]) Ebenda S. 241. Goldparität bis 7. Februar 1929: 100 Lei = 81 RM., ab 8. Februar 1929: 100 Lei = 2,51 RM.

[49]) Statistisches Handbuch der Weltwirtschaft 1936, S. 302. Die Angaben für 1913 beziehen sich auf den jetzigen Gebietsstand. Goldparität ab 1. Januar 1927: 100 Pengö = 73,42 RM. Groß bemerkt hierzu: „Der Wert der industriellen Produktion ist ziffernmäßig zwar stark gestiegen, hat aber erst im Jahre 1925 den Friedensstand überschritten. Gemessen am Produktionswert von 1913 und umgerechnet in Kaufkraft vom Friedenspengö (1913 = 100), also bei Eliminierung der Preissteigerung, lag der Produktionswert in den Jahren 1921–1926 unter dem Friedensstand ..., den er in dem Hochkonjunkturjahr von 1928 nur um 9% überstieg." Groß a. a. O. S. 166.

[50]) Deutschlands Nahrungsversorgung siehe oben S. 12. Für England siehe die ausführlichen Darlegungen bei Mackenroth und Krebs, a. a. O. S. 59 ff.

Tauschakt auf dem inneren Markt völlig gleichberechtigte Partner sich gegenüberstehen sieht, so geht er auch beim zwischenstaatlichen Verkehr von der Gleichheit der Staaten aus. Politisch hat Versailles allen neuen Staaten ihre Selbständigkeit gegeben. Im Völkerbund wird ihre „Gleichberechtigung" hergestellt. Wirtschaftlich können sie ihre Selbständigkeit und damit ihre Gleichheit niemals erlangen, denn ihre Lebensfähigkeit wird nicht garantiert. Die Deutschland auferlegten Tribute zielten praktisch darauf hin, Deutschland jede Lebensmöglichkeit abzuschneiden, ebenso wird durch die Zerschlagung zusammenhängender Wirtschaftsgebiete in Ost- und Südosteuropa den neugebildeten Staaten ihre Selbstbehauptung wesentlich erschwert. „Ohne ... eine neue Verbindung unter ihnen zu schaffen, sind sie der Gefahr ausgesetzt worden, wirtschaftlich erdrückt zu werden und ihre politische Selbständigkeit zu verlieren,"[51]) denn — so folgert Sering weiter — „auf dem europäischen Raum leben zwischen der deutschen und russischen Westgrenze und von Finnland bis Griechenland auf einer Fläche von 2,55 Mill. qkm 180 Mill. Menschen. Das sind 30 % mehr als in den USA. Dieser enge Raum ist in 14 selbständige Staaten aufgeteilt. Wenn eines Tages an den Grenzen jedes der 48 Staaten der USA. hohe Zollwände emporstiegen, so wäre die Kraft der amerikanischen Wirtschaft am selben Tage zerbrochen."[52]) Der Freihandel ist daher auf der Grundlage der ungleichen Verteilung der Machtverhältnisse, wie Versailles sie geschaffen hat, nicht möglich.

Das Ziel, das der Liberalismus durch den Freihandel zu erreichen sucht, ist die wirtschaftliche Expansion. Die Expansion ist berechtigt, solange es gilt, die Wirtschaftsquellen der Länder erst zu erschließen und sie den menschlichen Bedürfnissen nutzbar zu machen. Der Freihandel will Handel „mit allem und mit allen" treiben, um den Reichtum des Landes zu steigern und dessen wirtschaftliche Macht so weit als möglich auszudehnen. Die Voraussetzung der Verwirklichung dieses Zieles ist aber heute nicht mehr gegeben. Die Expansion ist beendet, der Krieg hat die Entwicklung beschleunigt. Die Industrialisierung aller Volkswirtschaften ist eine Folge des Unabhängigkeitsstrebens der Völker. Die Industrialisierung verlangt Schutz vor der fremden Konkurrenz.

Das Mittel, das am geeignetsten erscheint, die Durchführung des allgemeinen Freihandels zu fördern, ist die unbedingte Meistbegünstigung, da sie Zollnachlässe oder die Aufhebung von Zöllen, die einmal von einem Lande eingeräumt, auf alle mit diesem Land ver-

[51]) Sering, a. a. O. S. 25.

[52]) Sering, a. a. O. S. 21. Vergl. hierzu auch Weber, Adolf, Sozialpolitik, München 1931, S. 70.

tragschließenden Staaten ausdehnt und von diesen wiederum dritten Staaten aufgezwungen werden. Mit der Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die zwischenstaatlichen Handelsverträge sollen für alle Staaten die gleichen Konkurrenzbedingungen hergestellt werden. Die Erfüllung dieser Aufgabe erweist sich aber als unmöglich, wenn die Produktionsbedingungen derartige Verschiedenheiten aufweisen, wie sie die unterschiedliche Belastung der einzelnen Staaten mit Tributen und Zinsen nach dem Kriege geschaffen haben. Die Unterschiede in den Produktionsbedingungen verlangen andere Maßnahmen. Trotzdem ist die Meistbegünstigung in allen Verträgen formal enthalten. Sie wird daher zwangsläufig in vielen Fällen umgangen und durchbrochen.

Auf legalem und illegalem Wege wird die Meistbegünstigung praktisch unwirksam gemacht. Allgemeine Anerkennung und Gültigkeit erhält die Durchbrechung der Meistbegünstigung in der Grenzbegünstigungsklausel, Regionalklausel und Kolonialklausel.[53]) Hier wird die durch die Klausel zugesicherte Vorzugsbehandlung zwischen wirtschaftlich eng verbundenen Staaten auf einen territorialen Geltungsbereich beschränkt.

Die Umgehung der Meistbegünstigung mit Hilfe eines kunstvollen Zolltarifs, die besonderen Bedingungen für die Einfuhr von Gütern an bestimmten Häfen oder an bestimmten Orten der Landesgrenze, das alles sind Mittel, die unter dem Begriff des „administrativen Protektionismus" von jeher angewandt worden sind.

Nun bilden sich in der Krise neue und schärfere Mittel der Diskriminierung heraus.

Devalvationen schaffen für die verschiedenen Staaten nicht zu überbrückende Konkurrenzunterschiede auf dem Weltmarkt. Sie machen die Meistbegünstigung praktisch unwirksam.

Von einer gleichen Behandlung aller Staaten kann bei der Devisenbewirtschaftung, die von vielen Ländern heute durchgeführt wird, nicht mehr die Rede sein. Denn die Zuteilung der Devisen erfolgt heute nach Gesichtspunkten, die von dem Lebensinteresse der einzelnen Staaten bestimmt sind: Sicherung der Ein- und Ausfuhr, Aufrechterhaltung der Währungsstabilität.[54])

Deutschland erteilt nur Devisengenehmigungen im Rahmen seiner Devisenverfügbarkeiten, um seine Währung zu sichern. Ebenso teilt

---

[53]) Sommer, Luise, a. a. O. S. 48.

[54]) England unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen einer „normalen" und „bevorzugten" Meistbegünstigung. Die Bevorzugung tritt in einer höheren Devisenzuteilung in Erscheinung. England genießt in Argentinien eine 100%ige Devisenzuteilung, dagegen hat Argentinien für Importe aus Österreich keine Devisen genehmigt. Sommer, L. a. a. O. S. 58.

Deutschland bevorzugt nur für Importe aus denjenigen Ländern Devisen zu, die seine Kunden sind und nur für die Waren, die lebensnotwendig sind.

Eine gleiche Behandlung ist illusorisch, wenn Clearing und Kompensation den zwischenstaatlichen Verkehr regeln. „Nur derjenige gelangt zum Zug, der ein entsprechendes Kompensationsobjekt zu liefern hat. Derjenige Staat wird im Außenhandelsverkehr berücksichtigt, der den betreffenden Staat der Notwendigkeit enthebt, auf seine Devisenbestände zurückzugreifen."[55])

Ebenso wenig läßt sich das Kontingentsystem mit der Meistbegünstigung vereinbaren, wenn es bewußt auf die Exportförderung abgestellt ist und von dem Grundsatz der Reziprozität bestimmt wird.[56])

Alle diese Maßnahmen, Devalvationen, Devisenbewirtschaftung, Einfuhrkontingentierung, sind in der Krise entstanden und als Not- und Abwehrmaßnahmen der einzelnen Länder gegen die Krise anzusehen, als die veränderte Lage in der Weltwirtschaft offenbar wird. Sie haben den Zusammenbruch der Weltwirtschaft nicht aufgehalten, sondern verschärft und gleichzeitig systematisch die Überwindung des Freihandels herbeigeführt. Diese zahlreichen neuen Notbehelfe der Handelspolitik stehen aber in keinem inneren Zusammenhang und vermögen auf die Dauer keine andere Ordnung an die Stelle der alten Weltwirtschaft zu setzen. Sie sind daher nur als Zwischenlösungen zu betrachten. Es ist deshalb auch nicht notwendig, näher darauf einzugehen.

d) Der Gedanke der Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen durch die Großraumwirtschaft.

Wir haben also gesehen, daß die alte Weltwirtschaft in ihren Grundlagen zerstört ist. „Wie die Ausdehnung der Wirtschaftsräume zu einer Ordnung führte, welche die alten Bindungen sprengte, so zwingt die Schrumpfung der Wirtschaft wieder zu Bindungen, um die einzelnen zu halten und zusammenzuhalten."[57]) Deshalb kann die organisatorische Grundlage des Außenhandels nicht mehr der Freihandel sein. Wir haben außerdem dargelegt, daß der Gedanke der Autarkie nicht zu verwirklichen ist und den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik widerspricht.

---

[55]) Sommer, a. a. O. S. 60.

[56]) Diese Handhabung hat sich in der Handelspolitik Frankreichs und der USA herausgebildet.

[57]) Hesse I, S. 140.

Weltwirtschaftskonferenzen, internationale Kongresse und Theoretiker in der ganzen Welt beschäftigen sich nun heute damit, was an die Stelle der alten freien Weltwirtschaft gesetzt werden kann, um einen internationalen Warenaustausch, der für alle Völker, wie wir ausgeführt haben, unbedingt notwendig ist, zu ermöglichen. Wir sind uns darüber klar, daß eine Neuordnung des Außenhandels, wenn sie erfolgreich sein soll, die strukturellen Veränderungen in der Welt berücksichtigen muß. Diese sind die Selbstindustrialisierung in allen Ländern der Welt wodurch das Expansionsstreben der europäischen Industrieländer ein Ende gefunden hat, und die Überwindung der internationalen Freizügigkeit der Waren- und Kreditverflechtung herbeigeführt wurde. Sie muß ferner von der veränderten Zielsetzung bei allen Völkern ausgehen, dem Streben nach Unabhängigkeit und Sicherheit. Es versteht sich weiterhin von selbst, daß eine neue außenwirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur in einzelnen Organisationsfragen, sondern in allen grundsätzlichen Fragen sich von der ehemals freien Weltwirtschaft unterscheiden muß. Dazu gehört, daß nicht nur die Mittel der äußeren Wirtschaftspolitik geändert werden, so daß z. B. an die Stelle der Meistbegünstigung eine autonome Handelsvertragspolitik tritt, die aber im übrigen, z. B. in der internationalen Zahlungs- und Kreditfrage und in der Aufrechterhaltung des Markt- und Preismechanismus bei den gleichen Methoden wie früher bleibt. Gerade das internationale Kredit- und Zahlungsproblem und die Frage des Markt- und Preismechanismus in der Außenwirtschaft müssen ebenfalls unter den völlig anderen, neuen Perspektiven gesehen werden.

Wir sehen in der Großraumwirtschaft die Möglichkeit einer Neuordnung des Außenhandels. Wir betrachten sie nicht als Zwischenlösung, die nur für die gegenwärtige Zeit geeignet ist, in der so viele Staaten, darunter auch Deutschland, unter der Devisennot zu leiden haben und die nur deshalb zu einer neuen Ordnung schreiten müssen, um ein möglichst hohes Außenhandelsvolumen aufrecht zu erhalten. Wir geben zu, daß dieses Ziel allein auch erreicht würde, wenn alle Staaten Devisen frei verfügbar hätten, aber nur auf dem Umweg über den freien internationalen Handel! Wir sehen sie daher als eine Lösung, die für die Dauer berechnet ist, an. Wir können deshalb Predöhl nicht zustimmen, wenn er sagt: „Sie bedeutet nur eine Erweiterung des Spielraums der Autarkie und ein Ausweichmittel aus der Zwangsautarkisierung und ist somit nur ein Ausdruck des krisenbedingten Automatismus." „Ein solcher Raum bietet ... keinen Ersatz für die Wiederherstellung einer auf stabilen Wechselkursen aufgebauten, mit autonomen Reservaten der einzelnen Volkswirtschaften

verträglichen allgemeinen Weltwirtschaft."[58]) Durch die Großraumwirtschaft sollen aber die Verbindungen mit den übrigen Handelsländern der Welt nicht abgebrochen werden, wie wir nachzuweisen versuchen werden, sondern sie ist gerade ein Weg, durch den sie neu gestaltet und gefestigt werden. Auf diese Weise wird eine dauerhafte, neue Außenhandelsordnung erreicht. Aber der neue Außenhandel wird aufgebaut sein auf starken Nationalwirtschaften, die gestützt sind auf eine gegenseitige Verbindung in der Großraumwirtschaft. Die folgenden Ausführungen werden zeigen, was wir unter Großraumwirtschaft verstehen.

Wenn wir die Gedanken der neuen Außenhandelsordnung in der Großraumwirtschaft aufzeigen und zur Erhärtung dessen, daß sie keineswegs utopisch sind, z. B. auf die Entwicklung des Außenhandels zwischen Deutschland und den südosteuropäischen Ländern eingehen, für die unsere Ausführungen, wie wir sehen werden, heute praktische Geltung beanspruchen können, so wollen wir damit der Wirtschaftspolitik nicht einen Plan entwerfen, wie und wo die Großraumwirtschaft durchgeführt werden kann. Das würde nur eine Fortsetzung der bisher fruchtlosen Diskussion über die Donauraumfrage bedeuten. Besonders seit der Weltwirtschaftskrise sind immer wieder neue Pläne von Theoretikern und Politikern aufgetaucht, die sich mit der Frage der Durchführung einer Großraumwirtschaft im Südosten beschäftigen. Wir wollen hier nur einige nennen: „Mitteleuropa" von Friedrich Naumann,[59]) Hantos, „Die Neuordnung des Donauraums"[60]) und der erst kürzlich von Ischboldin gemachte Vorschlag „Donaueuropa und die mitteleuropäische Zukunft".[61])

Wir wollen auf die Kritik dieser Pläne im einzelnen verzichten. Die Pläne sind u. E. reine Theorie, die als Ergebnis politische Forderungen aufstellen. Das ist aber niemals die Aufgabe der Wirtschaftstheorie. Ziele zu setzen hat nur der ein Recht, der auch die

---

[58]) Predöhl, a. a. O. S. 79.

[59]) Naumann, Friedrich: „Mitteleuropa", Berlin 1915.

[60]) Hantos: Die Neuordnung des Donauraums, Berlin 1935.

[61]) Ischboldin 3, a. a. O. Zusammengefaßt ist der Vorschlag Ischboldins folgender: Die mitteleuropäische Großraumwirtschaft muß auf folgenden Prinzipien aufbauen:

1. Vormachtstellung Deutschlands und Italiens als wichtigste Integrationsträger des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums;
2. Zusammensetzung der innereuropäischen Gruppenautarkie aus den Regionalverbindungen niederen Grades, die die völkische Integration nicht zu stark verletzen würden;
3. Verbindung von Zollvereinen und Regionalverbänden zweiter Ordnung als eigentliche Grundlage der geplanten Großraumwirtschaft;
4. Beteiligung der westeuropäischen Großmächte an der Finanzierung (langfristigen) der Volkswirtschaften Mitteleuropas. a. a. O., S. 658/9.

Möglicheit besitzt, diese Ziele zu erreichen. Nur der Staat, als die politische Form des Volkes, ist hierzu in der Lage und ihm kommt daher auch allein das Recht zu.

Unsere Aufgabe ist daher dann erfüllt, wenn wir die Grundvoraussetzungen, Ziele und Mittel einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Großraumwirtschaft untersuchen und darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen zu einer Großraumwirtschaft z. B. zwischen Deutschland und Südosteuropa vorhanden sind, wodurch die neue Zielsetzung des Außenhandels verwirklicht werden kann.

II. Kapitel:

Voraussetzungen, Ziele und Mittel der Großraumwirtschaft.

1. Der Sinn der Großraumwirtschaft.

Unter Großraumwirtschaft verstehen wir eine enge außenwirtschaftspolitische Zusammenarbeit mehrerer Staaten mit dem Ziel, sich wirtschaftlich gegenseitig wirkungsvoll zu ergänzen und sich damit eine größere Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu garantieren. Sie ist gebunden an einige Grundvoraussetzungen, die zwischen zwei oder mehreren Staaten immer dann bestehen müssen, wenn sich der Handelsaustausch dauerhaft und intensiv gestalten soll, unabhängig allerdings von strukturellen Wandlungen, außenpolitischen Erschütterungen und Weltrevolutionen, die das Wirtschaftssystem einer Volkswirtschaft ändern können. Diese Voraussetzungen gelten daher nur, solange sich das Wirtschaftssystem nicht ändert, denn wir sind uns dessen wohl bewußt, daß es keine über Raum und Zeit erhabene Wirtschaft gibt, wie es der Liberalismus annimmt.

Die Voraussetzungen sind:

1. Die wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit,
2. Die günstigen Verkehrsbedingungen,
3. Die weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung

Welche Staaten diesen Voraussetzungen gerecht werden, ist eine andere Frage. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eines Staates können sich ändern und mit sich bringen, daß ein Staat, welcher heute z. B. zu Deutschland neigt, morgen zu einem anderen Staat tendiert. Die Voraussetzungen bleiben immer die gleichen, die Geeignetheit der Staaten dagegen kann die gleiche bleiben, sie braucht es aber nicht. Wir untersuchen daher in dieser Arbeit die Außenhandelspolitik der Staaten, welche im augenblicklichen Zustand den oben genannten Voraussetzungen für Deutschland entsprechen. Das sind z. B. die Staaten Südosteuropas, mit denen sich auf Grund dieser Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der neuen Ziel-

setzungen der deutsche Außenhandel seit 1933 stark intensiviert hat.[62])

Die Großraumwirtschaft, die auf diesen Grundlagen aufbaut, wird damit in ihrer räumlichen Ausdehnung begrenzt. Sie wird sich nicht auf alle diejenigen Staaten ausdehnen, deren Struktur allein eine wirtschaftliche Ergänzung möglich macht, sondern maßgebend sind daneben die günstigen Verkehrsbedingungen, weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung.

Der raumwirtschaftliche Zusammenschluß mehrerer Staaten kann niemals die Äußerung politischen Machtstrebens sein, wenn er unter dem Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit erfolgt. Deshalb steht diese Auffassung auch im Gegensatz zum Imperialismus, der sich nur in einer freien Wirtschaft durchsetzen konnte, während wir die Großraumwirtschaft als Form der gebundenen Wirtschaft ansehen.

Die Begriffsbestimmung des Imperialismus ist allerdings nicht einheitlich, weil, wie Spann sagt: „Der Begriff keinen einheitlichen Gegenstand hat, (da) sich in ihm (verschiedene) Merkmale mehr oder weniger stark kreuzen." Das ist darauf zurückzuführen, daß es „keine eigentliche wissenschaftliche, (sondern) nur eine parteipolitische Begriffsbildung (ist), die mit dem Worte Imperialismus versucht wird."[63]) Deshalb stehen sich hier verschiedene Auffassungen gegenüber. Wir wollen hier nicht streng unterscheiden zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Imperialismus, wie Lenz es tut,[64]) weil sich u. E. das politische und wirtschaftliche Moment gegenseitig zu stark bedingen, sondern lehnen uns an die Begriffsbestimmung von Schulze-Gaevernitz' an und verstehen unter Imperialismus „diejenige Stufe des kapitalistischen Zeitalters, in welchem das Finanzkapital mittels politischer Gewalt sich übernationaler Gebiete bemächtigt zwecks monopolistischer Ausbeutung ihrer Naturschätze, Rohstoffe und Arbeitskräfte (letzteres vielfach mittels Be-

---

[62]) Zu Südosteuropa rechnen wir hier die Staaten Bulgarien, Griechenland, Jugoslavien, Rumänien, die Türkei und Ungarn. Sie haben, wie wir einleitend betonten, die gleiche Bedeutung für den Außenhandel mit Deutschland. Die Tschechoslowakei ist nicht hierzu zu rechnen, da sie den gleichen Einfuhrbedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen wie Deutschland hat. Sie vermag deshalb nicht wie die anderen Staaten die 1. Voraussetzung der wirtschaftlichen Ergänzungsfähigkeit zu erfüllen. Für die Tschechoslowakei trifft außerdem die Voraussetzung der politischen Übereinstimmung nicht zu. Der deutsche Außenhandelsumsatz mit diesen Ländern, bezogen auf den gesamten Außenhandelsumsatz Deutschlands, hat sich von 4,6 v. H. im Jahre 1932 auf 10,7 v. H. im Jahre 1936 erhöht. Errechnet nach den absoluten Zahlen in Monatl. Nachweise 1936, Ergänzungsheft I.

[63]) Vgl. hierzu O. Spann, a. a. O. S. 384.

[64]) Zit. bei Spann, a. a. O. S. 383.

steuerung) mit der Tendenz des autarken, alle Zonen umfassenden, alle Rohstoffe erzeugenden Weltreichs."[65]) Beim Imperialismus ist das politische Machtstreben eines einzelnen Volkes der Ausgangspunkt für die Bildung von Großräumen. Kleinere, wirtschaftlich nicht lebensfähige, noch unentwickelte Länder und vor allem noch nicht in die Völkerrechtsgemeinschaft aufgenommene Völker werden einer Macht untertan gemacht. Der Gedanke der Ausbeutung dieser Länder, ihre Nutzbarmachung für eine einzelne Volkswirtschaft steht hier im Vordergrund. Er dient der Ausdehnung des Herrschaftsbereiches eines Staates und der Stärkung der Machtstellung gegenüber anderen Großmächten. Die Mittel, deren sich der Imperialismus zur Sicherung seiner Absatzmärkte und Einfuhrländer innerhalb seines Weltreichs bedient, sind sowohl Machtmittel, wie Rechtsmittel. „In den primitiveren Stufen der wirtschaftlichen Ausdehnung überwiegt gegenüber Völkern minderer Gesittung und schon gar gegenüber den noch nicht in die Völkerrechtsgemeinschaft aufgenommenen Naturvölkern die Ausrüstung und Stützung wirtschaftlicher Unternehmungen mit militärischen Machtmitteln. Die Gewährung des Schutzes durch Androhung oder Anwendung der militärischen Gewalt zu Lande oder zur See steht in erster Linie. ... Nach Aufteilung der Länder beginnt das Rechtmittel des Vertrages ein immer mehr gebrauchtes, aber auch mißbrauchtes Werkzeug wirtschaftlicher Eroberung zu werden. Das Streben läuft darauf hinaus, die Absatz- und Einfuhrmärkte, teils durch Verträge mit ihren politischen Beherrschern, teils durch Verträge mit den gefährlichsten Wettbewerbern zu sichern."[66]) Wo der Imperialismus also nicht mehr frei durchführbar ist, treten an die Stelle der Unterwerfung die Gleichberechtigung, die Politik der offenen Tür und Handelsverträge.

Die heute in der Welt bestehenden Großräume, vor allem das Britische Weltreich, Frankreich, die USA. und Rußland, sind aus solchen machtpolitischen Zielen heraus entstanden. Die USA. und Rußland nehmen insofern eine Sonderstellung ein, als bei ihnen der Wirtschaftsraum zugleich auch der Staatsraum ist. England hat sich seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunderts in seiner Imperiumspolitik „durch die Überlegenheit seiner Flotte, durch den Erwerb von Stützpunkten auf den Weltstraßen des Handelsverkehrs, durch die Werbekraft seines Großkapitals, durch die Ausdehnung und wirtschaftliche Vielseitigkeit seines kolonialen Besitzes, durch immer weiter greifende politische und wirtschaftliche Sicherungen, die

[65]) v. Schulze-Gaevernitz, a. a. O. S. 120.
[66]) A. Lenz, a. a. O., S. 33.

Führung in der Weltwirtschaft zu verschaffen gewußt."[67]) Diese Politik konnte damals getrieben werden, solange es noch die unentwickelten, freien Länder in Übersee gab und das Selbstbewußtsein der Völker noch nicht erwacht war. Die Völker sind aber aus dem Weltkrieg mit gestärktem Selbstbewußtsein hervorgegangen, das sich nun überall geltend macht, im politischen Leben sowie in der Wirtschaft. Mit diesen Tatsachen muß heute gerechnet werden.

Für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mehrerer Länder innerhalb eines Großraums, der durch die oben genannten Voraussetzungen begrenzt wird, ist deshalb die Gegenseitigkeit entscheidend.

Der deutsche Standpunkt in dieser politischen Frage ist von berufenster Seite aus wiederholt klar umrissen worden. Wie Deutschland für sich selbst von allen Völkern Achtung und Anerkennung verlangt, so erkennt es auch die berechtigten Lebensansprüche der anderen Nationen an und wünscht mit ihnen in Frieden und Freundschaft zu leben. Daher kann Deutschland in einer Großraumwirtschaft nur eine Koordination von souveränen Staaten sehen. Die Großraumwirtschaft als eine Zusammenarbeit und Ergänzung von starken und geordneten Nationalwirtschaften, die hierauf aufbaut, kann deshalb nur eine kameradschaftliche sein, in der jedes Volk „die Ehre, Freiheit, Leistung und Sicherheit"[68]) des anderen anerkennt.

Auch die Mittel, die bei der Ordnung einer solchen Zusammenarbeit angewandt werden, müssen sich notwendig von denen des Imperialismus unterscheiden. In jener Zeit wird die Ordnung mit kriegerischen Machtmitteln und wirtschaftlichem Druck aufrechterhalten. Heute treten an ihre Stelle gegenseitige, bindende Abmachungen von Staat zu Staat.

2. Die Voraussetzungen der Großraumwirtschaft.

a) Die wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit.

Der natürliche Wirtschaftsaufbau der Länder, die sich zu einer Großraumwirtschaft zusammenschließen, muß so beschaffen sein, daß die Möglichkeit einer weitgehenden Ergänzung gegeben ist. Hierfür ist vor allem eine ausreichende Nahrungsgrundlage erforderlich; die Rohstoffbasis muß genügend breit sein, denn die Rohstofffrage ist heute eine Lebensfrage für alle Staaten geworden. Außerdem muß die Möglichkeit zur Industrialisierung vorhanden sein, so-

[67]) Lenz, a. a. O. S. 3.
[68]) Daitz, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 1933, Nr. 6, S. 183 f.

daß die Bodenschätze auch abgebaut und weiterverarbeitet werden können. Es bedarf ebenso einer weitgehenden verkehrstechnischen Erschließung des Raumes, damit sich die Zuleitung der Güter zum Verbraucher nicht unter erheblich höheren Kosten gestaltet, als wenn die Güter aus anderen Staaten beschafft werden. Diese steht in engem Zusammenhang mit der Industrialisierung des gesamten Gebietes. Zu allem kommt eine große und dichte Bevölkerungszahl, die in der Lage ist, die Erzeugnisse auch aufzunehmen. Dabei spielt der Lebensstandard und die Kaufkraft der Bevölkerung eine große Rolle; denn was nützt es, wenn Güter in reichem Maße vorhanden, aber den Menschen wegen ihrer mangelnden Kaufkraft nicht zugänglich sind.

Wo die volle Ergänzungsfähigkeit mehrerer Staaten noch nicht besteht, sie aber auf Grund der natürlichen Wirtschaftsstruktur erreicht werden könnte, kann sie gefördert werden durch eine Abstimmung von Erzeugung und Bedarf durch die Binnenwirtschaften, indem sie eine Angleichung ihrer Produktion an den Bedarf der anderen Volkswirtschaften vornehmen. Dies gilt insbesondere für die Staaten, bei denen die agrarische Struktur dominiert. Ein moderner Industriestaat ist heute in der Lage, die Produktion so elastisch zu gestalten, daß leicht jeder neu auftretende Bedarf an Industrieerzeugnissen gedeckt werden kann. Dagegen ist in den Agrarwirtschaften die Umstellung auf eine andere Produktionsart mit längerer Dauer verknüpft. Langfristige Handelsverträge geben hier die Vorbedingung für eine solche Umstellung, indem den Staaten die Abnahme ihrer neu angebauten Produkte hauptsächlich in den ersten Jahren sichergestellt wird. Staatssekretär Dr. Posse weist deshalb in seinem Beitrag über die „Möglichkeiten der Großraumwirtschaft" darauf hin, daß die von Deutschland mit Ungarn, Südslavien, der Schweiz und Holland geschlossenen Handelsverträge die „neue Richtung angeben, in der Deutschland mit den anderen Nationalwirtschaften zu einem Ausgleich und zu einer Übereinstimmung kommen wird."[69]) Dazu bemerkt Zadow: „Das Wesentliche sieht Dr. Posse in dem Versuch, die beiden nationalen Wirtschaften von der Erzeugung an aufeinander abzustimmen, so daß dieses Handelsabkommen als Vorstufe für die vom Dritten Reich angebahnte großraumwirtschaftliche Entwicklung und damit als sicherster Ausweg für eine dauerhafte Konsolidierung der Wirtschaftsbeziehungen bezeichnet werden kann."[70])

[69]) Posse, E., in „Die nationale Wirtschaft", Jg. 2, Nr. 8, vom 5. 8. 1934, zit. auch bei Schreiber, M.: Grundzüge einer national-organischen Außenhandelspolitik, Jena 1935, S. 154.

[70]) Zit. bei Schreiber, a. a. O. S. 154, aus Zadows Beitrag „Anmerkungen zum deutschen Außenhandelsproblem" in Nr. 18/1934 des Wirtschaftsblattes der Industrie- und Handelskammer Berlin.

Die wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit ist zwischen Deutschland und Südosteuropa vorhanden. Ihre Untersuchung wird Gegenstand dieser Arbeit im folgenden Teil sein, wenn wir die praktische Außenhandelsentwicklung und -Verflechtung einer möglichen deutschen Großraumwirtschaft betrachten werden. Wir hatten als zweite Voraussetzung aufgestellt: die günstigen Verkehrsbedingungen.

b) Die günstigen Verkehrsbedingungen.

Hesse sagt: „Nur dasjenige Land ist gesichert, dessen politische Macht so weit reicht wie seine wirtschaftlichen Interessen."[71]) Die Zusammenarbeit in der Großraumwirtschaft kann daher nur mit denjenigen Staaten erstrebt werden, die im politischen Einflußgebiet eines Staates liegen, so daß er seine wirtschaftlichen Interessen im Notfall mit seiner Macht verteidigen kann. Diese Folgerung ergibt sich aus der Beachtung des nationalen Zieles jedes Staates, der Sicherung der politischen Unabhängigkeit.

Deutschland verzichtet deshalb heute auf eine Handelspolitik, die „ihre Zukunft auf dem Wasser der großen Ozeane" sieht. Die Möglichkeiten einer Ergänzung der deutschen Wirtschaft liegen vielmehr in den geographisch benachbarten Ländern Europas, wo Deutschland die Einfuhr seines notwendigen, mangelnden Bedarfs an Nahrungsmitteln und Rohstoffen im entscheidenden Augenblick nicht gesperrt werden kann. Zwischen Deutschland und den Ländern Europas besteht ein weit verzweigtes Verkehrsnetz von Eisenbahnen und Wasserstraßen, so daß der Gütertransport sicher, schnell und billig durchgeführt werden kann. Im britischen Großwirtschaftsraum dagegen wird die geographische Nachbarschaft durch die Herrschaft und den Schutz der englischen Flotte auf dem Weltmeer hergestellt. Sie stellt die Verbindungslinie des Mutterlandes mit den angehörigen Kolonialländern her und verbindet diese wiederum untereinander.

Der Handelsaustausch in der Großraumwirtschaft wird sich aber über das notwendige Maß der wirtschaftlichen Ergänzung hinaus noch intensiver und lebhafter gestalten, wenn zu diesen beiden Voraussetzungen die weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung der den Güteraustausch bestimmenden Menschen in den einzelnen Volkswirtschaften tritt.

---

[71]) Hesse 1, a. a. O. S. 26.

c) Die weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung.

Wir können in unserer Untersuchung von den weltanschaulichen, politischen und kulturellen Faktoren, die das Zusammenleben der Menschen und Völker bedingen, nicht absehen, denn wir haben uns heute davon frei gemacht, von einem allein rational bestimmten Wirtschaftshandeln auszugehen. Auch die obersten Zielsetzungen, die im Irrationalen begründet sind, beeinflussen das Wirtschaftsleben. „Daher gewinnt die sittliche Einstellung der Menschen Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft. Die Bedeutung der Wirtschaftsgesinnung liegt darin begründet, daß sie in jedem einzelnen Falle dem Menschen Weisungen für sein Handeln erteilt. Sie bestimmt die Zielsetzung und die Wahl der Mittel."[72]) Die Weltanschauung bestimmt außerdem die Einstellung der Menschen auch zu den kulturellen Lebensbedingungen. Und weltanschauliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Lebensauffassung sind wiederum ein Ergebnis der rassischen Abstammung.

Deshalb gelangen wir zu dem Schlusse, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Großraumwirtschaft sich umso besser gestaltet, wenn diese Faktoren zwischen den Völkern übereinstimmen. Als Angehörige einer Rasse haben die Völker die gleichen Lebensanschauungen. Eine gemeinsame Abstammung bewirkt, daß auf kulturellem Gebiet dieselben Interessen herrschen. Diese haben ein gleichmäßiges Lebens- und Bildungsniveau zur Folge, das im wirtschaftlichen Leben gleich hohe Ansprüche stellt. Wenn die Großraumwirtschaft also auf diesen gleichen Voraussetzungen aufbaut, so bedeutet das, daß im politischen und wirtschaftlichen Leben die gleichen Ziele vorausgesetzt werden können und die gleichen Mittel angewandt werden. Das wird sich zweifellos auf die Wirtschaftsbeziehungen der Länder untereinander fördernd auswirken.

Für Deutschland liegen diese Voraussetzungen auch wiederum vorwiegend im Südosten Europas. Politisch unterhält Deutschland mit den meisten Staaten Südosteuropas freundschaftliche Beziehungen. In den südosteuropäischen Staaten haben sich in den letzten Jahren auch zunehmend die gleichen politischen Zielsetzungen durchgesetzt wie in Deutschland, vor allem das Streben nach politischer Unabhängigkeit. Die Staaten sind dazu übergegangen, sich von dem Einfluß der Großmächte, wie z. B. Frankreich und England, frei zu machen, in deren politische und wirtschaftliche Abhängigkeit sie in der Nachkriegszeit infolge ihrer Verschuldung geraten waren. Sie

[72]) Hesse I, S. 5.

versuchen heute entweder selbständig oder im Bündnis mit anderen dem südosteuropäischen Raum angehörigen Staaten ihre eigene Politik aufzubauen.[73])

Dem deutschen Handel mit Südosteuropa kommt weiter zugute, daß in Südosteuropa seit dem Mittelalter deutsche Kolonisten ansässig sind, die deutsches Sprach- und Kulturgut lebendig halten. Bleyer sagt sogar, „daß das ganze Europa östlich des deutschen Sprachgebietes seine europäische Kultur, soweit diese organischer Natur, mittelbar und unmittelbar von seinem westlichen Nachbar, vom großen deutschen Volke erhalten hat und auch nicht anders erhalten konnte."[74])

Der deutsche Kultureinfluß in Südosteuropa hat sich im Laufe der Jahrhunderte neben den byzantinisch-osmanischen Kultureinflüssen, die vom Osten her das Gebiet nach Norden durchdrangen, am stärksten erhalten. Diese gegensätzlichen Kulturen halten sich auch heute noch in Südosteuropa das Gleichgewicht. Überwiegend herrscht der deutsche Kultureinfluß in den Sudetenländern und im Donauraum. In den balkanischen Berglandschaften ist er nur strichweise wirksam geworden. Hier überwiegt schon der byzantinische Einfluß in hohem Maße, während er den Küstensaum am Schwarzen, Ägäischen- und Adriatisch-jonischen Meer allein beherrscht.[75])

Das Vordringen des deutschen Kultureinflusses erstreckt sich über verschiedene Epochen. Es setzt mit der Christianisierung der südosteuropäischen Völker ein. Die Missionstätigkeit geht im 9.

---

[73]) Eine Erklärung für diese Bestrebungen gibt uns eine Betrachtung der Geschichte dieser Länder. Die neuen Staaten Südosteuropas standen Jahrhunderte lang unter der Türkenherrschaft. Diese dauernde Abhängigkeit hat eine allen südosteuropäischen Völkern gemeinsame Mentalität entstehen lassen, die sich nun, nachdem sie ihre Selbständigkeit wie erlangten, gegen jeden Einfluß fremder Mächte richtet. Wenn die südosteuropäischen Staaten nach dem Kriege trotzdem von neuem in eine politische Abhängigkeit gegenüber Frankreich z. B. gerieten, so war das hauptsächlich das Ergebnis der Politik der jeweils vorherrschenden Regierungskreise, die meist im Gegensatz zur Auffassung des Volkes stand. Vgl. hierzu auch Othmar Krainz, a. a. O. Der Abschluß des Balkanpaktes, der erst kürzlich abgeschlossene Freundschaftsvertrag zwischen Jugoslavien und Bulgarien, Jugoslaviens selbständige Politik gegenüber Italien, Österreich und Ungarn, die Wiederbelebung des Bündnisses zwischen Rumänien und Polen bestätigen die neue Richtung der Politik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Südosten.

[74]) Jakob Bleyer: „Von der Erforschung des deutschen Kultureinflusses im südöstlichen Europa", in: Deutsche Rundschau 209 (1926), 124. Zit. bei Stadtmüller a. a. O. in: Schlesische Monatshefte 13. Jg. 1936, Nr. 7. „Der deutsche Kultureinfluß in der Geschichte der südosteuropäischen Völker".

[75]) Siehe hierzu G. Stadtmüller in Schlesische Monatshefte 13. Jg. 1936, Nr. 7. „Der deutsche Kultureinfluß in der Geschichte der südosteuropäischen Völker".

Jahrhundert von den bayrischen Grenzgauen und Bistümern Regensburg, Passau und Salzburg aus. „Im Laufe des 9. Jhs. werden Böhmen, Mähren, das slovenische Alpenland und das ebenfalls von den Slovenen besiedelte Westungarn missioniert."[76]) Gleichzeitig dringen deutsche Kolonisten in diese Gebiete vor. Im Laufe des 12. Jhs. beginnt die systematische Siedlungspolitik der südöstlichen Königtümer. Deutsche Kaufleute und Bauern werden aus wirtschaftlichen und militärischen Gründen ins Land gerufen, um einmal die Gewerbetätigkeit und den Reichtum des Landes zu heben und zum anderen das Land durch eine dichte Besiedlung gegen den Angriff fremder Mächte widerstandsfähiger zu machen. „Die deutsche Kolonisation ist in zwei Richtungen in den südosteuropäischen Raum vorgedrungen: ... aus dem Gebiet der Ostalpen strahlenförmig nach Mähren, Westslowakei, Donauungarn, Kroatien, ... (und) von Schlesien aus den Karpathen entlang über die Zips nach Siebenbürgen."[77]) Die Städte Ofen, Preßburg, Kaschau, Leutschau, Hermannstadt und Kronstadt, Prag, Brünn und Olmütz sind in dieser Zeit von deutschen Kolonisten gegründet worden. „(Sie) waren die Hauptträger des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, Mittelpunkte des Handels und Gewerbes, Grundlage der öffentlichen Finanzen und Stützpunkte der Landesverteidigung."[78]) Diese Zeit ist zugleich die wichtigste Epoche für die deutsche Kulturausstrahlung nach Südosteuropa. Die enge kulturelle Gemeinschaft mit den deutschen Kolonisten spiegelt sich auch in den Wortbildungen und den Sprachen wider, die zum großen Teil deutsche Lehnwörter enthalten. Die Universitätsgründungen in Prag und Wien und der Versuch, in Westungarn eine Universität unter deutschem Einfluß zu gründen, sind gleichfalls Zeugen dieser Kulturgemeinschaft.

Im 18. und 19. Jh. hat die habsburgische Siedlungspolitik das Deutschtum in Südosteuropa von neuem gefördert. Zugleich gewinnt das Geistesleben in Deutschland gewaltigen Einfluß auf die kulturelle Entwicklung. Die Reformation und Gegenreformation wirken in gleichem Maße auf die Ideenrichtung der südosteuropäischen Völker ein und führen dem deutschen Kultureinfluß neue Kräfte zu. Das Gedankengut wird von den zahlreichen Studenten an deutschen Universitäten in ihre Heimat getragen und setzt sich dort durch. Die Romantik und vor allem die Philosophie Herders sind für die Entstehung und Stärkung des Nationalbewußtseins in Ungarn, Bul-

---

[76]) Siehe hierzu G. Stadtmüller in Schlesische Monatshefte 13. Jg. 1936, Nr. 7. „Der deutsche Kultureinfluß in der Geschichte der südosteuropäischen Völker". S. 289.

[77]) Stadtmüller a. a. O. S. 290.

[78]) Stadtmüller a. a. O. S. 290.

garien und Serbien von größter Bedeutung und haben somit auf die Geschichte dieser Völker eingewirkt.

Während der deutschen und österreichischen Besetzung weiter Gebiete Südosteuropas dringt ein neuer Strom deutschen Geistes hier ein, der vor allem für die Entfaltung der Wirtschaftstätigkeit in diesen Landschaften von größtem Einfluß gewesen ist. „So ist z. B. die einzige Eisenbahn in dem weiten Gebiete Westmazedoniens (etwa so groß wie Niederschlesien) eine Kleinbahn, die von deutschen und österreichisch-ungarischen Pionieren im Weltkriege gebaut worden ist. Noch heute laufen dort Lokomotiven mit der Werkstattbezeichnung ‚Kassel 1917'."[79])

Auf Grund dieser starken kulturellen Bindungen, die im Laufe der Geschichte zwischen Deutschland und Südosteuropa entstanden sind und die immer wieder den Handelsaustausch befruchten, wird es auch in der Gegenwart möglich sein, sie als feste und stetige Grundlage einer intensiven Wirtschaftsverflechtung Deutschlands mit diesen Ländern zu benutzen.

3. Die Ziele der Großraumwirtschaft.

a) Die Großraumwirtschaft als Ergänzung der Binnenwirtschaft.

Wir stellten fest, daß die Großraumwirtschaft im heutigen Wirtschaftssystem das geeignete Mittel ist, die Aufgabe des Außenhandels im Sinne einer Ergänzung der Binnenwirtschaft zu erfüllen. Die natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten erleichtern eine sinnvolle Arbeitsteilung. Wo die natürlichen Voraussetzungen zwischen den einzelnen Staaten noch nicht vollkommen vorhanden sind, daß Produktion und Bedarf innerhalb des Raums sich ergänzen, kann, wie wir sahen, durch Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik nötigenfalls eine Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur herbeigeführt werden, um damit die Unabhängigkeit zu erreichen.

Wenn auf diese Weise eine weitgehende Selbstversorgung möglich gemacht wird, so bedeutet das doch nicht, daß das Ziel eine völlige Abschließung ist, die der Großautarkie gleich käme. Dies wird auch die geographische Struktur eines ausgedehnteren Raumes selten gestatten. Ein Beispiel hierfür gibt die Struktur des britischen Großwirtschaftsraumes. Er weist Fehlbeträge in Eisenerzen, Erdöl und vielen wichtigen Agrarprodukten auf.[80])

---

[79]) Stadtmüller a. a. O. S. 294.
[80]) Mackenroth und Krebs, a. a. O. S. 72.

Über die Sicherung des notwendigen Einfuhrbedarfs hinaus können Verbindungen mit den übrigen Wirtschaftsblöcken der Welt aufrecht erhalten werden.[81]) So steht England über Ottawa mit allen Ländern der Welt in engen wirtschaftlichen Beziehungen. Sie werden sich neu gestalten und von größerer Stetigkeit sein, wenn durch die ausreichende Produktionsgrundlage die Staaten gefestigt werden und ihre Binnenwirtschaften sich beleben.

Der Absatz ist größer, weil den Waren in der Zusammenfassung vieler Volkswirtschaften ein großer und geschützter Markt offen steht. Dadurch kann die Produktion gesteigert werden. Die Steigerung der Produktion ermöglicht eine Preissenkung, welche zur Erhöhung der Kaufkraft führt.[82]) Eulenburg führt hier die USA. als Beispiel an, die diese günstigen Wirkungen eines großen Raumes beweisen, ebenso hat im vorigen Jahrhundert die Gründung des deutschen Zollvereins dazu geführt.[83])

Die jederzeitige Sicherheit für die Einfuhr wichtiger Rohstoffe und Lebensmittel enthebt den Staat von der Sorge, unter Umständen von einer weiteren Belebung seiner Binnenwirtschaft absehen zu müssen, falls er die notwendigen Rohstoffe und Produktionsgüter nicht erhalten kann. In der Großraumwirtschaft ist die Beschaffung dieser notwendigen Güter wesentlich erleichtert.

Die Belebung der Binnenwirtschaft führt zu einer Steigerung der Kaufkraft und diese wiederum belebt in hohem Maße den Außenhandel. Dadurch werden in Zukunft nicht allein die notwendigen Güter nachgefragt, sondern auch solche, die innerhalb der Binnenwirtschaft und der Großraumwirtschaft nicht erzeugt werden können. Der zwischenstaatliche Verkehr wird gefördert. Der Lebensstandard wird gehoben. Die Beschäftigung der Arbeiter für den Außenhandel steigt.

b) Die Sicherheit des Güteraustausches in der Großraumwirtschaft.

Die Ergänzung der Binnenwirtschaft in der Großraumwirtschaft verlangt ferner, die notwendige Einfuhr aus den Ländern des Großraums mit erhöhter Sicherheit zu beschaffen, immer unter Beobach-

---

[81]) Posse, in: Die nationale Wirtschaft, vom 5. 8. 34, Jg. 2, Nr. 8. „Möglichkeiten der Großraumwirtschaft".

[82]) Hierzu muß die Einschränkung gemacht werden, daß die Kostensenkung sich allerdings nicht für alle Güter gleich gestaltet, da die Aufnahmefähigkeit für sie verschieden groß ist.

[83]) Eulenburg, a. a. O. S. 13.

tung des nationalen Zieles des Staates, dem Streben nach politischer Unabhängigkeit.

Die Sicherheit ist in der Großraumwirtschaft größer, als wenn die Einfuhr planlos an einer anderen Stelle der Welt gedeckt wird, denn die einseitige Einfuhrabhängigkeit einer Volkswirtschaft wird gemindert durch die gegenseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften in der Großraumwirtschaft, da jeder Staat auf die Ergänzung seiner Wirtschaft durch die anderen Volkswirtschaften angewiesen ist. „Gegenseitige Abhängigkeit im Außenhandel bedeutet jedoch ein sehr viel geringeres Maß politischer und wirtschaftlicher Gefahren als die einseitige Abhängigkeit der bisherigen Zeit."[84]) Maßnahmen, die von einem Staat getroffen würden, hätten Gegenmaßnahmen seiner Vertragspartner zur Folge. Im Endergebnis entstünden für jeden gleich große Nachteile, so daß lieber von vornherein jede Angriffsmaßnahme unterbleibt. Dagegen bringt in einer ungehemmten weltwirtschaftlichen Verflechtung jede handelspolitische Maßnahme eines Staates große Unsicherheit in die gesamten wirtschaftlichen Beziehungen. Der Zusammenschluß des British Empire in Ottawa z. B. und die gegenseitige Gewährung von Zollpräferenzen hat vor allem die außerhalb des Empire stehenden agrarischen Lieferländer Englands, wie Norwegen, Schweden, Dänemark, stark getroffen.[85]) Dieselben Wirkungen haben Hochschutzzolltarife, die Einfuhrverboten gleichkommen, plötzliche Ausfuhrverbote aus wehrpolitischen Gründen und Währungsabwertungen.[86]) Die Sicherheit des Bezugs und Absatzes wird außerdem deshalb gewährleistet, weil eine weitgehende Unabhängigkeit des Wirtschaftsraums die Volkswirtschaften vor plötzlichen Veränderungen am internationalen Markt, wie sie durch solche Maßnahmen bedingt sind, schützen kann.

Gleichzeitig ist der Wert der Erzeugnisse geschützt. Den Rohstoffländern wird ihr Überschuß an Agrarprodukten und Rohstoffen durch die Industrieländer abgenommen. Ihre Waren stehen nicht mehr im Konkurrenzkampf mit den übrigen Ländern. Es besteht daher für sie nicht die Gefahr, daß der Preis ihrer Produkte so weit unter die Kosten sinken kann, wie es in der Krise der Fall war, da die Einfuhr nicht mehr allein durch den niedrigsten Preis bestimmt wird. In gleicher Weise gestaltet sich die Einfuhr von industriellen Erzeugnissen in den Agrarländern. Wenn die einzelnen Volkswirt-

---

[84]) Schmölders, a. a. O. S. 555.

[85]) Respondek, a. a. O. S. 67.

[86]) In diesem Zusammenhang sei auf die Ausfuhrverbote Frankreichs aufmerksam gemacht: Am 16. April 1935 sperrt Frankreich die Ausfuhr für Aluminium, Aluminiumerze und Tonerde und am 11. August 1936 die Ausfuhr von Eisenerzen. Siehe Berliner Tageblatt vom 12. 7. 1936.

schaften auf dieser Grundlage aufbauen, so wird damit eine Befriedung der Völker eingeleitet, die weiter zu einer Vertiefung der gesamten zwischenstaatlichen Beziehungen führt.

c) Die Vertiefung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Der Güteraustausch unter den Großraumwirtschaften wird sich jedoch mit dem Charakter eines Spitzenausgleichs bescheiden müssen. „Monopolgüter, Spezialprodukte und Luxuswaren" werden auf jeden Fall den Weg über die Grenzen der Großräume finden.[87]) Daher wird der Welthandel keineswegs beseitigt, sondern nur in geordnete Bahnen gelenkt.

Wenn nun die Großraumwirtschaft die wirtschaftlichen Unruhemomente in der Welt mindert, weil sie allen Staaten ein erhöhtes Maß an Sicherheit gewährt, so kann damit gleichzeitig eine politische Befriedung der Völker erreicht werden. In diesem Zusammenhang weist Daitz darauf hin: „Jedes der ... Völker setzt seine raumbildenden Kräfte wieder einheitlich zur Ausbildung eines ihm gemäßen organischen Lebensraumes ein, verzettelt sie nicht mehr planlos in alle Welt, wie dies in der verflossenen liberal-kapitalistischen Periode der Fall war, die infolgedessen zu Interessenüberschneidungen der Völker in aller Welt führte und damit zu außenpolitischen und kriegerischen Beunruhigungen und schließlich in dem heutigen allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Chaos endete."[88]) Nur zu oft sind politische Krisen durch wirtschaftliche Ursachen hervorgerufen worden. Der Fall Italien-Abessinien beweist dies. Italien bezweckte mit der Eroberung Abessiniens eine Erweiterung seines Wirtschaftsraums, der für das italienische Volk zu klein geworden war, mit der Folge, daß diese Ausdehnung seiner Rohstoffbasis durch das Dazwischentreten der anderen Großmächte zu einem neuen Weltkrieg hätte führen können.

Garantieren sich aber die Staaten in der Großraumwirtschaft die Ergänzung ihrer Volkswirtschaften unter völliger Anerkennung ihrer politischen Souveränität, so können zum mindesten Krisenherde, die in der wirtschaftlichen Sorge um Rohstoffe begründet sind, vermieden werden.

Über die politische Befriedung in der Welt werden sich die Beziehungen zwischen den Staaten reger und fester gestalten und so an der Fortentwicklung auf allen Lebensgebieten der Völker im geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben mitwirken.

---

[87]) Krüger, a. a. O. S. 48.
[88]) Werner Daitz, Donaueuropa, 2. Jg., 2. Heft, 1933.

4. Die Mittel der Großraumwirtschaft.

Es ist nun die Aufgabe, die Mittel zu untersuchen, die notwendig sind, um die Großraumwirtschaft zu verwirklichen. Sie müssen gegenüber den gewöhnlichen Formen der Handelspolitik eine Besonderheit aufweisen, die sie für die Großraumwirtschaft speziell geeignet erscheinen lassen.

Als Mittel, die in besonderer Weise eine enge Handelsverflechtung mehrerer Staaten fördern, kommen die verschiedenen Methoden des Regionalismus in der äußeren Wirtschaftspolitik und die marktordnenden Organisationen der Binnenwirtschaften in Betracht. In der Marktordnung hat sich gerade in den letzten Jahren eine neue Form herausgebildet, mit der auch die Handelspolitik zu rechnen hat. In der Großraumwirtschaft dient sie besonders zur Ausschaltung des Markt- und Preismechanismus, was erforderlich ist, um auch die Erzeugervolkswirtschaften, genau wie auf dem Binnenmarkt die einzelnen Erzeuger, vor der unerwünschten ausländischen Konkurrenz zu schützen, damit sie sich bewußt als besonders geschützter Block von den nicht an der Großraumwirtschaft teilnehmenden Staaten abheben. Außerdem bildet sie in der Großraumwirtschaft ein besonders geeignetes Mittel, Erzeugung und Bedarf der einzelnen Volkswirtschaften aufeinander abzustimmen.

Die Bindung im Zahlungsverkehr des Außenhandels ist weiter ein notwendiges Mittel für die Großraumwirtschaft. Sie bildet eine unerläßliche Ergänzung zu den bindenden, gegenseitigen handelspolitischen Abmachungen. Eine besondere Form wird aber für die Großraumwirtschaft nicht nötig sein, da der gebundene Zahlungsverkehr bereits auf der Gegenseitigkeit aufbaut. Wir können daher hier auf eine Darstellung des Zahlungsverkehrs verzichten.

a) Die Methoden des Regionalismus in der äußeren Wirtschaftspolitik.

Die Methoden des Regionalismus, die sich in den vergangenen Jahren in der äußeren Wirtschaftspolitik herausgebildet haben, sind mannigfaltig. Wir stellen sie dar und untersuchen sie auf ihre Brauchbarkeit für das Zustandekommen einer Großraumwirtschaft an praktischen Beispielen, wie wir sie in den letzten Jahren in den Handelsverträgen mit den Staaten des Südostraumes und in dem Vertragssystem von Ottawa kennengelernt haben.

Wenn gerade die ungleiche Wirtschaftsstruktur der einzelnen Staaten die Grundlage eines raumwirtschaftlichen Zusammenschlusses zu gegenseitiger Ergänzung bildet, so kann die Meistbe-

günstigung in ihrer absoluten, unbeschränkten Form, die an der Gleichheit der Länder orientiert ist, nicht das handelspolitische Mittel sein, eine Großraumwirtschaft zu verwirklichen und die dauernde Zusammenarbeit zu sichern. Sie entspricht nicht dem Grundsatz, sich nur mit einigen Staaten wirtschaftlich eng zu verbinden, da sie automatisch den Handel mit allen Staaten herbeiführt. Die Maßnahmen, deren die Politik sich hierfür bedient, müssen deshalb durch eine Differenzierung und Begünstigung der Länder innerhalb des Wirtschaftsraumes von den außerhalb stehenden Staaten gekennzeichnet sein.

Das Mittel der äußeren Handelspolitik, um die engste wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen mehreren Staaten zu gewährleisten, ist die Zollunion.

1. Die Zollunion.

Unter Zollunion wird eine Gleichheit des Zollgesetzes und des Zolltarifs zwischen den eine Zollunion eingehenden Staaten, eine Einheit der Zollgrenzen gegenüber dritten Staaten, und Freiheit des Warenverkehrs zwischen den Teilnehmern verstanden.[89]) Dabei wird wiederum zwischen einer vollständigen und unvollständigen Zollunion unterschieden. Die unvollständige Zollunion stellt meist ein Zwischenstadium dar, bei der die Zollmauern zwischen den einzelnen, sich verbindenden Staaten erst allmählich abgebaut werden sollen.

Eine solche Zollunion war in dem deutsch-österreichischen Plan vorgesehen, der 1931 an dem Widerspruch des Auslandes scheiterte. Vollständige Zollunionen bestehen in der Praxis zwischen Belgien-Luxemburg, Schweiz-Liechtenstein und Polen-Danzig, bei denen sich ein kleiner, wirtschaftlich nicht selbständiger Staat an ein größeres Wirtschaftsgebiet anschließt. Dies wäre ebenso bei Deutschland-Österreich der Fall gewesen, da Österreich, durch die Zerschlagung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes der alten Monarchie auf sich allein angewiesen, in eine große Wirtschaftsnot geraten war. Diese sollte durch den Zusammenschluß mit Deutschland behoben werden.

Das Ausland sah in dem Plan vornehmlich machtpolitische Interessen Deutschlands, obgleich Deutschland und Österreich nur die Form einer Zollunion wählten, um einem Konflikt mit der Meist-

[89]) „Les conditions requises pour une douanière sont: uniformité de la Loi douanière et du tarif douanier, unité des frontières et du territoire douanier, vis à vis d'états tiers; liberté de droits d'entrée et de sortie dans le trafic des marchandises entre les états partenaires." Begriffsbestimmung des Haager Gerichtshofes, zit. bei Haberler II, a. a. O. S. 35.

begünstigung aus dem Wege zu gehen.[90]) Der Plan wurde durch den Schiedsspruch des internationalen Haager Gerichtshofes mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Außerdem wurde von Seiten Frankreichs ein politischer Druck auf Österreich ausgeübt, und die deutsche Regierung war nicht willenskräftig genug, ihn gegen das Ausland zu verteidigen, sodaß beide Staaten auf die Durchführung der Zollunion verzichteten.

Eine Zollunion ist dagegen nicht möglich zwischen mehreren souveränen Staaten, wie sie zur Verwirklichung der Großraumwirtschaft in dem Sinne notwendig ist, wie wir ihn bestimmten. Denn „Zollvereine sind nur mit dem Gedanken des Autonomismus verträglich zwischen Staaten, die sich politisch als eine Einheit fühlen oder doch einer einheitlichen politischen Willensbildung unterliegen."[91]) Für die Zollunion ist tatsächlich eine weitgehende einheitliche Wirtschaftspolitik im Innern des Raums sowie nach außen erforderlich. Im Innern ist die einheitliche Politik deshalb notwendig, damit nicht einzelne Wirtschaftszweige eines Staates durch die gleichen anderer gefährdet werden. Diese Gefahr bestände, um ein Beispiel zu nennen, für die deutsche Landwirtschaft bei der Konkurrenz mit den südosteuropäischen Agrarerzeugnissen. Andererseits muß die Einheitlichkeit für die äußere Wirtschaftspolitik verlangt werden, weil die Festsetzung des Zolltarifs gegenüber außenstehenden Staaten große Schwierigkeiten bereitet.[92]) Eine Zollautonomie der angeschlossenen Staaten könnte die Einfuhr ausländischer Güter trotz prohibitiver Zollsätze eines Staates in sein Gebiet erleichtern und damit seine Politik durchkreuzen, wenn nicht Ursprungszeugnisse und andere bürokratische Hemmnisse eingeführt würden.

Bei einer einheitlichen Wirtschaftspolitik besteht aber die Gefahr, daß ein Staat für die einzuschlagende Linie beherrschend wird, wodurch die anderen Staaten sich in ihrer Selbständigkeit bedroht fühlen könnten. Daher könnte mit Recht der Einwand erhoben werden, daß die Großraumwirtschaft also doch nur als ein Weg betrachtet werde, um imperialistische Zielsetzungen zu verwirklichen.

Die Zollunion vermag aber auch den einzelnen Volkswirtschaften nicht den notwendigen Schutz zu geben, durch den ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert wird, weil ihr im Grunde eine freihändlerische Tendenz eigen ist.[93]) Das bestätigt am besten die eigene Auslegung eines klassischen Vertreters der liberalisti-

[90]) Sommer, a. a. O. S. 194.
[91]) Predöhl, a. a. O. S. 79. Vgl. auch Schreiber, a. a. O. S. 140.
[92]) Grotkopp, Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot, Berlin 1931, S. 11.
[93]) Predöhl, a. a. O. S. 79, siehe auch Schreiber, a. a. O. S. 140.

schen Handelspolitik. Haberler sagt: „Das Freihändlertum beurteilt das Wesen der Zollunion angesichts der Tatsache, daß damit Zollschranken zur Beseitigung gelangen, günstig, allerdings unter Betonung, daß die wirtschaftlichen Vorteile einer Zollunion wieder nur mittels der exakten Freihandelsraisonnements der internationalen Arbeitsteilung und Theorie der komparativen Kosten bewiesen werden können und nicht mit dem Hinweis auf nationale, kulturelle und andere Beziehungen."[94]) Das Ziel der Zollunion ist also hiernach, die Herstellung eines größeren Wirtschaftsraums, in dem die internationale Arbeitsteilung am reinsten und konsequentesten durchgeführt werden kann. Die Sorge um die weitere Lebensfähigkeit der bisher selbständig gewesenen Nationalwirtschaften wird dabei aufgegeben. Dadurch würden aber die Gegenseitigkeitsverhältnisse die ursprünglich zu dem Zusammenschluß führten, wieder aufgehoben. Die Großraumwirtschaft soll dagegen auch den Markt vergrößern, wie wir sahen, aber sie soll gleichzeitig den einzelnen Volkswirtschaften weiterhin den Schutz gewähren.

Die Zollunion kann daher für die hier vertretene Form der Großraumwirtschaft nicht als geeignetes Mittel angesehen werden. Ein Mittel der äußeren Handelspolitik, das gestattet, das Ziel einer Vergrößerung des Marktes zu erreichen unter gleichzeitiger Gewährung des Schutzes der Nationalwirtschaften und Sicherung ihrer Unabhängigkeit, ist die losere Form der Präferenzverträge.

2. Die Präferenzen.

Den Grundgedanken der Präferenz bildet die unterschiedliche Behandlung der Handelspartner eines Staates. Dieser gewährt ihnen Begünstigungen der Zoll- und Transporttarife oder Kreditbegünstigungen, wodurch ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber anderen verbessert werden und erleichtert damit die Einfuhr ihrer Waren in sein Gebiet. Die Ermäßigung des Zollsatzes ist aber nicht entscheidend, vielmehr die Sonderstellung, die bestimmten Staaten gegenüber anderen mit Hilfe der Präferenz eingeräumt wird. Sie bringen vor allem das politische Wollen eines Staates zum Ausdruck, mit anderen Staaten den Güteraustausch auszubauen. Die Präferenzen können einseitig gewährt werden, um anderen Staaten eine Hilfe durch die erleichterte Einfuhr zuteil werden zu lassen. Entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aber, auf dem die Zusammenarbeit in der Großraumwirtschaft aufbauen muß, müssen die Präferenzen in ihr auch gegenseitige Vorzugsleistungen der Staa-

[94]) G. Haberler I: a. a. O. S. 288.

ten untereinander sein, womit sie sich bewußt als Wirtschaftsblock abheben. Die Präferenzen setzen daher von vornherein eine klare handelspolitische Orientierung voraus, im Gegensatz zur unbeschränkten und unbedingten Meistbegünstigung, deren Inhalt immer erst später durch das Verhalten dritter Staaten festgelegt wird.

So dringt die Idee der Präferenz als Mittel der Politik in dem Umfang weiter vor, als an die Bildung von Großwirtschaftsräumen im europäischen Südosten einerseits und im Britischen Reich andererseits im Laufe der Entwicklung des Verfalls der Weltwirtschaft gedacht wird. Den gegenseitigen Präferenzen entsprechen die Regional- und Kolonialklauseln.[95])

Die Regionalklausel ist in den Verträgen von St. Germain und Trianon enthalten und soll dazu dienen, den Wirtschaftsverkehr zwischen den drei Staaten Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zu erleichtern. Sie bilden die Kernländer der alten Monarchie und stehen von jeher in enger wirtschaftlicher Verflechtung miteinander. Es wird aber von dieser Bestimmung kein Gebrauch gemacht, obwohl eine solche gegenseitige Bevorzugung die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrags im Donauraum hätte mildern können.

Erst als die Notlage der südosteuropäischen Staaten in der Weltkrise immer größer wird, versuchen die Länder von sich aus, von den europäischen Getreideeinfuhrländern die Zusicherung einer Gewährung von Agrarpräferenzen zu erhalten. Auf den verschiedenen Konferenzen der Agrarländer in Sinaia, Warschau und Bukarest und auf den Konferenzen des Völkerbundes 1930/31 bilden ihre Forderungen den Gegenstand der handelspolitischen Erörterungen.

Ihre Wirtschaftsnot hätte behoben werden können, wenn die Agrarstaaten eine engere Zusammenarbeit mit dem nachbarlich verbundenen Industriestaat Deutschland angestrebt und diesem als Gegenleistung eine Erleichterung seiner Industrieausfuhr zugesichert hätten. Der Völkerbund verhält sich dieser Idee gegenüber völlig ablehnend und macht es den Agrarstaaten unmöglich, im Austausch gegen Vorzugszölle für ihre Bodenprodukte Vorzugszölle für die industrielle Ausfuhr zuzugestehen,[96]) obgleich von der Europa-Kommission verschiedentlich auf die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit hingewiesen wird.[97])

---

[95]) Sie kommen zur Anwendung bei „Zollbegünstigungen, die sich gewisse Staaten gegenseitig mit Rücksicht auf die besonderen Bande zugestehen, die zwischen ihnen aus völkischen, geschichtlichen und geographischen Gründen bestehen", Hantos, Donauraum, S. 144.

[96]) Riedl, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 39. 1934. Heft 1. S. 26.

[97]) Layton-Lammers-Bericht, Sommer, a. a. O. S. 191.

Die einseitigen Präferenzverträge Frankreichs und Deutschlands, die das Ergebnis dieser Verhandlungen sind, können nur als Notmaßnahmen angesehen werden und interessieren daher in diesem Zusammenhang nicht.

Die Präferenzidee gewinnt erst für einen raumwirtschaftlichen Zusammenschluß im Tardieu-Plan Frankreichs Bedeutung, der einen Gegenzug zum deutsch-österreichischen Zollprojekt bildet. Er sieht die wirtschaftliche Zusammenfassung der fünf Donaustaaten, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslavien, auf der Grundlage gegenseitiger Vorzugsbehandlungen vor.

Dieser Plan mußte aber ebenfalls scheitern, weil er die natürlichen Gegebenheiten der Wirtschaftsstruktur der Länder mißachtete, die sich gegenseitig niemals ergänzen können, da sie gleichgeartet sind. Das kommt in der Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Plan zum Ausdruck, die betont, „daß sie als beste Lösung immer die Schaffung eines Wirtschaftraumes befürwortet habe, der nach seiner Größe und wirtschaftlichen Struktur den Absatz der landwirtschaftlichen Überschüsse aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen zu sichern vermöge."[98])

In der Praxis sehen wir zum ersten Mal die gegenseitigen Präferenzen für eine Zusammenarbeit im südosteuropäischen Raum in den italienischen Dreieckverträgen verwirklicht.

a) Die italienischen Dreieckverträge.

Diese gegenseitigen Präferenzverträge werden 1931 und 1932 zwischen Österreich und Ungarn, Ungarn und Italien und Österreich abgeschlossen. Es sind zweiseitige Verträge fast gleichen Inhalts, sodaß sie im gegenseitigen Zusammenhang stehen; denn „die Vorteile, die ein Staat einem zweiten einräumt, werden manchmal durch die Begünstigungen aufgewogen, die er von dem dritten erhält, wofür dieser die Kompensation wieder in seiner Vereinbarung mit dem zweiten findet."[99])

Nach dem italienischen Donaumemorandum 1933 sollen die Begünstigungen auch auf andere Staaten ausgedehnt werden, deren Handelsbilanz mit den Donaustaaten passiv ist. Die römischen Protokolle von 1934 sehen den Beitritt aller Staaten vor, wenn sie sich ebenfalls zu Begünstigungen entschließen. Hierdurch soll ein elastisches Wirtschaftsbündnis in Europa aufgebaut werden. Bis heute ist kein anderer Staat diesem Bündnis beigetreten. Auf die grund-

[98]) Riedl, a. a. O. S. 30.
[99]) Riedl, a. a. O. S. 29.

sätzliche Problematik der Elastizität eines regionalen Wirtschaftsbündnisses kommen wir später noch zu sprechen.[100])

Die Verträge enthalten versteckte Präferenzen in Form von Kreditbegünstigungen für die Exporteure und Transportvergünstigungen. Diese Form wurde gewählt, um den möglichen Einsprüchen meistbegünstigter Staaten zu entgehen, an denen die früheren Verträge Deutschlands mit den Südoststaaten gescheitert sind. Durch Handelsorganisationen soll außerdem der Absatz der vorgesehenen begünstigten Produkte, Agrarprodukte sowie Industrieprodukte Österreichs, gesichert werden. Mit der Zusammenarbeit in der Transport- und Kreditfrage werden öffentliche Körperschaften betraut.

Es werden also hier schon feste Abmachungen zwischen den Staaten getroffen und gemeinsame Einrichtungen geschaffen, die die Außenhandelsgestaltung sichern und durch die Gemeinschaftsarbeit zu der Intensivierung des Warenverkehrs beitragen. Damit wird der Gedanke der Großraumwirtschaft durch die Präferenzverträge zum ersten Male verwirklicht.

Ob die Voraussetzungen einer Großraumwirtschaft zwischen Italien und den Donaustaaten, die wirtschaftliche Ergänzungsfähigkeit und kulturelle Verbundenheit, gegeben sind, ist hier nicht zu prüfen. Zweifellos sind aber die wirtschaftlichen Interessen Italiens am Donauraum und umgekehrt sehr groß. Auch politische und kulturelle Faktoren spielen bei der Stellung Italiens in Südosteuropa eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Italien steht im Außenhandel der Donaustaaten[101]) unter den europäischen Großmächten hinter Deutschland durchschnittlich an zweiter Stelle.[102]) Umgekehrt beträgt der Anteil der Donaustaaten in den Jahren 1929 bis 1933 in v. H. an der italienischen Gesamtein- bezw. -ausfuhr:[103])

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr
1929	8,12	8,45
1930	9,10	12,73
1931	8,6	12,03
1932	8,39	11,01
1933	11,1	9,31

[100]) S. 56/57.

[101]) Österreich, Ungarn, Jugoslavien, Rumänien, Tschechoslowakei und Bulgarien.

[102]) Bis auf das Jahr des Krieges zwischen Italien und Abessinien 1935/36, als sich die Sanktionsmaßnahmen gegen Italien in der Gestaltung der Handelsbilanz wesentlich auswirken.

[103]) Vergl. Hantos, Donauraum, S. 73 ff.

An die italienischen Verträge und an das Donaumemorandum, wonach die Gestaltung der Handelsbilanz für den Abschluß von Präferenzen maßgebend ist, knüpft der Vorschlag Sommers zur Neugestaltung der Handelspolitik an. Durch Präferenzen, die allein nach dem Grad der gegenseitigen Außenhandelsverflechtung der Staaten untereinander bemessen sind, soll der Großraumwirtschaft Rechnung getragen werden, um damit den Wirtschaftsverkehr zwischen ihnen noch weiter zu intensivieren.[104]) „Die Bildung von großen Wirtschaftsblocks wird dadurch gefördert. Doch wird diese Blockbildung lediglich von wirtschaftlichen Gegebenheiten diktiert.[105]) Wenn allein der Grad der Außenhandelsverflechtung den Ausgangspunkt für den Abschluß von Präferenzen bildet, dann werden die Präferenzen automatisch zu einer elastischen Ausweitung der Wirtschaftsbündnisse führen und schließlich ganz Europa in einem Bund zusammenschließen.

Der Primat der Politik wird hier geleugnet; ebenso wird als Begründung für die Bildung von Großraumwirtschaften nicht das Argument der kulturellen Zusammengehörigkeit und historischen Verbundenheit herangezogen. Wir haben aber gesehen, daß diese Gesichtspunkte entscheidend für die Grundlagen der Großraumwirtschaft sind, denn nur damit wird auf weite Sicht eine Gemeinschaftsarbeit vor politischen und wirtschaftlichen Gefahren geschützt.

Dennoch ist der Vorschlag deshalb wertvoll, da er ein Maß für den Grad des Zollrabatts, den sich zwei Länder miteinander gewähren, die politisch die gleichen Interessen haben, findet.

b) Das Vertragssystem von Ottowa.

Die politische Verbundenheit bildet im britischen Großwirtschaftsraum den Ausgangspunkt für die Gewährung von gegenseitigen Präferenzen. Damit wird die Sicherung der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb des Empire erreicht, wodurch gleichzeitig wieder der politische Zusammenhang, der sich in der Nachkriegszeit zu lockern scheint, gefestigt wird.

Auf der Reichskonferenz von Ottawa 1932 verwirklicht England den raumwirtschaftlichen Zusammenschluß seines Imperiums unter verstärkter Abschließung gegen das übrige Ausland. England erhöht die Schutzzölle nach außen, gewährt den Dominions Zollfreiheit für bestimmte Waren und Vorzugszölle im Innern.

---

[104]) Sommer, a. a. O. S. 28.
[105]) Sommer, a. a. O. S. 388.

Die Empire-Länder dagegen sichern England „eine Erhöhung unter Garantie der Präferenzmargen über nicht britische Waren zu".[106]) Außerdem erklären sie sich bereit, nur für solche Industrien Schutzzölle festzusetzen, die auf der natürlichen Wirtschaftsgrundlage aufbauen. Sie sichern England zu, „daß die Zölle in keinem Falle höher sein sollen, als daß den englischen Produzenten gleicher Waren volle Gelegenheit vernünftiger Konkurrenz auf der Basis der relativen Kosten ökonomischer und effektiver Produktion gewährleistet wird."[107])

An solchen Zugeständnissen der Empire-Länder muß England das größte Interesse besitzen, da ihm gerade durch die Selbstindustrialisierung sein Absatzmarkt verlorengeht. Die Dominions besitzen die volle Zollautonomie und schließen wiederum unter sich Präferenzverträge ab. Ebenso sollen die Kolonien zur Gewährung von Präferenzen an die Dominions angehalten werden.

Die englische Handelspolitik in der Zeit nach der Ottawa-Konferenz sucht den raumwirtschaftlichen Zusammenschluß auch auf die Länder des Sterling-Blocks auszuweiten, deren Wirtschaft durch die Verträge von Ottawa besonders ungünstig getroffen wurde,[108]) und auf die England andererseits angewiesen ist,[109]) da innerhalb seines Imperiums eine volle Autarkie niemals erreicht werden kann. So verpflichtet sich England, den skandinavischen Staaten Zollfreiheit für Veredelungsprodukte zu gewähren, die zu keiner Benachteiligung der Empire-Länder führen können, und Argentinien Zollfreiheit für Fleisch. Dagegen erklären sich diese Länder zu Gegenleistungen an England bereit. Englische Industrieprodukte werden auf dem skandinavischen Markt bevorzugt. Argentinien verpflichtet sich, die Devisenerlöse aus seiner Ausfuhr nach England zur Tilgung englischer Kredite zu benutzen und erteilt für die Einfuhr englischer Produkte bevorzugt Devisengenehmigungen.

Gleichzeitig sind in diesen Verträgen feste Abnahmeverflichtungen für bestimmte Mengen der Güter vorgesehen, sowohl von englischer Seite als von der Seite der skandinavischen Länder.

---

[106]) Mackenroth und Krebs, a. a. O. S. 63.

[107]) Mackenroth und Krebs, a. a. O. S. 63.

[108]) Respondek, a. a. O. S. 67.

[109]) England bezieht aus den nordischen Ländern Butter und aus Argentinien Fleisch, da es diesen Bedarf innerhalb seines Imperiums nicht decken kann. Mackenroth und Krebs, a. a. O. S. 72.

Andererseits hat es den Markt dieser Länder nötig, um den Absatz seiner Industrieerzeugnisse sicherzustellen.

c) Die deutschen Gegenseitigkeitsverträge.

Seit der Verkündung des Neuen Planes im Herbst 1934 ist Deutschland bestrebt, durch seine Handelsvertragspolitik systematisch eine Umlagerung und Intensivierung seines Außenhandels nach Südosteuropa vorzunehmen. In den Handelsverträgen, die Deutschland in den letzten zwei Jahren mit den südosteuropäischen Ländern abgeschlossen hat, hat es feste Bindungen mit den verschiedenen Staaten getroffen. Sie tragen den Zielen der Großraumwirtschaft in weitgehendem Maße Rechnung. Sie enthalten die Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit und für eine Intensivierung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Dabei bildet das Ziel der Erhaltung und Kräftigung der einzelnen nationalen Volkswirtschaften den Ausgangspunkt aller Abmachungen.

Die neuen deutschen Verträge knüpfen an die deutschen Präferenzverträge mit Ungarn und Rumänien von 1931 an, die damals an dem Widerspruch der meistbegünstigten Staaten gescheitert sind. Den Typ für die Wirtschaftsabmachungen bilden die Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslavien. Deutschland gewährt Weizenpräferenzen und Begünstigungen für spezifisch agrarische Ausfuhrprodukte und gibt Zusicherungen für eine bestimmte Einfuhrquantität der benötigten Erzeugnisse. Es erhält als Gegenleistung Vorzugszölle auf Industriewaren.

Die Verträge stehen in keinem inneren Zusammenhang, sondern sie werden von Land zu Land abgeschlossen und berücksichtigen die Besonderheiten der einzelnen Länder. Damit werden auch die Staaten besonders bevorzugt, mit denen eine dauernde Zusammenarbeit auf der Grundlage politischen und kulturellen Einverständnisses gewährleistet ist. Die Regierungen bilden Ausschüsse, die in der Gemeinschaftsarbeit alle Fragen behandeln sollen, die den Wirtschaftsverkehr der beiden Staaten betreffen.

Wie sehr die Präferenzverträge der natürlichen Verbundenheit Deutschlands mit dem Südosten gerecht werden, zeigt sich an der starken Intensivierung des Handelsverkehrs dieser Länder, die seit Abschluß der Verträge eingesetzt hat. Wir werden die Außenhandelsentwicklung dieser Staaten noch ausführlich behandeln.

Das System der gegenseitigen Präferenzen muß deshalb als geeignetes Mittel angesehen werden, im Rahmen der Handelsvertragspolitik die Zusammenarbeit mehrerer Staaten in der Großraumwirtschaft zu verwirklichen. Durch die Präferenzen wird die Sonderbehandlung einer bestimmten Staatengruppe ermöglicht und innerhalb dieser Gruppe kann durch die Art der Bevorzugung und den Grad der Bemessung der Eigenart der Wirtschaftsstruktur der verschiedenen Länder Rechnung getragen werden.

3. Zollkontingente als Ergänzung des Präferenzsystems.

Bei der Betrachtung der Handelsverträge, die auf dem Präferenzsystem aufbauen, erwähnten wir schon, daß in den englischen und deutschen Verträgen feste Abnahmeverpflichtungen für Mengen verschiedener Güter vorgesehen sind. Tatsächlich müssen solche Kontingente als zusätzliche Präferenzierung aufgefaßt werden, weil sie noch deutlicher die Richtung festlegen, auf welche Länder sich der Handelsverkehr vornehmlich erstrecken soll. Sie ermöglichen außerdem, eine Anpassung des Angebots der gesamten Ware an den vorhandenen Bedarf vorzunehmen, ohne die Angleichung ausschließlich der nachträglichen Wirkung des freien Markt- und Preismechanismus zu überlassen. Darin sehen wir das wesentliche Moment der Kontingentierung.

Unter einem Kontingent verstehen wir ein ziffernmäßig begrenztes Maß bei der Einfuhr einer bestimmten Ware und unterscheiden dabei wieder zwischen Mengen- und Wertkontingenten. Praktische Geltung kann für die Dauer nur das Mengenkontingent besitzen, denn das Wertkontingent kann unwirksam werden oder seine Aufgabe nicht mehr erfüllen, sobald die Preise eine wesentliche Veränderung erfahren. Die Kontingente haben die Aufgabe, „die Einfuhr von bestimmten Warengattungen über die jeweils genau festgesetzten Mengen hinaus unter allen Umständen zu verhindern."[110]) Dabei besteht die Handhabung des Kontingentierungssystems darin, „daß der Staat einerseits die Menge festlegt, die von einem bestimmten Gute überhaupt eingeführt werden darf, und andererseits die einzelnen Einfuhrländer mit Kontingenten beteiligt".[111])

Als typisches Land, das Einfuhrkontingente, allerdings meist unabhängig von dem jeweiligen Präferenzvertrag, in seiner Handelspolitik anwendet, ist Frankreich zu nennen.[112]) Die Kontingente sind hier nicht als Ergänzung zum Präferenzsystem entstanden, sondern als Kampfmaßnahmen gegen die Devalvation in anderen Ländern, weil hiergegen der Schutzzoll nicht mehr ausreicht. Sie sind oft gleichzusetzen mit Einfuhrverboten. Die Einfuhrkontingente in dieser Form haben sich aber als Mittel der Handelspolitik nicht durchsetzen können, sie sind vielmehr als Notmaßnahmen anzusehen, weil sie auf die Dauer zu einer Schrumpfung des Handelsvolumens

---

[110]) Schreiber, a. a. O. S. 194.

[111]) Schreiber, a. a. O. S. 196.

[112]) Zu dem Kontingentierungssystem in Frankreich siehe Ischboldin, II: „Die neue Außenhandelspolitik des französischen Imperiums" in Weltw. Archiv Bd. 41, 1935 (I), S. 176 ff.

führen. Die Kontingente werden von dem einzelnen Staat autonom festgesetzt und rufen dadurch meistens Abwehrmaßnahmen der davon betroffenen Länder hervor. Hierdurch sinkt die Ausfuhr noch mehr; die Zolleinnahmen des Staates sinken; die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt, weil die Ausfuhr fehlt, und deshalb muß zwangsläufig auch die Einfuhr abnehmen. Diese gewöhnlichen Kontingente dienen daher nicht der Intensivierung des Güteraustausches.

Die Zollkontingente in Verbindung mit der Präferenz werden dagegen im Rahmen der Handelsvertragsverhandlungen von den einzelnen Staaten gemeinsam festgelegt. Sie sollen das Vorzugszollsystem mengenmäßig begrenzen. Hierbei können die Kontingentsmengen auch zollfrei eingeführt werden oder aber zu dem ermäßigten Zollsatz. Der Vorteil dieser zusätzlichen Zollkontingente ist darin zu sehen, daß sie vor allem eine Anpassung des Einfuhrangebots an den Bedarf sichern.

Es bleibt noch zu untersuchen, in welchen Grenzen die Meistbegünstigung als Mittel der Handelspolitik für die Großraumwirtschaft dienen kann.

4. Die Meistbegünstigung in Verbindung mit Präferenzen?

(Der Plan Riedl's).[113])

Die Gewährung von Präferenzen hat sich in der Praxis grundsätzlich als geeignet erwiesen, die Bildung von Großwirtschaftsräumen zu fördern.

Jedoch bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, mit wem Präferenzverträge abgeschlossen werden sollen und wieweit damit die Ausdehnung des Wirtschaftsbündnisses sein muß, um günstige Wirkungen für die Wiederbelebung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu erzielen. Wir vertreten hier die Ansicht, daß die Bildung der Großraumwirtschaft die geographische und darüber hinaus die politische und kulturelle Verbundenheit zum Ausgangspunkt haben muß. Daher können die Präferenzverträge nur für jene Staaten gelten, bei denen diese Voraussetzungen gegeben sind. Es wird also eine feste Grenze gezogen. Dagegen sehen andere eine immer weitere Einbeziehung von Staaten in ein Wirtschaftsbündnis als notwendig für die Neugestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen an.[114])

---

[113]) Riedl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied der österreichischen Gruppe der I. H. K., Wien.

[114]) Riedl, a. a. O. S. 66.

Riedl geht wie Sommer davon aus, daß nicht „politischen Zielen zuliebe" Wirtschaftsbündnisse abgeschlossen werden dürfen. „An die Stelle gewaltsamer Bildung von vornherein fest umgrenzter Gruppen muß der freie Zusammenschluß aller derjenigen treten, die ihn wollen."[115])

Riedl schlägt als Lösung für Wirtschaftsbündnisse die Form von zusammenhängenden Bilateralverträgen, die Multilateralverträgen gleichkommen, vor. Den Gedanken der Vorzugsbehandlung für die verbündeten Vertragspartner erkennt er an. Innerhalb des Wirtschaftsbündnisses soll ein einheitlicher herabgesetzter Binnentarif gelten, der auf die einzelnen Staaten unterschiedslos angewandt wird. Damit gibt er der Meistbegünstigung für die neue Form ihre Berechtigung.

Die Außenzollsätze sollen von den Staaten autonom festgesetzt werden. Für den Fall, daß dadurch die Außenzollsätze eines anderen Landes durch „indirekte Einfuhr" unwirksam gemacht werden, sind im Vertrag besondere Maßnahmen zu bestimmen, die dies verhindern sollen.

Die Verträge mit den außenstehenden Staaten werden auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen. Die Vorzugszölle innerhalb der Bundes sind von ihnen anzuerkennen. Sofern außenstehenden Staaten Begünstigungen gewährt werden, sollen sie in gleicher Weise auf die Bündnisstaaten Anwendung finden.[116])

Außerdem sollen in den Verträgen „die Nichtangriffsklausel, die Adhäsionsklausel und die Billigkeitsklausel" enthalten sein, um damit jedem Staat die Möglichkeit zu geben, dem Bündnis beizutreten. Die Billigkeitsklausel besagt nämlich, daß alle Staaten, welche ihre autonome Handelspolitik so gestalten, daß sie den Bestimmungen des Bündnisvertrages entsprechen, „aus Billigkeitsgründen in den Mitgenuß aller Vorteile"[117]) einzusetzen sind.

In der Billigkeitsklausel ist der internationalen Handelspolitik ein Mittel gegeben, die Elastizität eines Bündnisses zu sichern und politische Zwecke völlig auszuschalten. Die Billigkeitsklausel muß deshalb im Widerspruch zu der hier vertretenen Auffassung der Großraumwirtschaft stehen. In gleicher Weise kritisiert Schreiber die Ausdehnung eines Regionalpaktes nur aus Billigkeitsgründen auf weitere Staaten, in dem er zu dem Abkommen der Niederlande, Belgien und Luxemburg in Ouchy[118]) Stellung nimmt: „Dieses Über-

---

[115]) Riedl, a. a. O. S. 66.
[116]) Riedl, a. a. O. S. 56.
[117]) Sommer, a. a. O. S. 198.
[118]) Int. Übereinkommen über den Abbau der wirtschaftlichen Schranken vom 18. Juli 1932. Schreiber, S. 145.

einkommen nimmt sich die Lebensfähigkeit von vornherein, indem es festsetzt, daß allen Staaten, die guten Willens sind, der Beitritt offensteht; damit aber begeht es den entscheidenden Fehler, weil der Gedanke der Großraumwirtschaft die organische Verbundenheit der zur Wirtschaftseinheit zusammengeschlossenen Volkswirtschaften zur conditio sine qua non stellt und mit dem Momente zur Unfruchtbarkeit verurteilt erscheint, in welchem auch hier der Grundsatz der offenen Tür gelten soll."[119])

Es muß anerkannt werden, daß die Einführung der Meistbegünstigung für den inneren Verkehr der Großraumwirtschaft geeignet ist, wenn die Voraussetzungen gleichgearteter Wirtschaftsstrukturen der Länder, auf die sie Anwendung finden soll, gegeben sind. Denn „in dem Umfange, wie andere Länder in gleiche Rechte einzusetzen sind, ist sie ihrer grundsätzlichen Konstruktion nach das geeignete juristische Mittel."[120]) Auch für den Außenverkehr der Wirtschaftsräume untereinander kann sie das handelspolitische Mittel bilden, denn die Großwirtschaftsräume stehen sich ja als gleichwertige Partner im Tauschverkehr gegenüber. In diesem Sinne sagt Posse: „Daß man in nicht so ferner Zeit in dem Verkehr von Großraumgebieten untereinander sich wieder auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation, oder, wenn man so will, des meistbegünstigten Großraumgebietes wird bewegen können."[121])

So werden durch langfristige Verträge die Vorbedingungen für eine dauernde Zusammenarbeit geschaffen. Daneben werden aber auch die neuen Formen der unter der staatlichen Ordnung der Wirtschaft notwendig gewordenen Organisationen in der Binnenwirtschaft für die Zusammenarbeit in der Großraumwirtschaft Bedeutung haben.

b) Die Bedeutung der marktregelnden Wirtschaftsorganisationen für die Großraumwirtschaft.

Mackenroth untersucht in seinem Beitrag über „Neue Formen der Weltwirtschaft" im Weltwirtschafts-Archiv[122]) die Organisationsformen des Binnenmarktes in ihrer Bedeutung für eine neue Ordnung der Außenhandelsbeziehungen. Diese Organisationen, wie wir sie bisher am besten und weitesten in der deutschen Landwirtschaft im Reichsnährstand entwickelt sehen und die die Aufgabe haben, das Angebot schon von der Erzeugung her an den Bedarf anzupassen,

[119]) Schreiber, a. a. O. S. 145.
[120]) Fleßner, a. a. O. S. 51.
[121]) Schlesische Zeitung vom 7. Januar 1934.
[122]) Weltwirtschafts-Archiv, Bd. 41, 1935 (I), Jena 1935.

sind in hervorragender Weise geeignet, vor allem die Handelsbeziehungen der Länder in der Großraumwirtschaft, die in höherem Maße als sonst in der Weltwirtschaft ihre Binnenwirtschaften aufeinander abzustimmen versuchen, stabiler und dauerhafter zu gestalten.

Die Ordnung des Binnenmarktes macht es möglich, daß der Staat oder die Organisation, welche die Ordnung vornimmt, eine genaue Übersicht über die Erzeugungsmöglichkeiten der Wirtschaft hat und die Größe des Bedarfs schätzen kann. Sie kann danach den Einfuhrbedarf berechnen und für die Hereinnahme der Güter feste Abnahmeverpflichtungen anderen Staaten gegenüber eingehen, in dem sie Mengen und Preise mitbestimmt. Dabei wird den Produzenten meist ein günstigerer Preis bei der Übernahme garantiert, als wenn die Güter der freien Preisbildung auf dem Weltmarkt unterliegen. Die von Deutschland gegenüber Jugoslavien z. B. eingegangenen Abnahmeverpflichtungen legen für Jugoslavien in diesem Sinne günstige Preisbedingungen fest. Hierdurch wird erreicht, daß der freie Markt- und Preismechanismus, durch den die Ein- und Ausfuhr in der liberalistischen Außenwirtschaftspolitik bestimmt wird, ausgeschaltet wird. Er wirkt ohnehin immer zu spät auf die Gestaltung der Produktion ein. Wenn die den Organisationen angeschlossenen Produzenten mit Rücksicht auf die Abstimmung der Binnenmärkte ihre Erzeugung auf lange Sicht auf die Gestaltung des Bedarfs einstellen, „so bekommt die Außenwirtschaft in sehr viel höherem Grade den Charakter einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft,"[123]) denn „durch feste Lieferungs- und Abnahmevereinbarungen, eventuell langfristige Verträge dieser Art mit parallelen Organisationen des Auslandes, könnte sie dann die Außenwirtschaft ihren binnenwirtschaftlichen Regulierungen planmäßig einbauen, immer mit dem Ziele vor Augen, eine auf möglichst lange Dauer und Stabilität berechnete binnenwirtschaftliche Marktregulierung in Bezug auf Erzeugung, Absatz und Verbrauch zu sichern."[124])

Damit werden auch die Marktorganisationen den Zielen der Ergänzung der Binnenwirtschaft durch den Außenhandel und der Sicherheit des zwischenstaatlichen Güteraustausches in der Großraumwirtschaft gerecht. Bei der zentralen Regelung der Einfuhr durch die Organisationen ist es möglich, die Einfuhr besonders auf die Staaten, die der Großraumwirtschaft angeschlossen sind, zu verteilen. Sie gewähren den Lieferländern damit einmal die Sicherheit des Absatzes, und zum anderen vermögen sie, den Güteraustausch

---

[123]) Mackenroth, a. a. O. S. 11.
[124]) Mackenroth, a. a. O. S. 13.

mit ihnen zu intensivieren, weil die Einfuhr nur auf wenige Lieferländer konzentriert wird.

Der Abnahmeverpflichtung der Güter auf der einen Seite steht gleichzeitig die Verpflichtung der anderen Seite gegenüber, die Güter auch wirklich zu liefern. Daher wird die Regelung der Einfuhr eines Staates zwangsläufig eine Regelung der Ausfuhr in den anderen liefernden Staaten nach sich ziehen. „Dem ganzen System wohnt also eine Tendenz zu ständiger Ausbreitung inne. Von den englischen Marktregulierungen her wird es z. B. auch wieder den Ländern aufgezwungen, die es bisher noch nicht haben, z. B. Dänemark und den Niederlanden."[125]) In diesem Zusammenhang sind die in den meisten Ländern schon bestehenden Genossenschaften, im Gegensatz zu den erst vereinzelt vorhandenen staatlichen marktregulierenden Organisationsformen wie z. B. in Deutschland und England, von großer Bedeutung. Sie können bei zwischenstaatlichen Verhandlungen weitgehend an ihre Stelle treten. Teilweise ist ihnen heute schon eine überwachende und regulierende Funktion bei der Ausfuhr übertragen, damit die Qualität der zu liefernden Erzeugnisse den ausländischen Ansprüchen gerecht wird.[126]) Von der Regelung der Ausfuhr her werden sie daher auch rückwirkend auf die Produktion Einfluß gewinnen und können hier auch auf eine vernünftige Rationalisierung der heimischen Landwirtschaft einwirken.

In Deutschland[127]) übernehmen die Reichsstellen den Ausgleich zwischen binnenwirtschaftlicher Erzeugung und Bedarf und regeln damit gleichzeitig die Einfuhr. Sämtliche landwirtschaftlichen Produkte dürfen nur mit Genehmigung der Reichsstellen für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse, für Milcherzeugnisse, Öle und Fette, für Eier und für Tiere und tierische Erzeugnisse[128]) eingeführt werden. Der Übernahmeschein, den der Einfuhrhändler erhält, legt Preise und Bedingungen des Ankaufs fest. Die Produkte werden so durch die Reichsstellen „geschleust", d. h. es wird der Auslandspreis dem Binnenmarktpreis angepaßt. Die Auffassung, ob die Reichsstellen den Einfuhrmonopolen gleichzusetzen

---

[125]) Mackenroth, a. a. O. S. 11.

[126]) In Südosteuropa üben die Genossenschaften bereits teilweise diese Funktionen aus. Vgl. hierzu Groß; a. a. O. S. 106 ff., in: Entwicklung und Stand des landwirtschaftlichen Kredit- und Genossenschaftswesens. Daneben bestehen in einzelnen Staaten Südosteuropas staatliche Monopole für die hauptsächlichsten Ausfuhrgüter, z. B. das Getreidemonopol der „Prizad" in Jugoslavien, das Monopol für die Korinthenausfuhr in Griechenland usw. Siehe auch hierzu Groß, a. a. O.

[127]) Für die Marktregulierung in England und Übersee vgl. Mackenroth, a. a. O. und Mackenroth-Krebs, a. a. O.

[128]) Hesse I, a. a. O. S. 177.

sind oder nicht, ist nicht einheitlich.[129]) Wir müssen feststellen, daß die Reichsstellen die Initiative bei der Einfuhr, Aushandelung des Preises, weitgehend dem Kaufmann überlassen. Dagegen liegt die Entscheidung über die einzuführenden Mengen und Festsetzung der Bedingungen bei der Reichsstelle. Die Feststellung Greiffs, daß sie sich von den Monopolen dadurch unterscheiden, „daß sie nur die auf den Markt gelangenden Mengen kontrollieren, nicht aber selbst den Handel mit ihnen übernehmen,"[130]) trifft nicht immer zu. Die Reichsnährstandsorganisationen nehmen auch selbst den Abschluß der Einfuhr vor. Mackenroth führt hierfür die Handelsverträge z. B. mit Jugoslavien und Ungarn an, in denen bestimmt wird, daß die Abnahme vereinbarter Mengen aus diesen Ländern von ihnen organisiert wird.[131]) Zusammenfassend ist zu sagen, daß sie weitgehend den Monopolen gleichen, aber die Initiative dem Kaufmann überlassen. Dieses Moment ist ja überhaupt ein entscheidendes Wesensmerkmal der nationalsozialistischen Wirtschaft, daß sie auf der Privatinitiative aufbaut, die sich wiederum der staatlichen Führung unterordnet.

Für die Industrie läßt sich eine ähnliche Ordnung der Außenwirtschaft, wie wir sie in der Landwirtschaft bereits verwirklicht sehen, ebenfalls ermöglichen.[132]) Ansatzpunkte hierfür sind in den internationalen Kartellorganisationen vorhanden. Ihre Ziele sind heute allerdings noch vom rein privatwirtschaftlichen Interesse bestimmt. Eine neue Form, zu einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft zu gelangen, bahnt sich in Deutschland in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft an. Wenn ihr bis heute zwar formell noch keine marktregelnden Aufgaben zugewiesen wurden, so hat sie sie praktisch doch durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministers im November 1936 erhalten, die die Kartelle als marktregelnde Organisationen der weitgehenden Aufsicht der Organisation der gewerblichen Wirtschaft unterstellt. Der gewerblichen Organisation wird in der Außenhandelsordnung vor allem die Aufgabe der Exportkontrolle zukommen. In gleicher Weise lassen sie sich auch bei der Schätzung des Bedarfs an industriellen Rohstoffen und deren planmäßiger Deckung einschalten.

Zu der Neuordnung in der Bindung des Warenverkehrs durch die Handelsvertragspolitik und die Marktorganisationen in der Groß-

---

[129]) Vgl. Greiff, a. a. O. S. 18, dagegen Mackenroth, a. a. O. S. 10.
[130]) Greiff, a. a. O. S. 18.
[131]) Mackenroth, a. a. O. S. 10.
[132]) Vgl. hierzu Mackenroth, a. a. O. Er kommt in seiner Untersuchung zu einer grundsätzlichen Bejahung dieser Ordnung in der Industrie, S. 11. Ebenso Fried II, a. a. O. S. 70 ff.

raumwirtschaft tritt die Bindung des Zahlungsverkehrs, denn wir sahen, daß der internationale Zahlungsmechanismus der Vorkriegszeit zerstört ist und er daher in seiner alten Form für die Neuordnung der Außenhandelsbeziehungen in der Großraumwirtschaft nicht mehr in Frage kommen kann.

Nachdem wir die Mittel untersucht und erkannt haben, welche sich für die Großraumwirtschaftsordnung als geeignet erweisen, betrachten wir es nun als unsere Aufgabe, die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen den Staaten, auf die unsere Voraussetzungen zutreffen und von denen die eben aufgezeigten Methoden schon weitgehend angewandt werden, Deutschland und Südosteuropa, näher zu untersuchen.

III. Kapitel:
Die Wirtschaftsstruktur Deutschlands und Südosteuropas als Grundlage des Außenhandels in der Großraumwirtschaft.

1. Die Außenhandelsentwicklung zwischen Deutschland und Südosteuropa.

Im Zusammenhang mit der Einfuhrumlagerung, die Deutschland, wie wir sahen, seit der Verkündung des Neuen Planes anstrebt, hat der deutsche Außenhandel mit Südosteuropa eine gewaltige Steigerung erfahren. Die Einfuhr aus Südosteuropa steigt von 236,4 Mill. RM. im Jahre 1933 auf 505,4 Mill. RM. im Jahre 1936. Demgegenüber steht eine Steigerung der Ausfuhr von 190,6 Mill. RM. auf 454,3 Mill. RM. Dabei beträgt der Anteil Südosteuropas am gesamten deutschen Außenhandelsumsatz 1933 4,7 v. H. und im Jahre 1936 bereits 10,7 v. H. Im ersten Halbjahr 1937 ist er weiter auf 11,7 v. H. gestiegen. Der Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr steigt im ersten Halbjahr 1937 sogar auf 13,9 v. H.[133])

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit den einzelnen Ländern Südosteuropas in diesem Zeitraum geht aus der folgenden Übersicht, die die absoluten Ziffern der Ein- und Ausfuhr und den Anteil der Länder an der gesamtdeutschen Ein- und Ausfuhr wiedergibt, hervor.

---

[133]) Monatl. Nachweise, Juli 1937 S. 176 ff. Die Anteile sind aus den absoluten Zahlen errechnet.

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels (Spezialhandel) mit Südosteuropa[134]) in den Jahren 1933 bis 1936

Einfuhr

Länder	1933		1934		1935		1936	
	in Mill.M.	in v.H.	in Mill.M.	in v.H.	in Mill.M.	in v.H.	in Mill.M.	in v.H.
Bulgarien	31,3	0,7	33,7	0,7	41,4	1,0	57,6	1,4
Griechenland	53,4	1,3	55,3	1,2	58,5	1,4	68,4	1,6
Jugoslavien	33,5	0,8	36,3	0,8	61,4	1,5	75,2	1,8
Rumänien	46,1	1,1	59,0	1,3	79,9	1,9	92,3	2,2
Türkei	37,9	0,9	67,5	1,5	93,4	2,2	118,5	2,8
Ungarn	34,2	0,8	63,9	1,2	77,9	1,9	93,4	2,2
insgesamt:	236,4	5,6	315,7	7,1	412,5	9,9	505,4	11,9

Ausfuhr

Bulgarien	17,7	0,4	19,3	0,5	39,9	0,9	47,6	1,0
Griechenland	18,7	0,4	29,3	0,7	49,1	1,1	63,5	1,3
Jugoslavien	33,8	0,7	31,5	0,8	36,9	0,9	77,2	1,6
Rumänien	46,0	0,9	50,9	1,1	63,8	1,5	103,6	2,2
Türkei	36,3	0,7	50,9	0,9	67,3	1,6	79,4	1,6
Ungarn	38,1	0,8	39,6	0,9	62,9	1,4	83,0	1,7
insgesamt:	190,6	3,9	221,5	5,3	319,9	7,5	454,3	9,5

Der Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr hat sich von 1933 bis 1936 also verdoppelt. Der Anteil an der Ausfuhr hat sich sogar fast verdreifacht. Dieselbe Steigerung ergibt sich für jedes einzelne Land Südosteuropas. Am stärksten ist die Steigerung der deutschen Einfuhr aus der Türkei.

Die Bedeutung Südosteuropas für den deutschen Außenhandel hat auch im Vergleich zu anderen Ländergruppen, auf die sich der deutsche Außenhandel erstreckt, seit 1933 zugenommen. Von der deutschen Einfuhr aus Europa entfallen 1933 10,2 v. H. auf die Einfuhr aus Südosteuropa, 1936 beträgt der Anteil bereits 20,0 v. H. Der Anteil Südosteuropas an der deutschen Ausfuhr nach Europa beträgt 1933 4,9 v. H., 1936 dagegen 13,5 v. H. Einen Vergleich der Anteile Südosteuropas an der gesamtdeutschen Ein- und Ausfuhr mit den Anteilen der anderen Ländergruppen, Nordeuropa, Westeuropa, Afrika, Asien und Amerika in den Jahren 1933 und 1936 zeigt die folgende Tabelle:

[134]) Errechnet nach den monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands Ergänzungsheft 1: Der deutsche Außenhandel nach Erdteilen und Ländern 1936, S. 10 ff.

(in v. H. der deutschen Ein- und Ausfuhr, reiner Warenverkehr)[135])

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1933	1936	1933	1936
Südosteuropa	5,6	11,9	3,9	9,5
Nordeuropa[136])	7,6	11,4	9,5	11,7
Westeuropa[137])	18,9	18,2	34,7	26,6
Afrika	5,8	6,9	2,2	3,3
Asien	11,8	11,8	6,8	9,8
Amerika	23,9	20,9	11,6	15,1

Wir ersehen hieraus, daß die Ein- und Ausfuhr aus Südosteuropa eine viel größere Steigerung aufweist als die der anderen Ländergruppen und Erdteile. Die Einfuhr aus Westeuropa und Amerika[138]) weist sogar einen Rückgang auf. Hierin spiegelt sich am deutlichsten die Umlagerung der deutschen Einfuhr wider, von der vor allem diese beiden Ländergruppen betroffen sind. Die Einfuhr aus Südosteuropa übertrifft heute die Einfuhr aus Nordeuropa. Sie bleibt 1933 noch hinter der Einfuhr aus Afrika und Asien zurück, dagegen ist sie 1936 höher als die Einfuhr aus diesen Gebieten. Die Ausfuhr nach Südosteuropa ist 1936 ungefähr gleich mit der Ausfuhr nach Asien, hinter der sie 1933 weit zurückbleibt; die Ausfuhr nach Afrika hat sie um ein Mehrfaches überholt.

Der Zunahme der Bedeutung Südosteuropas für den deutschen Außenhandel steht eine ebenso große, bezw. noch größere Zunahme der Bedeutung Deutschlands am Außenhandel der südosteuropäischen Staaten gegenüber. Folgende Übersicht veranschaulicht dies: Deutschlands Anteil am Außenhandel Südosteuropas in den Jahren 1933 und 1936.

[135]) Monatl. Nachweise, Ergänzungsheft 1 1936 S. 10/11 Anteile errechnet aus den absoluten Zahlen.

[136]) Unter Nordeuropa sind zusammengefaßt die Länder: Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden.

[137]) Unter Westeuropa sind zusammengefaßt die Länder: Belgien-Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Niederlande. Der hohe Anteil Westeuropas erklärt sich z. T. daraus, daß vor allem Großbritannien und die Niederlande als Zwischenhändler mit Übersee im Transit deutsche Waren importieren und wieder exportieren.

[138]) Bei Amerika fällt der starke Rückgang im Bezug aus den USA ins Gewicht; die Einfuhr aus Lateinamerika ist demgegenüber gestiegen.

(in v.H. der gesamten Ein- und Ausfuhr)

Einfuhr

	1933	1934	1935	1936
Bulgarien[139])	38,0	40,0	53,4	61,0
Griechenland[140])	10,2	14,7	18,7	22,6
Jugoslavien[141])	13,2	13,9	16,2	26,7
Rumänien[142])	18,6	15,5	23,8	37,0
Türkei[143])	25,5	33,8	40,0	45,0
Ungarn[144])	19,7	18,3	22,7	25,8
Südosteuropa	20,9	22,7	29,1	36,4
	Ausfuhr			
Bulgarien	36,0	42,0	48,0	48,0
Griechenland	17,9	22,5	29,7	36,9
Jugoslavien	13,9	15,4	18,7	23,7
Rumänien	10,6	16,6	16,7	18,9
Türkei	18,9	37,0	40,8	51,0
Ungarn	11,2	22,2	23,9	23,1
Südosteuropa	18,1	26,0	29,6	33,6

Deutschland steht 1936 mit seinem hohen Anteil an der Ein- und Ausfuhr Südosteuropas weit an der Spitze des Außenhandels dieser Staaten.

Die bedeutende Intensivierung des deutsch-südosteuropäischen Handelsverkehrs ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen:

Aus der ungünstigen deutschen Devisenlage, die im Jahre 1934 infolge des Aufschwungs der deutschen Binnenwirtschaft besonders akut wird, da die Belebung aller Wirtschaftszweige einen erhöhten

---

Die Anmerkungen beziehen sich auf die Ein- und Ausfuhr.

[139]) Aus Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, Deutsche Gruppe, v. 30. 6. 1937. „Die Handelsbeziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland" von Handelsrat Zonew-Berlin.

[140]) Für 1933 bis 1935 aus „Wirtschaftsdienst" 1936, Nr. 51, S. 1849, für 1936 aus Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages 1937, 3. Jahrg. Nr. 6.

[141]) Aus „Die Wirtschaft Jugoslawiens" Veröffentlg. d. Instituts zur Förderung des Außenhandels beim Ministerium für Handel und Industrie in Belgrad, Belgrad 1937.

[142]) Für 1933 bis 1934 errechnet aus den absoluten Zahlen über den rumänischen Außenhandel nach Ländern in: Annuaire Statistique de la Roumanie, 1934, Bukarest. Für 1935 aus den Angaben im Bulletin der Nationalbank a. a. O. Für 1936 aus den Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer, Berlin, 1937, Nr. 2.

[143]) Für 1933: „Der türkische Außenhandel nach Ländern mit dem Hauptanteil" in: Annuaire Statistique de la Turquie, Bd. 8 1935/36. Für 1934 bis 1936 errechnet aus den absoluten Zahlen in: „Mitteilungen der Türkischen Handelskammer für Deutschland" 1937, Jahrg. 10 Nr. 6.

[144]) Für 1933 aus „Wirtschaftsdienst", 1936 Nr. 51 S. 1849, für 1934 bis 1936: Wirtschaftsberichte der Geldinstitutszentrale Budapest, 1937, Nr. 1.

Einfuhrbedarf erfordert, entsteht für Deutschland die Notwendigkeit, in erster Linie bei den Staaten einzukaufen, die gewillt sind, ihre Waren gegen Bezahlung durch deutsche Waren nach Deutschland zu verkaufen. Diese Notwendigkeit wird im Neuen Plan zum Ausdruck gebracht. Der freie Devisenverkehr muß hierbei durch den Verrechnungsverkehr ersetzt werden. Die Folge ist die bedeutende deutsche Außenhandelsumlagerung nach Südosteuropa, weil Deutschland mehr Güter aus Südosteuropa bezieht und dorthin liefert, als es der Fall gewesen wäre, wenn auch die westeuropäischen Staaten und Amerika bereit gewesen wären, die deutsche Notwendigkeit, die freie Bezahlung in Devisen weitgehend auszuschalten, anerkannt hätten.

Die Umlagerung des deutschen Handels nach Südosteuropa hat nur durchgeführt werden können, weil sich auch die südosteuropäischen Staaten in einer ähnlichen Lage wie Deutschland befinden. Die Abberufung der Kredite 1931 seitens der Gläubigerländer zwingt ihnen ebenfalls die Notwendigkeit der Devisenbewirtschaftung auf. Zudem ist Südosteuropa, auf das die Agrarkrise seit 1929 besonders schwer eingewirkt hat, unbedingt auf den Absatz seiner Produkte angewiesen, um seiner Binnenwirtschaft neue Belebungskräfte zuzuführen. Diese Wünsche können ihm, da sich die westeuropäischen Staaten in allen Verhandlungen ablehnend verhalten haben,[145]) nur durch die Abnahme seiner Agrarerzeugnisse in Deutschland erfüllt werden. So führt das gegenseitige Verständnis für die Notwendigkeiten der Handelspartner und die gegenseitige Bereitschaft in Deutschland und Südosteuropa zur Intensivierung des Handelsverkehrs.

Diese Handelsexpansion ist erzielt worden ohne die Förderung des freien Devisenverkehrs. Wir sehen also auch hier, daß der freie Devisenverkehr keine absolute Voraussetzung zur Belebung des Welthandels bildet. Daher sagt Oberascher: „(Es) gibt aber Nachweise dafür, daß die Clearingpraxis unter Umständen geradezu expansive Wirkungen haben kann. So hat z. B. die deutsche Handelspolitik in Südosteuropa Erfolge gezeitigt, die erstaunlich sind und die ganz undenkbar wären, wenn Deutschland die Clearingverträge prinzipiell abgelehnt hätte."[146])

Wir sind geneigt, diese Gründe, die zu ihrem Teil zur Intensivierung des Handelsverkehrs führten, mehr als äußeren Anlaß dieses Erfolges anzusehen. Der tiefere Grund, warum die Intensivierung erreicht werden konnte, liegt darin, daß zwischen den Wirtschaftsstruk-

---

[145]) Siehe oben S. 49.

[146]) Oberascher: „Vom Clearingvertrag zum Zahlungsabkommen", in: Wirtschaftsdienst 1937, Nr. 41, S. 1417.

turen Deutschlands und Südosteuropas natürliche Möglichkeiten gegenseitiger Ergänzung bestehen, die bisher nicht immer bewußt der günstigen Außenhandelsentwicklung zu Grunde liegen. Hinzu kommt, daß bei Deutschland und Südosteuropa auch die beiden anderen Voraussetzungen gegeben sind, die günstigen Verkehrsbedingungen und die weltanschauliche, politische und kulturelle Übereinstimmung, denen wir im Hinblick auf eine Förderung des beiderseitigen Handelsverkehrs einen günstigen Einfluß zuerkennen mußten. Wir wollen uns aber hier nur noch auf die rein wirtschaftlichen Argumente beschränken und sie zu beweisen versuchen.

Deutschlands notwendiger Einfuhrbedarf besteht zum weitaus größten Teil aus Nahrungsmitteln und agrarischen und industriellen Rohstoffen, wie die folgende Übersicht für das Jahr 1936 zeigt. Zum Vergleich sind darin die Ein- und Ausfuhr dieser Warengruppen aus Südosteuropa berücksichtigt.

Die Struktur des deutschen Außenhandels mit Südosteuropa.[147])

	Gesamt		Südosteuropa	
	in Mill.RM.	in v.H.	in Mill.RM.	in v.H.
Einfuhr				
Lebende Tiere	96,3	2,3	20,3	4,0
Lebensmittel, Getränke	996,2	23,7	172,9	34,2
Rohstoffe, halbf. Waren	2598,7	61,5	293,6	58,1
Fertigwaren	526,8	12,5	18,6	3,7
Gesamt	4218,0	100,0	505,4	100,0
Ausfuhr				
Lebende Tiere	2,6	0,1	—	—
Lebensmittel, Getränke	73,3	1,5	2,3	0,5
Rohstoffe, halbf. Waren	746,3	15,7	39,7	8,7
Fertigwaren	3945,9	82,7	412,3	90,8
Gesamt	4768,1	100,0	454,3	100,0

Bei der deutschen Einfuhr entfällt auf die Gruppen Lebensmittel und Rohstoffe allein ein Anteil von 85,2 v. H. In diesen Zahlen kommt der industrielle Charakter der deutschen Volkswirtschaft deutlich zum Ausdruck. Von der deutschen Gesamteinfuhr entfällt auf die Gruppe lebende Tiere ein Anteil von 2,3 v. H., während dieser bei der Einfuhr aus Südosteuropa schon 4,0 v. H. ausmacht. Der Anteil der lebenden Tiere an der Einfuhr aus Südosteuropa ist von 0,5 v. H. im Jahre 1929[148]) um ein Achtfaches bis zum Jahre 1936 gestiegen.

[147]) Monatl. Nachweise, Ergänzungsheft 1, 1936, S. 14/15.
[148]) Monatl. Nachweise, Ergänzungsheft 1, 1929, S. 6/7.

Ebenso führt Deutschland aus Südosteuropa verhältnismäßig bedeutend mehr Lebensmittel ein, als es seiner gesamten Einfuhr von Lebensmitteln entspricht. In der Rohstoffeinfuhr bleibt Südosteuropa nicht weit hinter dem Anteil der gesamtdeutschen Rohstoffeinfuhr zurück. Interessant ist hier ein Vergleich zwischen den Anteilen von Lebensmitteln und Rohstoffen im Jahre 1936 und den Anteilen dieser beiden Gruppen im Jahre 1929. 1929 entfällt auf die Gruppe Lebensmittel und Getränke von der Einfuhr aus Südosteuropa ein Anteil von 45,4 v. H.[149]) und auf die Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren ein Anteil von 47,8 v. H. Die Einfuhr von Lebensmitteln ist also um 11,2 v. H. zurückgegangen, der ein Rückgang in der gesamtdeutschen Lebensmitteleinfuhr von nur 4,7 v. H. gegenüber steht. Der Rückgang der gesamtdeutschen Lebensmitteleinfuhr erklärt sich aus dem Bestreben zur Erweiterung und Stärkung der deutschen Nahrungsbasis. Die Steigerung bei der Rohstoffeinfuhr aus Südosteuropa — sie beträgt von 1929 bis 1936 10,3 v. H. – ist ebenfalls größer als die Steigerung der gesamtdeutschen Rohstoffeinfuhr, die im gleichen Zeitraum 7,8 v. H. beträgt. In dem Rückgang der Lebensmitteleinfuhr (relativ und absolut) und der Steigerung der Rohstoffeinfuhr (relativ und absolut) aus Südosteuropa erkennen wir deutlich die Zunahme der Bedeutung Südosteuropas als Rohstofflieferant für Deutschland. Hierin finden wir unsere Behauptung bestätigt, daß zwischen Deutschland und Südosteuropa natürliche Möglichkeiten gegenseitiger Ergänzung vorhanden sind.

Das Verhältnis, in dem die Staaten Südosteuropas und Deutschland wechselseitig ihren notwendigen Einfuhrbedarf zu decken vermögen, ist aber nicht gleich. Dies geht schon aus den Außenhandelszahlen hervor: Die Beteiligung Deutschlands an der Einfuhr Südosteuropas — sie beträgt in den einzelnen Staaten im Jahre 1936, wie wir sahen, 22,6 – 61,0 v. H. — ist wesentlich höher als der Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr, der im gleichen Jahr nur 11,9 v. H. beträgt.[150]) Theoretisch wäre Deutschland sogar in noch viel höherem Maße zur Deckung des Einfuhrbedarfs in Südosteuropa in der Lage, denn dieser besteht 1936, mit Ausnahme von Ungarn, zu rd. 75 v. H. aus Fertigwaren.[151]) Und die deutsche Ausfuhr von Fertigwaren nach Südosteuropa beträgt im gleichen Jahr 90,8 v. H. der Gesamtausfuhr nach diesen Ländern.[152]) Dagegen besteht Deutschlands Einfuhrbedarf an fehlenden notwendigen Gü-

---

[149]) Monatl. Nachweise, Ergänzungsheft I, 1936, S. 6/7.
[150]) Monatl. Nachweise, Ergänzungsheft I, 1936, S. 10 ff
[151]) Siehe Tabelle 3, S. 122.
[152]) Siehe S. 68.

tern z. B. im Jahre 1936 zu 85,2 v. H. aus Lebensmitteln und Rohstoffen,[153]) von denen Südosteuropa nur 12,9 v. H. deckte.[153])

Im einzelnen ist die Entwicklung der deutschen Einfuhr von agrarischen und industriellen Rohstoffen aus Südosteuropa in den Jahren 1929, 1933, 1936 in der folgenden Übersicht dargestellt.

Anteil Südosteuropas an der deutschen Einfuhr von agrarischen und industriellen Rohstoffen:

Warenbezeichnung	Rohstoffeinfuhr aus Südosteuropa Mill. RM.			Anteil an der gesamten deutschen Rohstoffeinfuhr in diesen Erzeugnissen v.H.		
	1929	1933	1936	1929	1933	1936
Getreide	127,1	7,0	1,4	13,9	5,7	5,9
Weizen	9,5	0,2	0,6	2,1	0,2	8,6
Roggen	4,5	0,1	—	16,4	—	—
Gerste	104,0	1,5	—	34,4	10,5	—
Hafer	—	—	—	—	—	—
Mais	9,1	5,3	0,8	7,7	34,6	8,0
Wolle und andere Tierh.	8,8	1,0	21,1	1,2	0,4	9,2
Baumwolle	0,7	1,5	14,7	0,1	0,1	5,7
Flachs, Hanf, Jute u. dergl.	3,2	1,6	10.0	1,7	2,4	12,3
Felle und Häute[154])	21,6	8,2	19,8	3,6	4,4	11,1
Federn und Borsten[155])	13,3	5,2	13,5	19,0	23,9	56,5
Hopfen	2,1	2,1	1,1	20,5	27,3	18,3
Rohtabak	119,3	67,9	73,8	47,9	56,4	58,1
Nichtölhaltige Sämereien	3,8	9,1	10,2	12,7	37,3	45,8
Ölfrüchte u. Ölsaaten[156])	3,8	2,8	5,6	0,4	1,0	2,0
Ölkuchen	9,4	2,1	0,9	8,2	4,3	18,7
Kleie und Futtermittel[157])	3,4	0,1	0,7	3,9	1,7	43,8
Bau- und Nutzholz	26,6	2,8	2,6	6,9	4,0	4,0
Mineralöle[158])	26,2	11,4	53,8	7,8	8,9	27,8
Steine und Erden[159])	6,5	2,8	2,6	7,7	8,1	8,2
Bauxit	—	1,9	10,3	—	30,1	51,2
Erze und Metallaschen[160])	4,1	7,8	9,6	0,8	5,2	3,3
Kupfer	15,5	11,3	7,6	3,8	11,0	8,7
insgesamt:	395,4	143,7	259,0	6,1	7,4	13,9

[153]) Siehe S. 68. Der Anteil von 12,9 v.H. wurde aus dem Verhältnis der absoluten Zahlen, siehe gleiche Tabelle auf S. 68 errechnet.

Errechnet nach den monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands, Ergänzungsheft 1 der Jahre 1929, 1933 und 1936. Die Abweichungen aus den Warenbezeichnungen für 1936 ergeben sich aus der anderen Gruppeneinteilung der deutschen Außenhandelsstatistik nach Gruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft seit 1936.

[154]) Lamm- und Schaffelle, Kalbfelle und Rindshäute, Felle zu Pelzwerk roh, sonstige Felle und Häute. Für 1936 nur Felle zu Pelzwerk und sonstige.

Anmerkungen 155–160 siehe nächste Seite.

Daraus geht hervor, daß der Anteil Südosteuropas an der deutschen Rohstoffeinfuhr seit 1933 fast verdoppelt wurde. Wie weit eine weitere Steigerung des südosteuropäischen Anteils erzielt werden kann, läßt sich zahlenmäßig nicht bestimmen. Es ist aber anzunehmen, daß er sich mit der fortschreitenden Intensivierung der südosteuropäischen Volkswirtschaften, auf die wir noch näher eingehen werden, auch weiter erhöhen wird. In einigen Produkten, z. B. Federn und Borsten, Bauxit, hat sich die Einfuhr aus Südosteuropa gegenüber 1933 so erhöht, daß sie bereits 1936 mehr als 50 v. H. der gesamtdeutschen Einfuhr beträgt. Die Einfuhr von nichtölhaltigen Sämereien hat sich von 37,3 v. H. im Jahre 1933 auf 45,8 v. H. im Jahre 1936 erhöht, die von Futtermitteln von 1,7 auf 43,8 v. H. In der gleichen Weise kann auch die Einfuhr von Getreide aus Südosteuropa, dem wichtigsten Exporterzeugnis fast aller südosteuropäischen Staaten, gesteigert werden. Dies zeigt bereits die Entwicklung der Einfuhr im 1. Halbjahr 1937. Wenn auch niemals eine 100 %ige Deckung des deutschen Einfuhrbedarfs in Südosteuropa erreicht werden kann, wie diese in anderen Großwirtschaftsräumen, z. B. in Amerika und Rußland fast vollständig erreicht werden könnte, so bedeutet die außenhandelspolitische Zusammenarbeit Deutschlands und Südosteuropas doch für beide Teile eine wirkungsvolle Ergänzung.

Da es sich bei Südosteuropa um ein Agrar- und Rohstoffgebiet handelt, wie es aus der deutschen Einfuhr aus Südosteuropa schon flüchtig zu erkennen ist, dessen wichtigste Erzeugnisse die Bodenprodukte in rohem oder erst wenig verarbeiteten Zustand sind, wird sich der notwendige Einfuhrbedarf Südosteuropas vor allem auf Halbfabrikate, Produktionsmittel und sonstige Fertigerzeugnisse erstrecken, die ihm Deutschland als hochentwickeltes Industrieland liefern kann. Die Übersicht auf Seite 68 zeigt, daß von der deutschen Ausfuhr nach Südosteuropa auf die Gruppe Fertigwaren ein Anteil von 90,8 v. H. entfällt, während dieser bei der gesamtdeutschen Ausfuhr 82,7 v. H. beträgt. In der Ausfuhr nach Südosteuropa spiegelt sich daher verstärkt die Struktur der deutschen Ausfuhr überhaupt wider.

Tatsächlich decken die Staaten Südosteuropas ihren Bedarf an hochwertigen Produktionsmitteln und sonstigen Fertigwaren in

---

155) Für 1936 nur Bettfedern.

156) Für 1936 nur Ölfrüchte für Ernährungs- und technische Zwecke.

157) Für 1936 nur Kleie.

158) Für 1936 Erdöle und Teer, roh, Kraftstoffe und Schmieröle.

159) Ohne Mineralphosphate und Zement, für 1936 ohne Rohstoffe für chemische Erzeugnisse. Bauxit nur für 1936 getrennt ausgewiesen, sonst muß es zu Steine und Erden hinzu gerechnet werden.

160) Umfaßt: Eisen-, Mangan-, Kupfer-, Blei-, Zink-, Chrom-, Nickel-, Schwefelkies und sonstige Erze und Metallaschen.

Deutschland. Hauptsächlich werden folgende Produkte von allen Staaten aus Deutschland bezogen: Eisenwaren, Maschinen und Apparate, elektrotechnische Artikel und Apparate, Kupferwaren, Automobile und Waggons, Papier- und Papierwaren, Textilien, Glas- und Porzellanerzeugnisse, chemische und pharmazeutische Artikel, Farben und Kohlen. Als Beispiel hierfür sei eine Zusammenstellung über die bulgarische Einfuhr aus Deutschland im Jahre 1936 angeführt.[161]).

Warengruppen	Gesamteinfuhr Mill. Lewa	in v.H. d. bulg. Gesamteinfuhr	Einf. aus Deutschland Mill. Lewa	in v.H.
Textilien	782,9	24,4	435,6	55,7
Metalle u. Erzeugn.	659,5	20,1	420,0	62,3
Maschinen	523,8	16,5	395,7	75,5
Waggons u. Lokomot.	251,2	7,9	185,5	73,8
Gerb- u. Farbstoffe	125,8	4,0	79,9	63,6
Chemikalien	111,4	3,5	86,1	77,3
Kautschuk, Harze	111,2	3,5	15,5	13,9
Felle u. Erzeugn.	103,6	3,4	81,9	79,1
Rohstoffe f. Papier	93,3	2,9	42,2	45,2
Pharmazeutika u. Medikamente	67,4	2,1	50,9	75,6
Steine, Glas u. Erzeugnisse	60,0	1,9	35,3	55,6
Pflanzliche Öle	59,0	1,9	21,0	36,8
Kautschuk, Hartgummi	44,5	1,4	31,3	70,3
Tabak u. Kolonialw.	41,4	1,3	33,5	80,9
Material f. Holzbearb.	33,2	1,0	18,4	55,4
Bücher	24,7	0,8	8,6	34,8
Bijouterie- u. Galanteriewaren	14,4	0,5	13,0	90,9
Düngemittel u. Abfälle	5,6	0,1	1,8	32,1
Parfüms äth. Öle u. aromatische Öle	4,0	0,1	2,0	50,0
Brennstoffe	3,2	0,1	3,2	100,0
Gesamt	3181,0	97,4	1940,0	—

[161]) Mitteilungen der Deutsch-Bulg. Handelskammer Berlin-Sofia, 1937, 12. Jg., Nr. 7—8, S. 9/10. Für die anderen Länder liegen ähnliche Statistiken nicht vor.

Da die südosteuropäischen Staaten vorwiegend die gleiche Wirtschaftsstruktur besitzen[162]) und sie daher mehr oder weniger die gleichen Produkte aus Deutschland beziehen, kann die bulgarische Einfuhr aus Deutschland als typisch für alle Länder angesehen werden.[163])

Am Schluß dieser Zusammenstellung heißt es: „Die ersten vier Gruppen — Textilien, Metalle, Maschinen und Eisenbahnwaggons — bilden 73,2 v. H. der gesamten bulgarischen Einfuhr aus Deutschland."[164])

Wir wollen nun die Wirtschaftsstruktur der südosteuropäischen Länder, von der wir auf Grund der Außenhandelsentwicklung bereits einen flüchtigen Überblick gewonnen haben, im einzelnen untersuchen, um uns daraus ein Urteil über die Entwicklungsmöglichkeiten des südosteuropäischen Außenhandels mit Deutschland bilden zu können.

2. Die Außenhandelsstruktur Südosteuropas — ein Ergebnis der Wirtschaftsstruktur.

Die Wirtschaftsstruktur eines Landes können wir zunächst schon ganz oberflächlich aus den Außenhandelsbeziehungen mit den einzelnen Ländern erkennen. Sie kommt in der Außenhandelsstruktur, d. h. in der Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr nach lebenden Tieren, Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigerzeugnissen, zum Ausdruck. Deshalb stellen wir an den Anfang unserer Betrachtung eine Übersicht über die Außenhandelsstruktur der südosteuropäischen Staaten in den Jahren 1929 und 1936.[165])

(Siehe Tabelle nächste Seite.)

---

[162]) Eine Ausnahme macht in gewisser Beziehung Ungarn, wie wir später noch sehen werden.

[163]) Wir sind uns dessen bewußt, daß der Anteil Deutschlands an der bulgarischen Einfuhr besonders hoch ist, dessen Stand Deutschland in keinem anderen Lande erreicht. Die Struktur der Einfuhr aus Deutschland ist aber in allen Ländern die gleiche.

[164]) Mitteilungen der Deutsch-Bulg. Handelskammer a. a. O. S. 10.

[165]) Das Jahr 1929 wurde gewählt, weil es das letzte Jahr vor dem Ausbruch der Krise darstellt. 1936, soweit Zahlen für die einzelnen Länder vorliegen.

Die Außenhandelsstruktur Südosteuropas in den Jahren 1929 und 1936.[166])

Einfuhr	Bulgarien				Griechenland				Jugoslavien			
	1929		1936		1929		1936		1929		1936	
	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.
Lebende Tiere	—	—	0,1	0,1	—	—	10,4	3,7	—	—	0.1	—
Lebensmittel, Getränke	20,1	7,9	3,7	3 8	263,3	38,0	78,3	28,2	64,5	11,5	13.9	6,2
Rohstoffe, Halbfabrikate	57,2	22.5	23,9	24,9	160.9	23,3	72,9	26,2	96,1	17,1	58,5	25,9
Fertigwaren	177,2	69,6	68,4	71,2	269,8	38,7	116,5	41,9	400,0	71,4	152,9	67,8
Insgesamt	254,5	100,0	96,1	100,0	694 0	100,0	278,1	100,0	560,6	100,0	225,4	100,0
Ausfuhr												
Lebende Tiere	6,8	3,4	2,6	2,2	—	—	—	—	64,8	11,1	37,3	15,1
Lebensmittel, Getränke	50.2	25,7	57,5	48,5	129,2	34,1	60,3	34,7	211.5	36,1	79,5	32,1
Rohstoffe, Halbfabrikate	125,2	64,1	55,0	46,4	241,9	63,9	107,4	61,9	259,3	44,2	117.8	47,5
Fertigwaren	13,5	6,8	3,4	2,9	7,4	2,0	5,9	3,4	.50,7	8,6	13,1	5,3
Insgesamt	195,7	100,0	118,5	100,0	378,5	100,0	173,6	100,0	586.3	100,0	247,7	100,0

(Fortsetzung)

Einfuhr	Rumänien				Türkei				Ungarn			
	1929		1935		1929		1936		1929		1936	
	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.	Mill. RM.	v.H.
Lebende Tiere	—	—	0,1	—	4,6	0,9	0,3	0,2	—	—	0,2	0,1
Lebensmittel, Getränke	65,1	8,8	17,8	6,6	93,7	18,1	9,3	5,0	58,5	7,4	21,9	11,2
Rohstoffe, Halbfabrikate	79,4	10,7	37,5	13,9	45,9	8,9	21,0	11,5	344,4	44,4	101,0	51,5
Fertigwaren	598,9	80,5	214,7	79,5	373,3	72,1	152,4	83,3	373,5	48,2	72,8	37,2
Insgesamt	743,4	100,0	270,1	100,0	517,5	100,0	183,0	100,0	772,4	100,0	195,9	100,0
Ausfuhr												
Lebende Tiere	50,0	6,9	23,6	5,6	9,9	3,3	6,8	2,9	116,8	15,0	28,4	12,4
Lebensmittel, Getränke	255 3	35.1	100.5	24,2	87,6	28,3	80,3	34,5	387,7	51,0	107,1	46,7
Rohstoffe Halbfabrikate	405,4	55,8	288,4	69,1	181,4	57,3	138,9	59,6	99,6	13,0	27,2	11,9
Fertigwaren	16,1	2,2	4,7	1,1	34,7	11,1	7,0	3,0	154,7	21,0	66,5	29,0
Insgesamt	726,8	100,0	417,2	100,0	313,6	100,0	233,0	100,0	758,8	100,0	229,2	100,0

[166]) Für 1929: aus Stat. Handb. der Weltwirtschaft und umgerechnet in RM. auf Grund des jährl. Goldvalutendurchschnittskurses der einzelnen Währungen.
Für 1936: nach Angaben und Berechnung des Stat. Reichsamtes, Berlin.

Wir schließen aus der Außenhandelsstruktur, daß es sich bei Südosteuropa um Länder handelt, deren „Wirtschaftsleben noch überwiegend auf der Landwirtschaft (Ackerbau und Viehzucht) und der Rohstoffgewinnung (Bergbau und Holz) aufbaut".[167]) Nur Ungarn nimmt unter allen Ländern, wie wir bei der Betrachtung der einzelnen Wirtschaftszweige noch zeigen werden, eine Sonderstellung ein. Die ungarische Volkswirtschaft befindet sich heute in einem Übergangsstadium von der Rohstoffwirtschaft Südosteuropas zur Industriewirtschaft Mittel- und Westeuropas. Ihre Wirtschaftsstruktur gleicht schon mehr der Österreichs und der Tschechoslowakei. Wir rechnen Ungarn aber hier zu Südosteuropa, weil es in der Außenhandelsentwicklung zwischen Deutschland und Südosteuropa diesen Staaten gleichzusetzen ist und die Struktur seiner Außenhandelsbeziehungen mit Deutschland mit der der südosteuropäischen Staaten übereinstimmt.

Auf die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte und die Gruppe Rohstoffe entfällt daher in Südosteuropa der größte Anteil der Ausfuhr. Er macht 1936 bei allen Staaten mit Ausnahme von Ungarn rund 95 v. H. aus, wenn bei Jugoslavien der hohe Anteil der Ausfuhr von lebenden Tieren hinzugerechnet wird.[168]) Diese Zahlen bestätigen also unsere Behauptung, die wir bereits bei der Untersuchung der Außenhandelsentwicklung zwischen Deutschland und Südosteuropa aufstellten, daß die Staaten Südosteuropas ausgesprochene Rohstofflieferanten sind, deren Bedeutung für den Export von industriellen Rohstoffen noch wächst, da die heimischen Bodenschätze bisher erst in geringem Maße ausgebeutet wurden. Ihre Ausnutzung wird aber nun infolge des Unabhängigkeitsstrebens und mit Rücksicht auf die Entwicklung der Absatzlage in den für Südosteuropa wichtigsten Exportstaaten, unter denen Deutschland an erster Stelle steht, mehr und mehr angestrebt. Sie wird zukünftig gewisse Produktionsumstellungen in den südosteuropäischen Ländern mit sich bringen. Die Rohstoffausfuhr ist bei den meisten Ländern — wiederum mit Ausnahme von Ungarn — wie unsere Übersicht zeigt, in den letzten Jahren absolut und prozentual gestiegen. Der hohen Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen steht eine ebenso hohe Einfuhr von Fertigwaren gegenüber. Auf sie entfällt der Hauptanteil der gesamten südosteuropäischen Einfuhr. Das beweist nochmals, daß der Charakter der südosteuropäischen Wirtschaftsstruktur rohstofforientiert ist.

---

[167]) Groß, a. a. O. S. 5.
[168]) Die Zahlen für Rumänien beziehen sich auf das Jahr 1935.

Die Industrie ist im allgemeinen erst wenig entwickelt. Die wichtigsten Industriezweige sind darunter die, die in dem Abbau der Bodenschätze und ihrer ersten Verarbeitung ihre Grundlagen finden. Das sind die Bergbauproduktion und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Bei der vorherrschend agrarischen Struktur Südosteuropas nimmt daher die Konsumgüterindustrie, wie wir noch zeigen werden, die erste Stelle in der industriellen Produktion ein. In den letzten Jahren hat die Industrialisierungstendenz verstärkt eingesetzt. Das spiegelt sich auch in der Zunahme der Rohstoffeinfuhr von 1929 bis 1936 in fast allen Ländern wider, wie sie aus unserer Übersicht ebenfalls hervorgeht.

Stand und Entwicklung der südosteuropäischen Wirtschaft sind nun in ihren Grundlagen, der Arbeit, dem Boden und der Technik, näher zu untersuchen.

a) Die Bevölkerung.

Auf einer Fläche von 1 631 663 qkm, die fast vier Mal so groß ist wie die des Deutschen Reiches (470 715 qkm), leben in Südosteuropa 69 175 024 Menschen.[169]). Diese Zahl ist ungefähr ebenso groß, wie die der deutschen Bevölkerung. Die Bevölkerungsdichte, die einen Anhaltspunkt für die Erschließung und Entwicklung der Wirtschaft gibt, liegt daher unter der des Deutschen Reiches. Dies geht aus der folgenden Übersicht, die die Bevölkerungsdichte der einzelnen südosteuropäischen Länder, verglichen mit der des Deutschen Reiches wiedergibt, hervor:[170])

Länder	Zeitpunkt der Volkszählung	Fläche in qkm[171])	Bevölk. in Mill.	auf 1 qkm kommen Einwohner
Deutsches Reich[172])	16. 6. 1933	470 715	66 029,0	140,27
Bulgarien	31. 12. 1934	103 146	6 090,2	59,04
Griechenland	16. 5. 1928	130 199	6 204,7	47,66
Jugoslavien	31. 3. 1931	247 542	13 934,0	56,29
Rumänien	29. 12. 1930	294 967	18 057,1	61,22
Türkei	20. 10. 1935	762 736	16 200,7	21,24
Ungarn	31. 12. 1930	93 073	8 688,3	93,35

[169]) Griechenland mit Athos; Türkei (Thrazien und Anatolien), Stat. Jahrb., 1936, S. 7+.

[170]) Stat. Jahrb. 1936, S. 7+.

[171]) In der Fläche sind alle Binnengewässer enthalten, siehe Fußnote 1, Stat. Jahrb. 1936, S. 7+.

[172]) Einschl. Saarland, siehe Fußnote 4, Stat. Jahrb. 1936, S. 7+.

Die Unterschiede in der Bevölkerungsdichte der einzelnen Länder sind bedeutend. Die weitaus dichteste Bevölkerung der südosteuropäischen Länder hat Ungarn aufzuweisen. Es zeigt sich hierin, daß Ungarn unter den Ländern Südosteuropas das am weitesten entwickelte Land ist.

Die Vermehrungskraft der südosteuropäischen Völker ist sehr groß. Sie haben alle einen hohen Geburtenüberschuß aufzuweisen, so daß die Bevölkerungsgröße „eine starke und dauernde Zunahme" erfährt. Die folgende Übersicht zeigt, daß die Zunahme wesentlich größer ist als die des Deutschen Reiches:[173])

Länder	Bevölkerung im Jahre 1920 in Mill.	Bevölkerung im Jahre 1930 in Mill.	Durchschnittl. jährl. Bevölkerungszunahme in v.H. 1910—1930	Geburtenüberschuß auf 1000 Einw. im Jahre 1930[174])
Deutsches Reich	59,9	66,0	0,54	6,5
Bulgarien	4,8	5,9	2,03[175])	11,6
Griechenland	5,5	6,2	—	15,1
Jugoslavien	12,0	13,9	1,47[175])	16,5
Rumänien	16,3	18,1	1,05[175])	15,4
Türkei	—	15,6[176])	—	—
Ungarn	7,9	8,7	0,66	9,9

Die natürliche Bevölkerungsvermehrung in Südosteuropa übertrifft also weit die des Deutschen Reiches. Der Hauptgrund für diese starke Bevölkerungszunahme ist darin zu sehen, daß die ländliche Bevölkerung in Südosteuropa den überwiegenden Anteil ausmacht. Ihr Wachstum ist größer als das der städtischen Bevölkerung. Für die Verteilung der ländlichen und städtischen Bevölkerung kann uns die Gliederung der Erwerbspersonen nach den Wirtschaftsabteilungen in den südosteuropäischen Staaten einen Anhaltspunkt geben.[177])

[173]) Die Tabelle ist zusammengestellt nach den Angaben im Stat. Jahrb. 1936, S. 17+, siehe auch Groß, a. a. O. S. 41/42.

[174]) Stat. Handb. der Weltwirtschaft, S. 53, 110, 157, 241, 302, 407. Für das Deutsche Reich Stat. Jahrb. 1936, S. 35.

[175]) 1920—1930, siehe Fußnote 5 Stat. Jahrb. 1936, S. 17+.

[176]) Stat. Handb. der Weltwirtschaft S. 407.

[177]) Stat. Jahrb. 1936, S. 35/38+; über die Vergleichbarkeit der Zahlen siehe Fußnote 1, S. 35+.

I. Grundzahlen in Tausend.

Land	Bulgarien	Griechenland	Jugoslawien[179])	Rumänien[178])	Türkei	Ungarn
Zählungsjahr	1926	1928	1931	1930	1927	1930
Land- u. Forstwirtschaft	2 464,4	1 475,6	10 649,9	8 244,5	4 368,0	2 031,8
Industrie und Bergbau	303,3	772,5	1 254,0	759,1	421,7	912,0
Handel und Verkehr	125,9	321,1	794,2	516,6	272,2	386,8
Wehrmacht	22,4	10,1	41,8		162,2	33,4
Sonst. öffentl. Dienste und freie Berufe	110,1	124,5	487,7	1 022,7	127,9	258,2
Häusl. u. pers. Dienste und Sonstige	19,2	41,7	738,5		—	205,4

II. Verhältniszahlen.

Land- u. Forstwirtschaft	80,9	53,7	76,0	78,2	81,6	53,1
Industrie und Bergbau	10,1	28,1	9,0	7,2	7,9	23,8
Handel und Verkehr	4,1	11,7	5,7	4,9	5,1	10,1
Wehrmacht	0,7	0,4	0,3		3,0	0,9
Sonst. öffentl. Dienste und freie Berufe	3,6	4,6	3,5	9,7	2,4	6,7
Häusl. u. pers. Dienste und Sonstige	0,6	1,5	5,3		—	5,4

Sie zeigt uns, daß die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen in Bulgarien, Jugoslavien, Rumänien und der Türkei mehr als dreiviertel der Gesamterwerbstätigen ausmachen. In Griechenland und Ungarn gehören zu ihnen über die Hälfte der Erwerbstätigen. Rechnen wir nun noch die mithelfenden Familienangehörigen, die nicht immer

[178]) Für Rumänien aus: Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest, 1936, Nr. 1/2, S. 30.

[179]) Für Jugoslavien sind die absoluten Zahlen errechnet aus den Prozentzahlen der Gliederung der Bevölkerung nach Berufszweigen, aus: „Die Wirtschaft Jugoslaviens", a. a. O. S. 9. Dadurch sind sie auch höher, als wenn sie auf die Gesamtzahl der Erwerbspersonen bezogen wären. Die Gliederung ist der Berufssystematik der deutschen Volkszählung von 1933 angepaßt.

erfaßt sind, die sonstigen Angehörigen und die auf dem Lande lebende Bevölkerung hinzu, so wird sich ihr Prozentsatz noch erhöhen.[180])

Aus der geringen Bevölkerungsdichte Südosteuropas könnte geschlossen werden, daß die Bevölkerung bei der großen Flächenausdehnung dieses Gebietes in dem landwirtschaftlichen Boden eine ausreichende Lebensgrundlage findet. „Mehr als in einem anderen Teil Europas ist in den südosteuropäischen Agrar- und Rohstoffstaaten der Boden die Lebensgrundlage der Bevölkerung. Darum kommt dem Verhältnis zwischen Bevölkerung und Boden im Südosten eine ausschlaggebende Bedeutung zu."[181]) Im Südosten ist nun das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem landwirtschaftlichen Boden viel ungünstiger als in dichter besiedelten Ländern Europas, sodaß von einer agrarischen Übervölkerung gesprochen werden kann. Dabei betrachten wir nach Hesse als einen Zustand der Übervölkerung, „wenn es an Gelegenheit fehlt, die Menschenkräfte zu beschäftigen und sich dadurch dauernde Erwerbslosigkeit herausstellt",[182]) oder nur eine unzureichende Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist.

Um die Tatsache der landwirtschaftlichen Übervölkerung erfassen zu können, ist es notwendig, die landwirtschaftliche Bevölkerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche gegenüberzustellen. Da die landwirtschaftlich genutzte Fläche für alle südosteuropäischen Länder nicht genau festzustellen ist, stellt Groß deshalb die landwirtschaftliche Bevölkerung, das sind die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen und deren Angehörige, dem Ackerland gegenüber.

Landwirtschaftliche Bevölkerung und Ackerland in Südosteuropa[183]).

Jahr	Land	Landwirtschaft treibende Bevölkerung und Angehörige	Ackerland im Zensusjahr in 1000 ha	v.H. der Ges.-Fläche	auf 100 ha Ackerland entfallen bäuerl. Personen
1926	Bulgarien	4 087 810[184])	3 417	33,1	119,6
1928	Griechenland	3 788 200[185])	1 393	11,0	272,0
1930/31	Jugoslavien	11 140 000[181])	7 076	28,5	157,4
1930	Rumänien	13 070 300[184])	12 857	43,6	99,6
1927	Türkei	9 145 008[184])	5 754	7,5	158,9
1930	Ungarn	4 499 814[184])	5 584	60,0	80,6

Wie aus dieser Übersicht hervorgeht, hat Ungarn wiederum das günstigste Verhältnis von landwirtschaftlicher Bevölkerung und

[180]) Die zahlenmäßige Erfassung der ländlichen Bevölkerung war nicht möglich, da hier für alle Länder vergleichbare Unterlagen fehlten.
[181]) Groß, a. a. O. S. 45.
[182]) Hesse I, a. a. O., S. 91.
Anmerkungen 183–185 siehe nächste Seite.

Ackerland aufzuweisen. Am ungünstigsten ist das Verhältnis bei Griechenland, der Türkei und Jugoslavien. Groß stellt aber hierzu fest, daß sich die Zahlen der auf 100 ha entfallenden bäuerlichen Personen etwas ermäßigen müßten, wenn die in Griechenland und der Türkei besonders entwickelten und verbreiteten Gartenkulturen mit berücksichtigt würden. Ebenso müßte berücksichtigt werden, daß in diesen drei Ländern Jugoslavien, Griechenland, Türkei „große Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung fast reine Viehzüchter sind",[184]) für die das Verhältnis zur gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche entscheidend ist. Vergleichen wir nun das Verhältnis zwischen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Ackerland in Südosteuropa mit dem gleichen Verhältnis in Deutschland, so sehen wir, daß es sich in Deutschland wesentlich günstiger darstellt. Im Jahre 1933 entfallen auf 20 471 450 ha Ackerland, das sind 43,7 v. H. der Gesamtfläche, 16 788 356 in der Landwirtschaft beschäftigte Personen einschließlich Angehörige.[187]) Auf 100 ha Ackerland entfallen also 78,2 bäuerliche Personen. Der Anteil des Ackerlandes an der Gesamtfläche in Deutschland ist ebenso hoch wie der Anteil in Rumänien. Die auf diese Fläche entfallende Zahl der bäuerlichen Personen ist aber um rund 20 niedriger als die in Rumänien.

---

[183]) Groß, a. a. O. S. 46. In unserer Tabelle ist die Spalte der landwirtschaftlichen Bevölkerung in v.H. der Gesamtbevölkerung und in v.H. der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen fortgelassen worden. „Die Vergleichbarkeit der Daten leidet, abgesehen von den Unterschieden beim Ackerland (mit oder ohne Brache), dadurch, daß in einem Falle (Anm. 181) die Familienangehörigen und sonstigen Unterhaltenen der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen zahlenmäßig absolut erfaßt sind, im anderen Falle (Anm. 185) dagegen ihre absolute Zahl von der Gesamtbevölkerung nur auf Grund des prozentualen Verhältnisses zwischen in der Landwirtschaft Erwerbstätigen und insgesamt Erwerbstätigen berechnet werden müßte. In diesem Zusammenhange interessiert in erster Linie die absolute Zahl der von und in der Landwirtschaft Lebenden, also der erstere Fall. Außerdem erschwert auch der zeitliche Unterschied zwischen den Zählungsjahren der einzelnen Länder die Vergleichbarkeit. Auch ist eine Berücksichtigung der Qualität der Ackerfläche nicht möglich." Fußnote 1, Groß, a. a. O. S. 46.

[184]) „Aktive und passive Bevölkerung zusammengenommen: auf Grund offizieller Ausweise (mit Ausnahme von Jugoslavien, dessen Zahl sich auf die ländliche Bevölkerung bezieht)", Groß, a. a. O., Fußnote 2, S. 46.

[185]) „Absolute Zahl berechnet auf Grund des prozentualen Anteiles der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen an den insgesamt Erwerbstätigen". Fußnote 3, Groß, a. a. O., S. 46.

[186]) Groß a. a. O. S. 47.

[187]) Stat. Jahrb. 1936, S. 85 u. S. 78. Die landwirtschaftliche Bevölkerung umfaßt: Die Gesamtzahl der in den Haushaltungen landwirtschaftlicher Betriebe über 0,5 ha lebenden Familienangehörigen einschließlich Betriebsinhaber und die vollbeschäftigten und nicht ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte.

Für die fast allen südosteuropäischen Ländern gemeinsame ungünstige Ausstattung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichem Boden gibt Groß folgende Gründe an:[188])

1. Auf die von der Landwirtschaft lebende Bevölkerung entfällt im Südosten ein viel größerer Prozentsatz der Gesamtbevölkerung als in den hochentwickelten Agrarländern Nordeuropas oder den Industrieländern Mitteleuropas.
2. Im Südosten handelt es sich mit Ausnahme von Ungarn um sehr gebirgige Gebiete, die meist nur eine primitive und extensive Bodenbearbeitung gestatten, so daß der Ertrag nicht sehr groß ist.
3. Der starken Bevölkerungsvermehrung steht eine verhältnismäßig gleichbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche gegenüber.

Der Bevölkerung können daher in diesem Zustand der wirtschaftlichen Entwicklung Südosteuropas nur völlig unzureichende Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben werden. Die Lösung der Bevölkerungsfrage bildet deshalb die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik in den südosteuropäischen Staaten. Als Möglichkeiten für ihre erfolgreiche Lösung kommen die Intensivierung der landwirtschaftlichen Bodennutzung und eine fortschreitende Industrialisierung der Staaten in Betracht. Wie weit die Bemühungen auf diesen Gebieten bereits vorhanden sind, werden die folgenden Ausführungen zeigen.

b) Die landwirtschaftliche Struktur.

In allen südosteuropäischen Ländern überwiegt die Bodennutzung in der extensiven Form des Getreidebaus. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sich der Maisbau in den letzten Jahren besonders ausgedehnt hat. Er nimmt in der landwirtschaftlichen Produktion Südosteuropas eine wichtige Stellung ein, da er sich vorzüglich als arbeitsintensivere Kultur für den Kleinbetrieb, der in der Größengliederung der Landwirtschaft des Südostens überwiegt, eignet. Er ist zu den Hackfrüchten zu rechnen und bildet außerdem ein wichtiges Futtermittel und billiges Nahrungsmittel.

Von der Ackerfläche entfallen 1934 auf die Anbaufläche von Getreide: (in v. H.)[189])

	Bulgarien	Griechenland	Jugoslavien	Rumänien	Türkei	Ungarn
Brotgetreide	39,3	45,6	30,8	25,6	50,6	39,0
Futtergetreide	28,1	31,0	46,6	55,8	33,9	32,6
Getreide insges.	67,4	76,6	77,4	81,4	84,5	71,6

[188]) Siehe hierzu Groß, a. a. O., S. 47/48
[189]) Stat. Jahrb. 1936, S. 41 ff.

Der Getreideanbau ist, wie wir sehen, in allen Ländern sehr ausgedehnt. Trotzdem sich die Absatzlage für Getreide — die südosteuropäischen Staaten sind, wie wir noch sehen werden, fast alle Getreideexportstaaten — seit der Weltwirtschaftskrise infolge der Reagrarisierungstendenz der Industrieländer verschlechtert hat, macht sich keine einheitliche Tendenz der Einschränkungen des Getreideanbaus in den südosteuropäischen Staaten bemerkbar, wie die folgende Übersicht zeigt:

Anbauflächen von Getreide in Südosteuropa.[190])
in 1000 ha

Getreideart	∅ 1929/33	1934	1935
Weizen	11 451	11 728	12 635
Roggen	1 812	1 777	1 823
Gerste	4 649	4 704	4 703
Hafer	2 006	1 868	1 892
Mais	9 621	10 147	10 030

Die Entwicklung verläuft dabei in den einzelnen Ländern verschieden. In Griechenland nehmen wir eine ständige Vergrößerung der Anbaufläche hauptsächlich in den Brotgetreidearten wahr. Dies hängt damit zusammen, daß die Bestrebungen Griechenlands zur Erweiterung der Nahrungsbasis sehr stark sind, da Griechenland den Bedarf aus der eigenen Erzeugung noch nicht vollkommen deckt. Es befindet sich hier im Gegensatz zu allen anderen südosteuropäischen Staaten, die Überschußgebiete für Getreide sind. Ebenso hat die Anbaufläche für sämtliche Getreidearten in der Türkei zugenommen. In Bulgarien geht die Getreideanbaufläche langsam zurück. Nachdem sie im Jahre 1936 noch weiter zurückgegangen ist, steigt sie 1937 aber wieder etwas an.[191]) In Jugoslavien hat die Anbaufläche von Weizen, Mais und Roggen dagegen in den letzten Jahren ständig etwas zugenommen. Ebenso hat sie sich für diese Produkte in Ungarn erhöht. In Rumänien steigt die Anbaufläche von Brotgetreide und Mais bis 1937 beständig an, dagegen nimmt sie bei Hafer und Gerste ab.[192]) So können wir also allgemein eine erneute Ausdehnung des Getreideanbaus seit der Besserung der Weltgetreidepreise in den letzten Jahren feststellen.

Der Ausdehnung der Anbauflächen entspricht nicht immer eine Ertragssteigerung, wie die folgende Übersicht zeigt. Das erklärt sich

[190]) Stat. Jahrb. 1936, S. 41 ff.

[191]) Mitteilungen der Deutsch-Bulg. Handelskammer Berlin-Sofia 1937, Nr. 10, S. 1.

[192]) Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest 1936, Nr. 3/4, S. 10, für 1937: Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer Berlin, Nr. 12—13, S. 16/17.

aus den großen Ernteschwankungen im Südostraum. Sie kommen in den Zahlen über die Hektarerträge deutlich zum Ausdruck.

Die Ernteerträge der Getreidearten.[193]

Getreideart	∅ 1929—1933 in 1000 dz	je ha	1934 in 1000 dz	je ha	1935 in 1000 dz	je ha
Weizen	117 510	10,3	101 975	8,9	114 505	9,7
Roggen	19 456	10,1	14 953	8,3	17 191	9,0
Gerste	50 703	11,1	38 101	9,0	37 016	9,4
Hafer	18 990	9,2	14 879	8,2	15 428	8,5
Mais	127 398	12,8	135 874	13,2	114 873	11,9

In unserer Übersicht werden sie bei der Zusammenfassung aller Länder sogar noch etwas ausgeglichen. Sehr klar kommen sie dagegen in der nächstfolgenden Übersicht zum Ausdruck, die die Hektarerträge für einzelne Länder und Getreidearten, verglichen mit den Hektarerträgen in Deutschland, zeigt:

Ertrag je ha.[194])

Jahr	Deutschland	Ungarn	Bulgarien	Jugoslavien	Rumänien
		Weizen.			
1931—35 ∅	21,7	13,1	11,4	10,2	8,4
1931	19,5	12,2	14,1	12,6	10,6
1932	21,9	11,4	10,4	7,5	5,3
1933	24,2	16,5	12,0	12,6	10,4
1934	20,6	11,5	8,6	9,2	6,8
1935	22,2	13,7	11,8	9,3	7,6
1936	21,2	14,2	14,1	13,2	10,2
		Mais.			
1931—35 ∅		16,8	12,7	15,6	10,9
1931		13,8	13,1	13,4	12,8
1932		20,7	11,9	19,0	12,5
1933		15,9	13,1	14,1	9,4
1934		18,7	11,5	19,4	9,7
1935		12,3	14,0	12,2	10,4
1936		22,7	14,7	19,2	10,7

Die starken Ernteschwankungen wirken sich naturgemäß auf das Wirtschaftsleben der Agrarstaaten sehr ungünstig aus, da die Kaufkraft der Bevölkerung und die Einnahmequellen der Staaten hierdurch ebenfalls starken Schwankungen unterworfen sind.

Die Hektarerträge sind in den südosteuropäischen Staaten wesentlich niedriger als z. B. in Deutschland. Der Grund hierfür ist die extensive Form der Bodennutzung in Südosteuropa.

[193]) Stat. Jahrb. 1936, S. 41 ff.

[194]) Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest, Jg. 1, Nr. 3/4, 1936, S. 11.

Bei dem hohen Anteil der Getreideanbaufläche in Südosteuropa kommt der Ausfuhr von Getreide im Verhältnis zur gesamten Ausfuhr eine große Bedeutung zu. Die Ausfuhranteile von Getreide schwanken z. B. bei den Ländern Bulgarien, Rumänien und Jugoslavien in den Jahren 1933—1936 zwischen 10 und 30 v. H.

Wollen die Staaten Südosteuropas das Bevölkerungsproblem aber lösen und die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, um damit die Intensität ihrer Wirtschaft zu verbessern, so wird es notwendig sein, von der extensiven Form des Getreideanbaus mehr und mehr zu arbeitsintensiveren Kulturen überzugehen. Diese Notwendigkeit wird sich für sie auch mit Rücksicht auf die Absatzlage auf dem Weltmarkt und damit ihrer eigenen Außenhandelssteigerung ergeben; denn der Außenhandel bildet innerhalb ihres Wirtschaftslebens einen wichtigen Faktor. Die Bestrebungen dazu sind in fast allen Ländern vorhanden und haben bereits Erfolge gezeitigt.

Als arbeitsintensivere Kulturen gelten vor allem die Industriepflanzen Zuckerrüben, Tabak, Hopfen, Flachs, Hanf, Baumwolle und ölhaltige Pflanzen. Ihre Anbauflächen und Produktion sind in den letzten Jahren wesentlich gesteigert worden.

Die Tabakproduktion ist in der Krise in allen Ländern zurückgegangen Seit 1934 macht sich aber wieder ein allgemeiner Aufstieg bemerkbar. Die wichtigsten Länder für den Tabakbau und die Tabakausfuhr sind Bulgarien, Griechenland, die Türkei und Jugoslavien. In Bulgarien beträgt der Anteil der Tabakausfuhr an der Gesamtausfuhr 1935 43,0 v. H.,[195]) in Griechenland 49,5 v. H.,[196]) in der Türkei im Jahre 1934 17,9 v. H.,[197]) in Jugoslavien 1935 allerdings nur 3,9 v. H., obgleich Jugoslavien in der Tabakproduktion der europäischen Staaten an siebenter Stelle steht.[198]) Die Tabakproduktion Ungarns und Rumäniens kommt für die Ausfuhr nicht in Betracht. Die Hopfenproduktion spielt bisher nur in Jugoslavien eine bedeutende Rolle. Sie ist von 8249 dz im Jahre 1932 auf 18915 dz im Jahre 1935 gestiegen.[199])

Der Anbau von Spinnfasern und Ölpflanzen ist seit der Krise ständig ausgedehnt worden und ihre Produktion ist bedeutend gestiegen. Die Steigerung der Produktion von Spinnfasern ist vor allem für die Versorgung der verhältnismäßig weit entwickelten Textil-

---

195) „Bulgarien", herausgegeben von den Bulgarischen Industrie- und Handelskammern 1937, S. 19.

196) Groß, a. a. O., Fußnote 2, S. 91.

197) Annuaire Statistique de la Turquie, Bd. 8, 1935/36, berechnet aus den absoluten Zahlen der Ausfuhr nach Hauptprodukten.

198) „Die Wirtschaft Jugoslaviens" a. a. O. S. 120 ff.

199) Ebenda, S. 124.

industrie in Südosteuropa von großer Bedeutung. Die Steigerung der Produktion von Ölpflanzen ist zum Teil bewußt mit Rücksicht auf den Einfuhrbedarf Deutschlands und anderer Industrieländer vorgenommen worden, wobei sich Deutschland von vornherein für die Abnahme der Produkte verpflichtet hat.

In Bulgarien beträgt die Anbaufläche für Industriepflanzen im Jahre 1936 5 v. H. des bebauten Bodens, dagegen machte sie vor einigen Jahrzehnten nicht einmal 0,5 v. H. aus.[200]) Die Produktion von Sonnenblumen steigt von 1932 bis 1935 von 612 387 dz auf 1 806 833 dz. Die Produktion von Raps steigt im gleichen Zeitraum von 7 936 dz auf 23 536 dz und beträgt im Jahre 1936 bereits 57 301 dz. Die Anbaufläche für Sojabohnen beträgt 1935 4 904 ha, im Jahre 1936 schon 11 537 ha. Die Produktion ist im gleichen Zeitraum von 53 006 dz auf 119 248 dz gestiegen.[200])[201]) Die Produktion von Baumwolle steigt von 13 021 dz im Jahre 1932 auf 293 331 dz im Jahre 1936. Die Produktion von Hanf beträgt 1932 16 895 dz und 1936 82 381 dz, die von Flachs in den gleichen Jahren 745 dz und 23 358 dz.[201])

In Jugoslavien steigt die Produktion von Raps von 1932 bis 1935 von 14 825 dz auf 101 320 dz, während die Produktion von Sonnenblumen zurückgegangen ist. Die Produktion von Sojabohnen steigt von 1934 bis 1935 von 7 269 dz auf 9 909 dz und bleibt damit noch weit hinter der Produktion Bulgariens zurück. Die Produktion von Hanf steigt von 1932 bis 1935 von 222 011 dz auf 396 436 dz, während die Produktion von Flachs etwas zurückgegangen ist. Sie beträgt 1932 114 755 dz und 1935 109 804 dz. Dies ist auf eine schlechtere Ernte zurückzuführen, da nämlich die Anbauflächen in der gleichen Zeit vergrößert wurden. Die Produktion von Baumwolle befindet sich in Jugoslavien noch im Anfangsstadium, sie beträgt 1932 3 919 dz und 1935 6 453 dz.[202])

In Rumänien hat sich die Anbaufläche für Industriepflanzen insgesamt von 315 000 ha im Jahre 1932 auf 493 000 ha im Jahre 1936 vergrößert. Die Produktion von Spinnfasern ist von 158 600 dz im Jahre 1932 auf 210 050 dz im Jahre 1936 gestiegen. Die Produktion spielt aber hier für die Ausfuhr noch kaum eine Rolle, dagegen werden ölhaltige Pflanzen und Samen schon lange in nennenswertem Umfange exportiert, und ihre Produktion wird weiter gesteigert.[203])

---

[200]) „Bulgarien" a. a. O. S 10.

[201]) „Bulgarien" a. a. O. S. 11 und Mitteilungen der Deutsch-Bulg. Handelskammer, Berlin-Sofia, 1937, Nr. 10, S. 2.

[202]) „Die Wirtschaft Jugoslaviens", a. a. O., S. 117 ff.

[203]) Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest, Jg. 1, Nr. 3—4, 1936, S. 9.

In der Türkei hat sich die Anbaufläche für Industriepflanzen von 4 558 ha im Jahre 1932 auf 7 809 ha im Jahre 1934 vergrößert. Ihre Produktion ist im gleichen Zeitraum von 92 860 dz auf 125 430 dz gestiegen. Hier spielen die Baumwollkulturen eine wichtige Rolle.[204])

In Griechenland hat die Anbaufläche für Industriepflanzen ebenfalls zugenommen. Sie beträgt 1933 151 517 ha und 1935 157 440 ha.[205]) Besonders entwickelt sind in Griechenland die Tabak- und Baumwollkulturen.

Die rasche Ausdehnung und starke Steigerung der Produktion für die meisten Pflanzenarten zeigen, welche Möglichkeiten für den intensiveren Pflanzenanbau in Südosteuropa bestehen. Bei dem zunehmenden Einfluß der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Landwirtschaft — staatliche Anbauprämien, Abnahmeverpflichtungen und Übernahmepreise — ist zu erwarten, daß die Intensivierung des Ackerbaus weiter zunehmen wird. Zudem eignet sich die Bevölkerung in besonderem Maße für die arbeitsintensiveren Kulturen. Wir folgern dies daraus, daß auch der Garten- und Gemüsebau, der eine sorgfältige Arbeit erfordert, hauptsächlich in Griechenland, der Türkei und Bulgarien weit verbreitet sind. Auch in Rumänien nehmen die Gartenkulturen zu. Die weitere Zunahme des Gartenbaues in Südosteuropa wird ebenfalls zur landwirtschaftlichen Ertragssteigerung beitragen. In Bulgarien z. B. wird der Garten- und Gemüsebau heute wesentlich gefördert durch die Errichtung einer leistungsfähigen Konservenindustrie. Die Verarbeitung der Gartenerzeugnisse in Konservenfabriken mindert das Risiko der leicht verderblichen Kulturen, so daß der Anbau für die Bauern lohnender wird.

Eine wichtige Aufgabe bei der Intensivierung der Landwirtschaft fällt auch der stärkeren Viehhaltung in Südosteuropa zu. Bei dem hohen Anteil, der in Südosteuropa auf Wiesen- und Weideflächen entfällt, ist sie heute noch als völlig unzureichend anzusehen. In Griechenland, Bulgarien und der Türkei wird sie hauptsächlich nur in der extensiven Form der Schafzucht betrieben. Zudem ist die Viehzucht nach dem Kriege in ganz Südosteuropa absolut stark zurückgegangen, da die Agrarreformen hier einen ungünstigen Einfluß auf die Viehhaltung ausüben. In den kleinen Bauernwirtschaften macht sich der Kapitalmangel besonders bemerkbar, so daß ihnen die Haltung und Aufzucht von wertvollen Zuchttieren unmöglich gewesen ist.[206]) Einen hohen Stand hat sie bisher nur in Ungarn er-

[204]) Annuaire Statistique de la Turquie. Bd. 8, 1935/36. S. 331.
[205]) Groß, a. a. O., S. 90/91, Fußnote 5.
[206]) Groß, a. a. O.

reicht. Die Ausfuhr von Vieh steht in Ungarn ihrer Bedeutung nach an erster Stelle.

c) Der Stand der Industrie.

Während der Weltwirtschaftskrise können sich die südosteuropäischen Staaten nicht allein auf eine Intensivierung ihrer Landwirtschaft beschränken, indem sie die Ausdehnung von Industriepflanzen im Verhältnis zum extensiven Getreideanbau beschleunigen. Sie suchen ebenfalls durch Beschleunigung ihres Industrialisierungsprozeßes — auch als Gegenmaßnahme zu der Reagrarisierungstendenz der alten Industrieländer — für die durch die Krise stark geschwächte Landwirtschaft einen Ausgleich innerhalb ihres gesamten Wirtschaftslebens zu schaffen. Wir sahen schon, wie rasch die industrielle Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit vorwärts getrieben worden ist.

So liegt auch schon in der Ausdehnung des Anbaues von Industriepflanzen z. B. Spinnfasern, eine Stützung der heimischen Industrie, da die industriellen Rohstoffe nunmehr im Inlande selbst beschafft werden können. Darüber hinaus wird der Abbau von mineralischen Rohstoffen und der Ausbau der Energiequellen gefördert.

In den Krisenjahren hält sich die Industrie Südosteuropas auf einem günstigen Stand. Während die industrielle Produktion der Welt (ohne Rußland) auf 65,1 v. H. und die Deutschlands sogar auf 58,7 v. H. im Jahre 1932 des Standes von 1928 sinkt, geht die industrielle Produktion Südosteuropas[207]) nur auf 87 v. H. im Jahre 1932 zurück. Nach der Krise steigt sie stetig an und erreicht im Jahre 1935 den Stand von 120 v. H. Gleichzeitig steigt die industrielle Weltproduktion (ohne Rußland) nur auf 89,9 v. H. und die Deutschlands auf 95,8 v. H.[208]) Südosteuropa hat damit die alten Industrieländer in der industriellen Aufwärtsbewegung bereits weit überholt.

Die Gründe für diese Entwicklung sind darin zu sehen, daß in Südosteuropa auf die Verbrauchsgüterindustrien der weitaus größte Teil der industriellen Produktion entfällt. Die Verbrauchsgüterindustrien erweisen sich aber krisenfester als die Produktionsmittelindustrien.[209]) Daher war auch „der Rückgang der Industrieerzeugung Südosteuropas in den Abschwungsjahren, wie auch ihr Anstieg im Jahre 1935 hauptsächlich durch die Entwicklung in Ungarn bedingt, wo der Industrialisierungsprozeß bereits fortgeschritten und die In-

[207]) Südosteuropa ohne Ungarn.
[208]) Nach den vom I. f. K. berechneten Indexziffern.
[209]) Siehe Vjh. des I. f. K. a. a. O., S. 187, Anm. 1.

dustriewirtschaft dementsprechend im Vergleich zu den übrigen Ländern konjunkturempfindlicher ist.[210])

Im einzelnen zeigt die folgende Übersicht die Entwicklung der gesamten Industrie im letzten Jahrzehnt nach der Zahl der Betriebe, der Zahl der Beschäftigten und dem Bruttoproduktionswert in den einzelnen Ländern Südosteuropas, aus der wir in den Ländern, für die vergleichende Zahlen vorliegen, seit 1933 eine deutliche Steigerung der Betriebs- und Beschäftigtenzahl und Produktionssumme wahrnehmen.[211])

Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten in 1000	Bruttoproduktionswert in Mill. d. Landeswährung
		Bulgarien	
1921	1 544	55,7	4 525
1933[212])	1 148	64,9[213])	5 930
1934	1 118	66,3	5 346
		Griechenland	
1921	—	—	1 077[214])
1933	37[215])	5,5[216])	8 216[214])
1935	113	—	10 175[214])
		Jugoslavien	
1936	2 976	374,2	14 517,5
		Rumänien	
1921	2 747[217])	157,0[218])	11 712
1933	3 487	184,8[218])	34 940.8
1935	—	—	42 320[219])
		Türkei	
1932	1 473	55,3	137,9
1933	1 397	64,9	154,3
		Ungarn	
1921	2 124	150	979
1933	3 352	192	1 763
1935	3 502	224	2 180

[210]) Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 188.

[211]) Für die Länder Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Ungarn, Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 191. Für Jugoslavien „Die Wirtschaft Jugoslaviens", S. 298, für die Türkei Groß, S. 196, a. a. O., Fußnote 5.

[212]) Ab 1932 nur staatl. unterstützte Industrien, siehe Vjh. d. I. f. K., a. a. O., Fußnote 1, S. 191. Das sind solche, die unter das Industrieförderungsgesetz fallen und zwar Betriebe mit Kraftmaschinen von mindestens 10 PS (Elektrizitätswerke 100 PS) mit einem Kapital von mehr als 20 000 Goldlewa und die mindestens 10 Arbeiter 6 Monate lang im Jahr beschäftigen, siehe hierzu Groß, a. a. O., S. 184, Fußnote 4.

[213]) Ab 1932 einschl. Bergbau, Vjh. d. I. f. K., a. a. O., Fußnote 2.

[214]) Ohne Erzeugung von Wein, Öl und Mehl, 1921 ohne Elektrizitätserzeugung. Vjh. d. I. f. K., a. a. O., Fußnote 7.

Anmerkungen 215–218 siehe nächste Seite.

Die Industrie Südosteuropas findet ihre Grundlagen in den reichlich vorkommenden Mineralien und den landwirtschaftlichen Urprodukten. Südosteuropa ist ein an Bodenschätzen reiches Gebiet. Dabei kommen den Energiestoffen für die Industrialisierung die größte Bedeutung zu.

Nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung[220]) werden die Kohlenvorkommen in Südosteuropa[221]) bei Steinkohle auf 336 Mill. to und bei Braunkohle auf 13 Mrd. to geschätzt. Die wichtigsten Lagerstätten sind im Besitz von Jugoslavien, Bulgarien und Rumänien. Griechenland ist sehr arm an Kohle. Es muß fast seinen ganzen Bedarf aus dem Ausland decken. In der Türkei sind ebenfalls reichliche Kohlevorkommen geschätzt worden. Rumänien ist das einzige Land, das über Petroleumquellen verfügt. Rumänien steht in der Weltproduktion von Erdöl nach den USA, Rußland und Venezuela an vierter Stelle.[222]) Auf die Petroleumproduktion entfällt weit über die Hälfte seiner gesamten Bergbauproduktion. Davon exportiert Rumänien regelmäßig etwa zwei Drittel. An der gesamtdeutschen Petroleumeinfuhr beträgt der Anteil Rumäniens 1935 22,6 v. H.[223])

Die wichtigsten Erze und Erden, die in Südosteuropa vorkommen, sind die Eisen-, Mangan-, Kupfer-, Chrom-, Bleierze, Antimon, Magnesit und Bauxit. Daneben befinden sich in der Türkei auch noch Vorkommen von Borazit und Quecksilber. Jugoslavien ist das an Erzen reichste Land in Südosteuropa. In der Förderung von Eisen-, Kupfer-, Chrom- und Bleierzen, Antimon steht es an erster Stelle. Ebenfalls ist die Gewinnung von Bauxit hier weit fortgeschritten.

Im Zusammenhang mit der Steigerung des Verbrauchs an Aluminium in Deutschland ist der deutsche Markt für die jugoslavische und die ungarische Bauxitproduktion bedeutungsvoll geworden. Deutschland nimmt beiden Ländern jährlich 80 bis 90 v. H. ihrer Erzeugung ab. In Ungarn befinden sich nur Erz- und Bauxitvorkommen. Die Eisenerzgewinnung ist hier für die schon gut entwickelte Eisen-

---

[215]) Nur größere, neuerrichtete Fabriken, ohne Elektrizitätswerke, Vjh. d. I. f. K. ,a. a. O., Fußnote 5.

[216]) Arbeiter in Bergwerken und Hütten (einschl. Steinbrüchen), Vjh. d. I. f. K., a. a. O., Fußnote 6.

[217]) Betriebe mit mehr als 5 PS oder mit mehr als 20 Arbeitern, Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 191, Fußnote 8.

[218]) Arbeiter und Angestellte Annuaire Statistique de la Roumanie, a. a. O., S. 236/37.

[219]) Vorläufig.

[220]) Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 184.

[221]) Ohne Türkei.

[222]) Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 185.

[223]) Stat. Jahrb. 1936, S. 238.

und Metallindustrie nur unzureichend, sodaß Ungarn noch auf die Einfuhr angewiesen ist. Griechenland besitzt Vorkommen in allen genannten Erzen, von denen die wichtigsten die Eisenerze sind. Jedoch bleibt es in der Gewinnung von Eisenerzen weit hinter Jugoslavien zurück. Die Erzvorkommen in Bulgarien sind noch ungenügend erforscht, jedoch sind schon größere Vorkommen von Blei-, Zink-, Chrom- und Manganerzen festgestellt worden. Ihre wirtschaftliche Erschließung kann aber bisher wegen des großen Kapitalmangels nicht vorgenommen werden. Rumänien hat ebenfalls reichliche Erzvorkommen. Die Türkei hat die verschiedensten Erzvorkommen, und die Produktionssteigerung im letzten Jahrzehnt läßt erkennen, daß hier noch lange nicht alle Möglichkeiten ausgenützt sind.[224])

Als wichtige Rohstoffvorkommen sind in Jugoslavien, Rumänien und Bulgarien noch die Holzvorkommen zu nennen, die hier die Grundlage für eine bereits gut ausgebaute Holzindustrie bilden.

Die südosteuropäischen Erze werden zum größten Teil ausgeführt. Nur in Ungarn werden sie in der heimischen Industrie weiterverarbeitet. Daher ist auch die Produktion von Eisen und Metallen in ganz Südosteuropa mit Ausnahme von Ungarn nicht bedeutend und steht in keinem Verhältnis zu den Erzvorkommen. Als Grund hierfür wird der in allen Ländern gleich hohe Kapitalmangel angesehen werden müssen. Neben Ungarn stehen Rumänien und Jugoslavien in der Eisen- und Stahlgewinnung an zweiter und dritter Stelle. Ungarns Eisen- und Stahlindustrie hat vor dem Kriege bereits eine große Bedeutung erlangt, und Ungarn ist neben Deutschland, Österreich und der Tschechoslovakei für die südosteuropäischen Staaten ein wichtiges Bezugsgebiet für Eisen- und Stahlerzeugnisse. In Jugoslavien sind gerade in den letzten Jahren neue Werke für die Eisen- und Stahlgewinnung errichtet worden. Jugoslavien besitzt heute fünf Eisen- und Stahlwerke, deren Kapazität zusammen ungefähr 215 bis 220 000 to Rohstahl jährlich beträgt. Die gesamte Rohstahlerzeugung ist von 1929 bis 1936 von 97 937 to auf 124 968 to gestiegen.[225]) Auch in der Türkei ist in diesem Jahre der Grundstein zum ersten Hüttenwerk gelegt worden.[226])

Die Struktur der Industriewirtschaft Südosteuropas können wir aus der Gliederung der in der Industrie beschäftigten Personen und

---

[224]) Für Südosteuropa ohne Türkei siehe hierzu Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 185, für die Türkei: siehe Annuaire Statistique de la Turquie Bd. 8, 1935/36 „Die Produktion der Bergbauindustrie". Siehe auch „Die Wirtschaft Jugoslaviens", a. a. O.

[225]) „Die Wirtschaft Jugoslaviens", a. a. O., S. 323.

[226]) Mitteilungen der Türkischen Handelskammer für Deutschland, Berlin 1937, Nr. 8.

der Verteilung des gesamten Bruttoproduktionswertes auf die einzelnen Industriezweige erkennen. Die folgende Übersicht zeigt diese Gliederung:

Industriezweige	Beschäftigte[227]) in 1000	in v.H.	Bruttoproduktionswert i. Mill. d. Landesw.	in v.H.
Jugoslavien 1936[228])				
Gesamt	374,2	100,0	14 517,5	100,0
Nahrungsmittelindustrie	48,1	12,9	4 451,0	30,7
Holzindustrie	62,4	16,7	1 693,0	11,6
Papierindustrie	13,4	3,6	178,0	1,2
Textilindustrie	83,9	22,4	2 230,0	15,4
Lederindustrie	25,3	6,8	1 020,0	7,0
Chem. Industrie	10,2	2,7	958,5	6,6
Metall- u. Masch.-Ind.[229])	47,2	12,6	3 060,0	21,1
Elektrizitätserzeugung	7,6	2,0	410,0	2,7
Ind. d. Steine u. Erden	24,4	6,5	425,0	2,9
Bauindustrie[230])	51,5	13,8	—	—
Glasindustrie	—	—	92,0	0,5
Rumänien 1933[231])				
Gesamt	184,8	100,0	34 940,8	100,0
Nahrungsmittelindustrie	28,3	15,3	9 329,3	26,7
Chem. Industrie	17,2	9,3	6 957,0	18,9
Metallindustrie	31,3	16,9	5 240,2	14,9
Textilindustrie	47,7	25,8	7 310,8	20,9
Holzindustrie	26,4	14,3	1 481,2	4,3
Lederindustrie	8,0	4,3	1 591,0	4,6
Papierindustrie	9,7	5,2	1 902,8	5,5
Baumaterialindustrie	10,7	5,8	914,1	2,6
Glasindustrie	4,3	2,4	438,5	1,3
Elektrotechn. Industrie	0,5	0,3	87,2	0,2
Keram. Industrie	0,7	0,4	48,7	0,1
Türkei 1933[232])				
Gesamt	64,9	100,0	154,3	100,0
Auf d. Landw. aufgeb. Ind.	19,1	29,4	91,4	59,2
Textilindustrie	16,5	25,4	20,9	13,6
Holzindustrie (jährl.)	6,3	9,7	5,6	3,6
Chemische Industrie	1,4	2,2	5,1	3,3
Metallindustrie	1,8	2,8	3,5	2,3
Bauunternehmungen	2,2	3,4	3,3	2,1
Papier- u. Pappenind.	1,6	2,5	2,3	1,5
Versch. Industrien	6,1	9,4	11,8	7,7
Bergbauunternehmungen	9,9	15,2	10,4	6,7

[227]) Nur Arbeiter.
[228]) „Die Wirtschaft Jugoslaviens", a. a. O., S. 298.
[229]) Einschl. Bergbau.
[230]) Hochbau-, Eisenbahn-, Straßen- und Wasseranlagenbauindustrie.
[231]) Annuaire Statistique de la Roumanie, Bukarest 1934 S. 236/37.
[232]) Groß, a. a. O., S. 196, Anmerkung 5.

Aus der in der Übersicht dargestellten Struktur der drei südosteuropäischen Staaten Jugoslavien, Rumänien und der Türkei erkennen wir, daß in allen diesen Ländern die Konsumgüterindustrie[233]) mehr als die Hälfte aller Arbeiter und Angestellten beschäftigt und auf sie ebenfalls mehr als die Hälfte des Produktionswertes entfällt. Nur bei Jugoslavien ist dieses Verhältnis nach der Zahl der Beschäftigten bereits etwas besser, doch liegt auch hier die Zahl der Beschäftigten in der Konsumgüterindustrie unter der der Produktionsgüterindustrie. In der Türkei ist das Verhältnis am schlechtesten. Nach der Zahl der Beschäftigten kommt hier auf die Konsumgüterindustrie mehr als 60 v. H. und nach dem Produktionswert mehr als 70 v. H. Wir finden also das Wesensmerkmal der jungen Industrieländer bestätigt, daß die Konsumgüterindustrie innerhalb ihrer Industriestruktur dominiert. Diese Feststellung gilt ebenfalls für die Länder Bulgarien, Griechenland und Ungarn. Der Produktionswert der gesamten geförderten Industrie[234]) beträgt 1933 in Bulgarien 221,2 Mill. Goldlewa,[235]) in Griechenland 1935 10,2 Mill. Drachmen,[236]) und in Ungarn 1935 2 175,9 Mill. Pengö.[237]) Der Produktionswert verteilt sich in v. H. auf die einzelnen Industriezweige wie folgt:

Industriezweig	Bulgarien[235])	Griechenland[236])	Ungarn[237])
Nahrungsmittelindustrie	32,1	15,5[238])	32,4
Tabakindustrie	11,4	2,0	—
Textilindustrie[239])	26,0	32,5	21,2
Chem. Industrie	7,6	16,2	9,2
Metallindustrie[240])	6,3	4,3	18,0
Keramische Industrie[241])	4,7	—	3,4
Baustoffindustrie	—	5,0	—
Elektr. Industrie	4,7	7,5	5,4
Lederindustrie	2,9	8,5	4,2
Holzindustrie	2,1	4,3	2,3
Papierindustrie	1,8	3,8	3,9
Hüttenindustrie	—	0,4	—

[233]) Zur Konsumgüterindustrie rechnen wir die Nahrungsmittel (einschl. Tabak), Textil-, Papier-, Leder-, Glas-, Keramische Industrie; die Baustoffindustrie nur zum Teil, zur Produktionsgüterindustrie: die Chemische, Metall- und Maschinen-, Holz-, Elektrische und Hütten-Industrie, die Baustoffindustrie zum Teil.

[234]) Zur geförderten Industrie gehören die unter das Industrieförderungsgesetz fallenden Unternehmungen. Siehe Groß, S. 184, Anm. 4 und oben S. 147.

[235]) Groß, a. a. O., S. 185.

[236]) Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 192.

[237]) Groß, a. a. O., S. 165, Anm. 4 u. S. 166.

[238]) Ohne Erzeugung von Wein, Öl und Weizenmehl.

[239]) Für Griechenland: einschl. Bekleidungsindustrie.

[240]) Für Griechenland: Maschinenindustrie.

[241]) Zur keramischen Industrie rechnen in Bulgarien die Glas-, Zement und Kalk-Industrie, Groß, a. a. O., S. 166.

In Bulgarien entfällt ebenfalls wie in der Türkei der höchste Anteil auf die Konsumgüterindustrie. Er macht über 70 v. H. aus. Bei Griechenland ist der Anteil ebenfalls sehr hoch, ungefähr 60 v. H. In Ungarn, wo der gesamte Produktionswert der Industrie wesentlich höher ist als in allen übrigen Ländern, beträgt der Anteil ebenfalls 60 v. H.

In der Konsumgüterindustrie nimmt die Nahrungsmittelindustrie nach dem Wert mit Ausnahme von Griechenland in allen Ländern die erste Stelle ein. Nach der Beschäftigtenzahl wird sie von der Textilindustrie, die arbeitsintensiver ist, übertroffen. In Griechenland steht dagegen die Textilindustrie an erster Stelle und die Nahrungsmittelindustrie erst an zweiter Stelle. Das erklärt sich aus der unzureichenden Nahrungsbasis Griechenlands, denn Griechenland ist noch in hohem Maße auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen.[242]) Die Textilindustrie steht sonst dicht hinter der Nahrungsmittelindustrie an zweiter Stelle und ihr folgen erst in weitem Abstand die Leder-, Papier-, Glas- und Keramische Industrie. Ihr Verhältnis ist in den einzelnen Ländern verschieden.

In der Produktionsgüterindustrie steht in Jugoslavien die Metall- und Maschinenindustrie an erster Stelle. Sie beschäftigt neben der Holz- und Bauindustrie auch die meisten Arbeiter. Wir hatten bereits bei der Betrachtung der Rohstoffgrundlagen darauf hingewiesen, daß die Verhüttung und die Verarbeitung der mineralischen Bodenschätze in Jugoslavien rasch fortschreitet. Ihr folgen in weitem Abstand die Holz- und Chemische Industrie. Die Holzindustrie beschäftigt nach der Textilindustrie die meisten Arbeiter.

In Rumänien steht in der Produktionsgüterindustrie infolge der gutausgebauten Erdölindustrie die Chemische Industrie an erster Stelle. „Die Erdölraffinerien besitzen unter allen rumänischen Unternehmungen das bei weitem größte investierte Kapital und liefern im Jahre 1933 10,9 v. H. des Gesamtproduktionswertes und 57,5 v. H. des Produktionswertes der Chemischen Industrie.[243]) Ihr folgt dicht danach die Metallindustrie, die mehr Arbeiter beschäftigt als die Chemische Industrie. Es folgen die Holzindustrie, die bei dem Waldreichtum Rumäniens ebenfalls größere Bedeutung besitzt, die Baumaterialien- und die Elektrotechnische Industrie. In der Türkei hat die gesamte Produktionsgüterindustrie noch keine wesentliche Bedeutung erlangt. An erster Stelle stehen die Bergbauunternehmungen, es folgen die Holz-, Chemische und Metallindustrie. In Bulgarien und

[242]) Siehe Tabelle S. 74/75.
[243]) Groß, a. a. O., S. 175.

Griechenland verhält es sich ebenso. Hier steht die Chemische Industrie an erster Stelle. In Ungarn ist die Metallindustrie bereits sehr weit entwickelt, sie steht daher auch an erster Stelle. Ihr folgen in weiterem Abstand die Chemische und Elektrotechnische Industrie.

Die günstige Entwicklung der Industriewirtschaft Südosteuropas hat zur Steigerung des industriell gewonnenen Volkseinkommens geführt. Wenn auch alle Zahlen über das Volkseinkommen als problematisch anzusehen sind, so zeigt sich darin in gewisser Beziehung die wachsende Bedeutung der Industrie für die Volkswirtschaft. In Ungarn ist das industrielle Volkseinkommen von 27,3 v. H. im Jahre 1924/25 auf 33,9 v. H. im Jahre 1934/35 gestiegen und liegt damit heute bereits über dem Anteil des landwirtschaftlichen Volkseinkommens, das 1934/35 nur 31,5 v. H. beträgt. In Bulgarien, in dem die Industrialisierung noch am langsamsten fortschreitet, ist das industrielle Volkseinkommen von 17,6 v. H. im Jahre 1929 auf 25,2 v. H. im Jahre 1932 gestiegen.[244])

Zusammenfassend können wir feststellen, daß die Industrialisierung Südosteuropas im Verhältnis zu ihrer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gute Fortschritte gemacht hat. Es fehlt in Südosteuropa mit Ausnahme von Ungarn noch eine gut ausgebaute Produktionsmittelindustrie, die den Möglichkeiten der Ausnutzung der reichen Bodenschätze entspricht. Daß diese Möglichkeiten vorhanden sind, zeigt der rasche Aufstieg der verschiedenen Industriezweige vor allem in Jugoslavien und Ungarn in den letzten Jahren. Zum weiteren Ausbau der Produktionsmittelindustrie wird aber ausländische Kapitalhilfe in Form von Anleihen oder Warenkrediten für die Anschaffung von Produktionsmitteln notwendig sein.

3. Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Außenhandels mit Südosteuropa.

Um das Problem der Übervölkerung in Südosteuropa, das sich aus der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur ergibt, lösen zu können, muß es die Hauptaufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik sein, der Bevölkerung bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und ihre Kaufkraft zu erhöhen. Dies wird durch eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft und eine fortschreitende Industrialisierung möglich sein.

In der Agrar- wie in der Industriewirtschaft Südosteuropas liegen gleichermaßen noch ungeheuere, unausgenützte Reserven. In der

---

[244]) Vjh. d. I. f. K., a. a. O., S. 193.

Agrarwirtschaft erkennen wir das einmal aus der starken Steigerung der Produktion der arbeitsintensiven Pflanzenkulturen, die in wenigen Jahren erzielt wurde.[245]) Aus dem Vergleich der ha-Erträge in Deutschland und in den Staaten Südosteuropas, den wir bereits oben[246]) brachten, erkennen wir ebenfalls, welche Reserven in Südosteuropa vorhanden sind, wenn die Landwirtschaft auf einen annähernd gleich hohen Stand wie in Deutschland gebracht wird. Ihre Mobilisierung wird ohne erheblichen Geldaufwand zu erreichen sein, da hier mit der in West- und Mitteleuropa üblichen Landbautechnik — Verwendung von mechanischen Ackerbaugeräten und künstlichem Dünger[247]) — ohne kostspielige Investitionen noch erhebliche Produktionssteigerungen möglich sind. Mit der weiteren Intensivierung der Landwirtschaft werden sich auch die starken Ernteschwankungen in Südosteuropa herabsetzen lassen, sodaß dadurch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung stabiler gestaltet wird. Einen Anhaltspunkt über die vorhandenen Intensivierungsmöglichkeiten im industriellen Sektor durch die stärkere Ausbeute und Produktion von Rohstoffen und Fertigerzeugnissen erhalten wir auch aus den bisher erzielten Erfolgen, die wir vor allem in dem rohstoffreichsten Land Südosteuropas, in Jugoslavien, feststellen konnten.[248])

Eine fortschreitende Industrialisierung wird die Beschäftigungsmöglichkeiten der bisher in der Landwirtschaft nicht unterkommenden oder nur unzureichend beschäftigten Bevölkerung verbessern und die Kaufkraft der Gesamtbevölkerung erhöhen. Dadurch wird es den Volkswirtschaften möglich sein, in höherem Maße an das Ausland zu liefern und vom Ausland zu kaufen. Das gesamte Außenhandelsvolumen wird sich damit erhöhen, wovon wiederum günstige Wirkungen auf die Kaufkraftentwicklung zu erwarten sind. Tatsächlich sind die Bestrebungen zur Steigerung der Industrialisierung in allen Staaten sehr groß. In Rumänien und Jugoslavien ist hauptsächlich der Ausbau der Hüttenindustrie geplant. In Bulgarien ist die Industrialisierung durch das Industriegesetz von 1936 vorläufig gestoppt worden. Die nichtbodenständigen Industrien erhalten hier keine Förderung mehr. Ebenso wird gegen die Übersättigung einzelner Industriezweige eingeschritten, indem für diese Industriezweige die Errichtung neuer Anlagen verboten wird. In Griechenland dient der Zehnjahresplan in erster Linie der Erweiterung der Nahrungs- und Rohstoffbasis. In der Türkei be-

[245]) Vgl. S. 86.
[246]) Siehe S. 84.
[247]) Siehe auch Schmölders-Vogel, a. a. O. S. 114.
[248]) Siehe S. 91.

zweckt der industrielle Fünfjahresplan von 1934 den Ausbau der Textilindustrie, der Montanindustrie, der Papier- und Zellstoffindustrie, der Glas- und Keramischen Industrie und der Chemischen Industrie.

Infolge der Belebung des Außenhandels und Erhöhung seines Volumens sind in den letzten Jahren besonders die Preise der landwirtschaftlichen und mineralischen Erzeugnisse — Getreide, tierische Erzeugnisse, Obst, Futtermittel, Holz — Südosteuropas gebessert worden, sodaß sich die Kaufkraft der Bevölkerung bereits erhöhen konnte. Zur Erholung des gesamten Wirtschaftslebens hat weiterhin die reiche Ernte des Jahres 1936 beigetragen, wodurch vor allem die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung gestiegen ist. So ist z. B. in Rumänien der tiefste Stand des Kaufkraftindex der Bauern im Jahre 1935 erreicht. Er beträgt 1935 54,7 v. H. des Standes von 1929 und ist im Jahre 1936 auf 65 v. H. gestiegen.[249])

Die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage seit der Krise setzt in den einzelnen Ländern unterschiedlich ein. In Griechenland beginnt sie bereits 1932 mit der Drachmenabwertung, in Jugoslavien und Ungarn 1933, in Bulgarien aber erst 1934. Die rumänische Wirtschaftslage beharrt am längsten im Krisentief und erfährt erst 1935 eine neue Belebung. Diese Entwicklung ist in allen Ländern in erster Linie durch die Außenhandelsentwicklung bedingt, die durchschnittlich erst seit 1934 eine Belebung erfährt.

Deutschland als der wichtigste Handelspartner Südosteuropas wird deshalb mit der Steigerung des gesamten Außenhandelsvolumens seinen Handelsverkehr mit Südosteuropa auch absolut erhöhen können. Zahlenmäßig läßt sich eine mögliche Steigerung nicht angeben, jedoch ist sie auf Grund der aufgezeigten Intensivierungsmöglicheiten und der etwaigen Mobilisierung der Reserven in der südosteuropäischen Wirtschaft zu erwarten. Allerdings kann im Wirtschaftsraum Südosteuropa — Deutschland, wie wir schon ausgeführt haben, eine vollständige Unabhängigkeit nicht erreicht werden, wenn das oberste Ziel auch immer eine weitgehende Selbstversorgung bleiben muß. Als notwendige Voraussetzung für die Großraumwirtschaft kann sie jedoch in dieser strengen Form nicht angesehen werden. Wenn Deutschland in den letzten Jahren bei seinem Handelsverkehr mit Südosteuropa eine weitere Passivierung seiner Handelsbilanz in Kauf nahm, so tat es das nur, weil es sich dessen bewußt ist, daß erst durch eine Steigerung des Handelsvolumens der

[249]) Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest 1936, Jg. 1, Nr. 3/4, S. 23.

südosteuropäischen Staaten die Voraussetzung zu einer weiteren Steigerung seines Außenhandels mit diesen Staaten geschaffen wird.

Südosteuropa wird bei der Intensivierung seiner Wirtschaftsstruktur noch mannigfaltige Hemmungen zu überwinden haben. Die größten Hemmungen entstehen durch die geringe Ausstattung der südosteuropäischen Volkswirtschaften mit Kapital. Südosteuropa wird deshalb bei der Intensivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung auf ausländische Kapitalhilfe nicht verzichten können. Diese wird aber bei der ungünstigen Gestaltung der Zahlungsbilanzen schwer zu erreichen sein. Da es in Südosteuropa in erster Linie noch an einer leistungsfähigen Produktionsmittelindustrie fehlt, kommt gerade deshalb Deutschland als Lieferant von hochwertigen Maschinen und Industrieanlagen eine besondere Bedeutung zu, sodaß Deutschland hier auch in Zukunft eine Schlüsselstellung einnehmen wird. Die notwendigen Produktionsmittel kann Deutschland Südosteuropa als Warenkredite zur Verfügung stellen, die dann später aus den Überschüssen der damit erzielten Ertragssteigerung zurückbezahlt werden, weil für sie Deutschland das wichtigste Absatzgebiet darstellt.

Eine gewisse Erschwerung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Südosteuropa, die wir nicht unberücksichtigt lassen wollen, kann durch die Regelung des Zahlungsverkehrs und von Zeit zu Zeit auftretenden Zahlungsschwierigkeiten eintreten. Sie sind zum großen Teil in den saisonmäßigen Lieferungen und Bezügen Südosteuropas bedingt. Sie lassen sich aber umso eher beseitigen, je mehr der Außenhandel auf der bewußten gegenseitigen Zusammengehörigkeit der Volkswirtschaften aufbaut. Die Regierungsausschüsse der Länder sind hier ein wichtiges Mittel, um die auftretenden Schwierigkeiten in kurzen Zeiträumen zu prüfen und zu beseitigen.

Auch beobachten wir im letzten Jahr trotz der Erfolge des Clearings in den südosteuropäischen Staaten eine Zunahme des Bestrebens für die Bezahlung in Devisen. Die Gründe dafür sind darin zu sehen, daß sie die Devisen zum Saldenausgleich ihrer Handelsbilanz, zur Notendeckung und Währungsreserve oder auch zur Bezahlung von Zinsen und Amortisationsbeträgen ihrer Schulden nötig haben. Diese Bestrebungen haben heute deshalb zugenommen, weil mit der Besserung der Weltkonjunktur die Nachfrage nach Rohstoffen entscheidend geworden ist. Der heute in der ganzen Welt herrschende „Rohstoffhunger" gestattet ihnen den Absatz ihrer Produkte zu jeder Zeit. Hier müssen wir aber entgegenhalten, daß bei einer Politik, die auf dem Gegenseitigkeitsprinzip aufbaut und aufgebaut wurde, auch die Länder bevorzugt werden müssen, die ihnen

in der Krise geholfen haben und denen sie in erster Linie die Besserung ihrer Wirtschaftslage zu verdanken haben. Dieses Gegenseitigkeitsprinzip hat sich bereits bei Deutschland und Südosteuropa soweit durchgesetzt, sodaß bei der Regelung der handelspolitischen Schwierigkeiten immer die beiderseitigen Ansprüche berücksichtigt worden sind. Im deutsch-südosteuropäischen Handelsverkehr sind daher weder die Einfuhr noch die Ausfuhr irgendwelchen Beschränkungen unterworfen worden.

Währungsparitäten.

Bulgarien: 100 Lewa = 3,03 Reichsmark
Griechenland: 100 Drachmen = 5,45 Reichsmark
Jugoslawien: 100 Dinar = 81,00 Reichsmark
Rumänien: 100 Lei = 2,51 Reichsmark
Türkei: 1 Ltq = 18,46 Reichsmark
Ungarn: 100 Pengö = 73,42 Reichsmark

Literatur.

Andresen, K.: Die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen und das Problem ihrer engeren Ausgestaltung. Hamburger Wirtschafts- und Soz.Wiss. Schriften H. 33, Rostock 1933.

Brinkmann, Karl: Imperialismus als Wirtschaftspolitik, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege, Bd. I, München-Leipzig, 1925.

— Gruppenautarkie und Freihandel im südosteuropäischen Raum, in: Weltw. Arch. Bd. 36, 1932.

Daitz, Werner: Donaueuropa. Heft 2, 2. Jg., 1933.

Dietrich, O.: Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich, München 1936.

Eulenburg, F.: Großraumwirtschaft und Autarkie, Kieler Vorträge, Jena 1932.

Fleßner, V.: Der Außenhandel im neuen Deutschland. N.S.-Bibliothek, München 1935.

Foltyn, A.: Die Entwicklung des Wirtschaftsimperialismus in der britischen Handelspolitik. Diss. Breslau 1934.

Forstmann, A.: Kampf um den internationalen Handel, Berlin 1935.

Fried, F. I: Das Ende des Kapitalismus. Jena 1931.

Fried, F. II: Die Zukunft des Außenhandels. Jena 1934.

Gaedicke, H. und v. Eynern, S.: Die produktionswirtschaftliche Integration Europas, I, Berlin 1933.

Grävell, W.: Ausfuhr ist Not! Stuttgart 1934.

— Deutscher Großwirtschaftsraum, in: Dt. Wirtschaftsztg. X, 1934.

Greiff, W.: Die neuen Methoden der Handelspolitik. Berlin 1934.

Groß, H. I: Südosteuropa als Problem der Handelspolitik, in: Wirtschaftsdienst 1932, Nr. 11.

Groß, H. II: Südosteuropa, Bau und Entwicklung der Wirtschaft, Leipzig 1937.

Grotkopp, W.: Europäische Zollunion als Weg aus deutscher Wirtschaftsnot. Berlin 1931.

Gürge, W. und Grotkopp, W.: Großraumwirtschaft, Der Weg zur europäischen Einheit. Berlin 1931.

Haberler, G. I: Der internationale Handel, Berlin 1933.

Haberler, G. II: Liberale und planwirtschaftliche Handelspolitik, Berlin 1934.

Hadries, K. H.: Die Auslandsverschuldung im Donau- und Balkanraum, in: Wirtschaftsring 1937, Nr. 10, 11, 12, 13, 14.

Hantos, E. I: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Berlin 1933

Hantos, E. II: Die Neuordnung des Donauraums. Berlin 1935.

Hesse, A. I: Deutsches Wirtschaftsleben. Jena 1935.

Hesse, A. II: Volkswirtschaftslehre. Jena 1936.
Hesse, A. III: Volkswirtschaftspolitik. Jena 1937.
Hummel, Hans: Südosteuropa und das Erbe der Donaumonarchie. Schriftenreiche Macht und Erde, Leipzig-Berlin 1937.
Ischboldin, B. I: Das Problem des wirtschaftlichen regionalen Zusammenschlusses der innereuropäischen Staatenwelt und seine Bedeutung für Deutschland, in: Weltw. Arch. Bd. 35 (I) 1932.
Ischboldin, B. II: Die neue Außenhandelspolitik des französischen Imperiums, in: Weltw. Arch. Bd. 41, (I) 1935.
Ischboldin, B. III: Donaueuropa und die mitteleuropäische Zukunft. Ein Beitrag zum Problem der Großraumwirtschaft. Jahrb. f. Nationalökonomie und Stat. Bd. 145, Heft 6, 1937.
Krainz, Otmar: Hexenkessel Donauraum. Görlitz 1936.
Krüger, K.: Deutsche Großraumwirtschaft. Hamburg 1932.
Lamer, M.: Weltwirtschaftliche Verflechtung Südslaviens, Diss. Leipzig-Zagreb, 1933.
— Strukturwandlungen der jugoslavischen Volkswirtschaft, in: Weltwirtschafts-Archiv Bd. 41 (I) 1935.
Laum, B.: Die geschlossene Wirtschaft. Tübingen 1933.
Leibrock, O.: Weltwirtschaft oder Großwirtschaftsraum? Leipzig 1933.
Lenz, A.: Der Wirtschaftskampf der Völker und seine internationale Regelung. Stuttgart 1920.
Ludewig, M.: Die Entwicklung des bulgarischen Güteraustausches nach dem Kriege. Diss. Leipzig 1933.
Mackenroth, G.: Neue Formen der Weltwirtschaft, in: Weltw. Arch. Bd. 41, (I) 1935.
Mackenroth, G. und Krebs, F.: Die Wirtschaftsverflechtung des britischen Weltreichs. Berlin 1935.
Posse, E.: Möglichkeiten der Großraumwirtschaft, in: Die nationale Wirtschaft Nr. 8, Jg. 2, 1934.
Predöhl, Andreas: Die Beziehungen zwischen Währungs- und Handelspolitik, in: Zeitschr. f. d. ges. Stw. Bd. 97, 1, Tübingen 1936.
Reuter, Franz: „Schacht", Stuttgart-Berlin 1937.
Respondek, E.: Grundzüge europäischer Handelspolitik zwischen den beiden Weltwirtschaftskonferenzen. Berlin 1933.
Riedl, R.: Innereuropäische Handelspolitik, in: Weltw. Arch. Bd. 39 (I) 1934.
Sartorius von Waltershausen, S.: Die Umgestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaft. Jena 1935.
Schacher, G.: Frankreichs Anlehepolitik im Südosten, in: Die Bank 1932.
Schlie, Hans: Die britische Handelspolitik seit Ottawa und ihre weltwirtschaftlichen Auswirkungen. Schriftenreihe: Probleme d. Weltwirtschaft, Hg. Predöhl, Jena 1937.
Schmölders, G.: Vierjahresplan und Raumordnung, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 1937, Nr. 17.
Schmölders, G. und Vogel, W.: Wirtschaft und Raum, Hamburg 1937.
Schreiber, M.: Grundzüge einer nationalorganischen Außenhandelspolitik. Jena 1935.
v. Schulze-Gaevernitz, G.: Amerikas Überimperialismus, in: Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. München-Leipzig 1925.
Seraphim, P. H.: Die Handelspolitik Polens. Berlin 1935. Schriften d. Inst. f. osteur. Wirtschaft.

Sering, M.: Die Weltkrise und die Neuordnung Europas. Tribute, Abrüstung, Donauraum. Berlin 1932.
Sombart, W.: Die Zukunft der Weltwirtschaft, in: Ständisches Leben Nr. 6, 1932.
Spann, Ottmar: Imperialismus. HdStW, 5. Bd., 4. Aufl. Jena 1923.
Stadtmüller, G.: Der deutsche Kultureinfluß und die Geschichte der südosteuropäischen Völker, in: Schlesische Monatshefte, Nr. 7, 1936.
Wagemann, E. I: Zwischenbilanz der Krisenpolitik. Berlin 1935.
Wagemann, E. II: Wirtschaftspolitische Strategie. Hamburg 1937.
Weber, Adolf: Wirtschaftspolitik II. München 1933.
Wirsing, G.: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1932.
Wiskemann, E.: Mitteleuropa — eine deutsche Aufgabe. Berlin 1933.

Reden:

Daitz, W.: Vortrag in Budapest vor Vertretern der ungarischen Wirtschaft, in: Die deutsche Volkswirtschaft 1933, Nr. 6.
— Völkische Haltung der Wirtschaft. Berlin 7. 5. 1935.
Hitler, A. I: Die Reden Hitlers als Kanzler, München 1934.
Hitler, A. II: Reden auf dem Reichsparteitag der Ehre 1936. München 1936.
Ribbentrop: Auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1937.
Schacht: Notwendigkeiten der deutschen Außenwirtschaft. Vortrag Leipziger Herbstmesse, 26. 8. 1934.
— Das internationale Schulden- und Kreditproblem. Eilsener Vortrag, 30. 8. 34.
— Außenhandelsfragen. Weimarer Rede, 29. 9. 1934.

Zeitschriften:

Die deutsche Volkswirtschaft: 1937 Nr. 17, 18. 1933 Nr. 6.
Internationale Wirtschaft: 1937 Nr. 7/8.
Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung: 1936 Teil A, H. 2, Jg. 11.
Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung: 1936 Nr. 19.
Wirtschaftsdienst: 1937 Nr. 1, 2, 7, 10, 14, 15, 19, 27, 29, 31, 35, 41, 42, 43. 1936 Nr. 51.
Wirtschaft und Statistik: 1934 H. 5, Die deutsche Auslandsverschuldung. 1923 H. 20, Die staatliche Umgestaltung Europas.
Berichte der Reichskreditgesellschaft: 1. Halbj. 1937. Berlin: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung. April 1937, „Bulgarien". September 1936, „Ungarn". Mai 1936, „Rumänien".
Monatl. Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands: 1937, Juli-Heft. 1936, Ergänzungsheft I, „Der deutsche Außenhandel nach Erdteilen und Ländern". 1936, Juli-Dezember-Heft. 1933, Ergänzungsheft I. 1929, Ergänzungsheft I.
Stat. Handb. d. Weltwirtschaft: 1936, hg. v. Stat. Reichsamt Berlin 1936.
Stat. Jahrb. f. d. Deutsche Reich: 1936, Jg. 55.
Berliner Börsenzeitung.
Berliner Tageblatt.

Ausländische Quellen:

Bulgarien:

„Bulgarien" hg. von den Bulg. Industrie- und Handelskammern, Sofia 1937.

Bulletin mensuel der bulgarischen Generaldirektion für Statistik 1937, Nr. 2. Sofia.

Mitteilungen der deutsch-bulgarischen Handelskammer, Berlin, Sofia, Jg. 12, 1937.

Jugoslavien:

„Die Wirtschaft Jugoslaviens", Veröffentlichung des Instituts zur Förderung des Außenhandels beim Ministerium f. Handel u. Industrie in Belgrad. Belgrad 1937.

Mitteilungen der Deutschen Handelskammer für Jugoslavien, Bln. 1937, Jg. 1.

Rumänien:

Annuaire Statistique de la Roumanie, Bukarest 1934.

Bulletin der Banque National Roumain, Bukarest 1935, Nr. 2, 1936, Nr. 2, 1937, Nr. 2 und 8.

Conjunctura Economiei Romanesti, Bukarest 1936, Nr. 1—2 und Nr. 3—4, 1937, Nr. 1.

Rumänischer Wirtschaftsspiegel, Jg. 2, 1937, Halbmonatsschrift, hg. vom Bukarester Tagblatt.

Türkei:

Annuaire Statistique de la Turquie, Istanbul Bd. 8, 1935/36.

Mitteilungen der Türkischen Handelskammer für Deutschland. Berlin, 1937, Jg. 10.

Ungarn:

Ungarisches Wirtschaftsjahrbuch 1937, hg. von Dr. Gustav Gratz, Budapest 1937.

Wirtschaftsberichte der Geldinstitutzentrale Budapest, Jg. 12, 1936, Nr. 2, Jg. 13, 1937, Nr. 1.

Lebenslauf.

Am 6. Februar 1914 wurde ich, Hildegard Uhrmacher, als Tochter des Oberingenieurs Matthias Uhrmacher und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Völling, in Duisburg geboren. Ich besuchte von 1920 bis 1933 die Kaiserin Auguste-Viktoria Schule (Oberlyceum) in Duisburg-Ruhrort, an der ich am 2. März 1933 die Reifeprüfung bestand. Ich studierte an den Universitäten Frankfurt/M., Berlin und Breslau Staatswissenschaften. Am 3. Dezember 1936 bestand ich an der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Breslau die Diplom-Prüfung für Volkswirte und am 15. Dezember 1937 das mündliche Doktorexamen.